

SCHWEIZERISCHE

NATIONALBANK

1963

SECHSUNDFÜNFZIGSTER
GESCHÄFTSBERICHT DER
SCHWEIZERISCHEN
NATIONALBANK

1963

BERICHT DES DIREKTORIUMS
ÜBER DIE TÄTIGKEIT
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK
IM JAHRE 1963

ALLGEMEINE BETRACHTUNGEN

Die Lage der *Weltwirtschaft* blieb weiterhin günstig. Nachdem sich 1962 und in den ersten Monaten 1963 in einer Reihe massgebender Länder Anzeichen einer Konjunkturabschwächung bemerkbar gemacht hatten, bewegte sich die wirtschaftliche Entwicklung in der Folge wieder in aufsteigender Richtung. Eine deutliche Verbesserung des Konjunkturklimas liess sich vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika feststellen. Auch in Westeuropa überwogen, nach einem vornehmlich witterungsbedingten Rückgang der Wirtschaftstätigkeit im ersten Quartal des Berichtsjahres, die expansiven Tendenzen, allerdings mit erheblichen Unterschieden von Land zu Land. Hohe Konsum- und Staatsausgaben, anziehende Exporte sowie eine rege Bautätigkeit verliehen der Konjunktur allenthalben kräftige Stützen. Andererseits vermochte sich die industrielle Investitionstätigkeit nicht entscheidend zu beleben.

Grund zu Besorgnis gaben die ausgeprägten inflatorischen Strömungen, die sich als Nachwirkungen einer übersteigerten Konjunkturausweitung vor allem in Italien und Frankreich geltend machten. In beiden Ländern waren die verantwortlichen Behörden bestrebt, dem starken Kosten- und Preisauftrieb, der in Italien zu einem hohen Defizit in der Ertragsbilanz führte, durch Stabilisierungsmassnahmen entgegenzuwirken. Im Rahmen des französischen Aktionsprogrammes wurden u. a. Vorkehren zu einer weiteren Liberalisierung des Aussenhandels, zur Begrenzung des Kapitalimportes und zur Förderung des Kapitalexportes getroffen; ausserdem wurden der offizielle Diskontsatz erhöht und eine Kreditplafonierung eingeführt. Auch andere westeuropäische Länder ergriffen Massnahmen, hauptsächlich auf dem Gebiet der Geld- und Kreditpolitik, um die wirtschaftliche Expansion und die Teuerung in Schranken zu halten. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wie auch die Behörden der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ermahnten diejenigen Länder, die eine besonders ausgeprägte inflatorische Entwicklung verzeichneten, ihre Wirtschaftspolitik auf eine restriktive Linie auszurichten und den Auftriebstendenzen zu wehren.

Die an den Weltmärkten notierten Preise für Agrar- und Rohprodukte hielten sich im Durchschnitt leicht über dem Vorjahresniveau, was die aussenwirtschaftliche Situation der Entwick-

lungsländer, die Überschüsse an Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen ausführen können, etwas verbesserte und sie in die Lage versetzte, ihre Importe aus Industriestaaten zu erhöhen.

Auf dem Gebiet der europäischen *Integration* erlitten die Bemühungen um die Ausweitung des Gemeinsamen Marktes im ersten Monat des Berichtsjahres einen schweren Rückschlag, indem sich Frankreich gegen den Anschluss Grossbritanniens an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aussprach. Die dadurch ausgelösten Spannungen im Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten der EWG konnten zwar im Laufe des Jahres gemildert werden, doch büssten die Integrationsbestrebungen an Dynamik merklich ein. In der entscheidenden Frage der gemeinsamen Agrarpolitik konnte erst kurz vor Jahresende eine grundsätzliche Einigung erzielt werden. Andererseits wurden im Bereich der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) die wirtschaftliche Zusammenarbeit in wesentlichen Belangen verstärkt und die Liberalisierung des Handelsverkehrs sowie der Abbau der Zölle gefördert. Im Rahmen des Allgemeinen Abkommens über die Zölle und den Handel (GATT) fanden im Mai Vorbesprechungen über eine umfassende Senkung der zwischenstaatlichen Zollschränken gemäss einem von den Vereinigten Staaten von Amerika ausgegangenen Vorschlag statt.

Die *internationalen Währungsverhältnisse* blieben auch im Jahre 1963 von Störungen nicht verschont. Im Februar und März bildete das Pfund Sterling Gegenstand der Beunruhigung an den Devisenmärkten, weil nach dem Scheitern der Verhandlungen über den Beitritt Englands zum Gemeinsamen Markt die künftige Entwicklung der britischen Wirtschaft und Währung in gewissen Kreisen voreilig eher pessimistisch eingeschätzt wurde. Mit Währungshilfen europäischer Notenbanken – unter Beteiligung der Schweizerischen Nationalbank – gelang es relativ rasch, die Vertrauenskrise zu überwinden.

Die internationale Beurteilung des Dollars wurde während längerer Zeit weiterhin durch die defizitäre Gestaltung der Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten überschattet. Mit dem erklärten Ziel, das Zahlungsbilanzgleichgewicht wiederherzustellen und damit die Grundlagen des Dollars zu festigen, ergriffen die Behörden in Washington im Juli verschiedene Massnahmen. Unter ihnen kam der Aktivierung der Zinspolitik im Sinne der Steigerung der kurzfristigen Marktsätze und der Erhöhung der offiziellen Diskontrate von 3 Prozent auf $3\frac{1}{2}$ Prozent besondere Bedeutung zu. Im Rahmen dieser Vorkehren wurde die Einführung einer Zinsausgleichsteuer auf ausländischen Wertpapieren angekündigt. Die geplante Steuer, die den Anreiz für Mittelaufnahmen am amerikanischen Markt und für den Neuerwerb ausländischer Wertpapiere durch Amerikaner vermindern soll, rief in Finanzkreisen der Vereinigten Staaten und anderer Länder heftiger Kritik. Da ungefähr zur selben Zeit das hohe Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz für das zweite Quartal 1963 bekanntgegeben wurde, kam es zu Kapitalabzügen aus den Vereinigten Staaten, wodurch der Dollarkurs an verschiedenen internationalen Finanzplätzen zeitweise unter starken Druck geriet. Als die amerikanische Zahlungsbilanz im dritten Quartal als erstes sichtbares Ergebnis der getroffenen Massnahmen eine deutliche Verbesserung zu zeigen begann und die Goldreserven der Ver-

einigten Staaten nach dem Abflauen der Diskussion um die Zinsausgleichsteuer nicht mehr weiter abnahmen, machte die Skepsis gegenüber dem Dollar wieder einer ruhigeren Beurteilung Platz. Im Herbst traten jedoch neue störende Kapitalbewegungen zutage. Sie hatten diesmal ihren Ursprung überwiegend in Italien. Dort bewirkten die zunehmenden inflatorischen Tendenzen eine starke Kapitalabwanderung, die sich vor allem nach der Schweiz richtete.

Für die internationale Währungslage waren die umfangreichen Getreidekäufe der Sowjetunion von besonderer Bedeutung. Soweit hierfür bereits Zahlungen erfolgten, wickelten sie sich vorwiegend über den Verkauf von Gold ab, das – mittelbar oder unmittelbar – an den Londoner Goldmarkt gelangte und von hier aus durch Vermittlung des Goldpools der Notenbanken zu einer Verstärkung der offiziellen Währungsreserven westlicher Länder führte.

Die immer wiederkehrenden Störungen, denen besonders die internationalen Leitwährungen ausgesetzt sind, gaben den Gesprächen über die Währungsordnung der westlichen Welt neue Nahrung. Der Internationale Währungsfonds und der Klub der zehn Industrieländer, die sich Ende 1961 in Paris bereit erklärt hatten, dem Währungsfonds nötigenfalls zusätzliche Kredite zu gewähren, nahmen es an die Hand, die langfristigen Probleme der internationalen Liquidität einer Prüfung zu unterziehen und der nächsten Generalversammlung des Fonds hierüber Bericht zu erstatten.

Einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der internationalen Währungsordnung und zur Behebung von Störungen vermag die Zusammenarbeit der Notenbanken zu leisten. Die Schweiz bewies auch im Berichtsjahr ihre Bereitschaft zur aktiven Kooperation auf diesem Gebiet. Sie dokumentierte dies vor allem durch den Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds, mit welcher die gesetzliche Grundlage für bilaterale Kreditabmachungen (Implementing Agreements) zwischen der Schweiz und den zehn Partnerländern der im Jahre 1962 ratifizierten Allgemeinen Kreditvereinbarung von Paris geschaffen wurde.

Die *schweizerische Wirtschaft* stand weiterhin im Zeichen der Hochkonjunktur. Waren bis zum Sommerbeginn Merkmale einer allmählichen Verflachung der konjunkturellen Aufstiegskurve erkennbar, so erfüllte sich in der Folge die Erwartung auf ein weiteres spürbares Nachlassen der Aufschwungskräfte nicht. Wohl war auf verschiedenen Gebieten der Wirtschaft, vor allem in der Beschäftigung, eine Verlangsamung der Wachstumsraten zu beobachten; doch vermochten diese Indizien nicht darüber hinwegzutäuschen, dass die starke Anspannung der Produktionskräfte andauerte. Von der Exportseite, einer lebhaften Bautätigkeit, den wachsenden Einkommen und den hohen Konsumausgaben erhielt die Konjunktur ständig neue Impulse. Im Herbst traten da und dort sogar Symptome eines sich wieder verstärkenden Auftriebes in Erscheinung. Hauptsächlich als Folge der Konjunkturbelebung im Ausland kam die Verringerung des Auftragseinganges in der Industrie zum Stillstand, um einem Wiederanstieg Platz zu machen. Dergestalt waren die Merkmale einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes nach innen und nach aussen nicht weniger deutlich erkennbar als im Jahr zuvor. Die Lage des Arbeitsmarktes erfuhr eine kritische Zuspitzung. Das Defizit der Ertragsbilanz dürfte den 1962 verzeichneten Betrag von nahezu 1,5 Mil-

liarden Franken angesichts der anhaltend hohen Einfuhrüberschüsse voraussichtlich übersteigen. Auch die Lücke zwischen dem aus der einheimischen Ersparnisbildung zur Verfügung stehenden Kapitalangebot und dem Finanzierungsbedarf für Investitionen blieb bestehen. Vor allem aber setzten sich die Preis- und Kostensteigerung und damit die Geldwertverschlechterung fort, und zwar in einem rascheren Rhythmus, als dies in einer Reihe anderer massgebender Industrieländer der Fall war. Die geschilderte Entwicklung musste nachgerade zu grosser Besorgnis Anlass geben.

Bedauerlicherweise liess sich das anfangs 1962 aufgestellte Programm zur Konjunkturdämpfung nicht in vollem Umfang verwirklichen. Zwar zeitigte die Vereinbarung über die Kreditbegrenzung, die zwischen der Schweizerischen Nationalbank und allen Banken mit einer Bilanzsumme von mindestens 10 Millionen Franken mit Wirkung ab 1. April 1962 abgeschlossen worden war, positive Ergebnisse. Sie wurde im Berichtsjahr verlängert, wobei die Kreditzuwachsrate eine Kürzung um 5 Prozent erfuhren. Auch Preisstillhalteerklärungen, die industrielle Branchenverbände 1962 abgegeben hatten, wurden auf das Jahr 1963 ausgedehnt. An verschiedenen Orten arbeiteten ferner die zur Begutachtung der Dringlichkeit privater und öffentlicher Bauvorhaben errichteten Gremien nicht ohne Erfolg. Einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung der wirtschaftlichen Expansion und gleichzeitig zur Abwehr der zunehmenden Überfremdungsgefahr leistete der am 1. März 1963 erlassene Bundesratsbeschluss über die Beschränkung der Zulassung ausländischer Arbeitskräfte, der vorläufig auf ein Jahr befristet wurde. Gesamthaft betrachtet ermangelte indessen die Aktion zur Konjunkturdämpfung, die hohe Anforderungen an die Bereitschaft zur freiwilligen Selbstdisziplin der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Hand stellte, der Geschlossenheit und Wirksamkeit, wie sie zu einer spürbaren Mässigung der Investitionstätigkeit und zu einem Nachlassen des Preisauftriebes notwendig gewesen wären.

Als in den letzten Monaten des Berichtsjahres Anzeichen einer sich verschärfenden Konjunkturüberspannung zutage traten, sah sich der Bundesrat veranlasst, zur Verhütung schwerwiegender Gleichgewichtsstörungen in der Wirtschaft und zur Sicherung der Währungsstabilität besondere Massnahmen in Aussicht zu nehmen. Auf dem Gebiet des Geld- und Kapitalmarktes und des Kreditwesens ging er von der Erwartung aus, dass die Banken durch die Weiterführung und Ergänzung freiwilliger Vereinbarungen Hand zu wirksamen Massnahmen bieten werden. Da jedoch solche Vereinbarungen erfahrungsgemäss Lücken aufweisen, sah er vor, diese nötigenfalls durch behördliche Vorkehren zu schliessen. In der Bauwirtschaft hat sich gezeigt, dass die erwünschte Anpassung der öffentlichen und privaten Nachfrage an die effektive Baukapazität des Landes mit freiwilligen Massnahmen allein nicht erreicht werden kann. Der Bundesrat erachtete daher zusätzliche und verbindliche Anordnungen seitens der Behörden als unerlässlich. Die erforderlichen Rechtsgrundlagen für die auf den erwähnten Gebieten zu treffenden Vorkehren sollen durch den Erlass von dringlichen und befristeten Bundesbeschlüssen geschaffen werden. Was den Arbeitsmarkt betrifft, nahm der Bundesrat in Aussicht, den Bundesratsbeschluss über die Belegschaftsbegrenzung vom 1. März 1963 in verschärfter Form zu verlängern, um den Fremdarbeiterbestand aus staats- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht noch weiter ansteigen zu lassen. Unabhängig

von der Aktion des Bundesrates richtete die Schweizerische Bankiervereinigung im Dezember an alle Banken dringende Empfehlungen zur Beschränkung der Kreditgewährung und zur Behandlung von Auslandsgeldern.

Die schweizerische Währungslage wurde auch im Berichtsjahr durch Mittelzugänge aus dem Ausland stark beeinflusst. In den ersten sieben Monaten befand sich zwar die Devisenbilanz im Zustand eines labilen Gleichgewichtes. Während längerer Zeit hatte die Nationalbank keine Dollars vom Markt aufzunehmen; andererseits kam sie nicht in die Lage, am Markt Dollars zu verkaufen. Hingegen konnte sie für Zahlungszwecke des Bundes und der Post Devisen abgeben. Ein fühlbarer Rückgang der Währungsreserven, wie er sich aus dem hohen Ertragsbilanzdefizit eigentlich hätte ergeben müssen, trat jedoch nicht ein, weil dem Fehlbetrag im laufenden Verkehr und den schweizerischen Kapitalexporten ein zwar verlangsamter, doch noch immer beachtlicher Kapitalzustrom aus dem Ausland gegenüberstand. Immerhin machte es der wachsende Devisenbedarf der Wirtschaft möglich, die im vorangegangenen Jahr mit der Federal Reserve Bank von New York und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel (BIZ) abgeschlossenen Swap-Transaktionen, die stets als temporäre Massnahme gedacht waren, bis zur Jahresmitte zu liquidieren. Auch die Dollar-Terminverbindlichkeiten der Federal Reserve Bank gegenüber dem schweizerischen Markt wurden im Laufe des Sommers vollständig abgebaut.

Gegen Ende Juli trat dann in dieser Entwicklung überraschenderweise eine Änderung ein, indem sich der Mittelzufluss aus dem Ausland erneut verstärkte. War es zunächst die Ankündigung der amerikanischen Zinsausgleichsteuer, die zu Geldbewegungen aus dem Dollar in den Schweizerfranken Anlass gab, so machte sich im Herbst vor allem die Kapitalabwanderung aus Italien geltend. Daneben zogen zeitweise schweizerische Banken aus Liquiditätsgründen in erheblichem Umfang kurzfristige Guthaben aus dem Ausland zurück. Insgesamt musste die Nationalbank in der Zeit von Ende Juli bis Ende Oktober Dollars im Gegenwert von rund einer Milliarde Franken vom Markt übernehmen. Dieser Dollaranfall schlug sich in den Währungsreserven der Nationalbank allerdings nur zu etwa 60 Prozent nieder, da Dollars laufend für Zahlungen nach dem Ausland gebraucht wurden und es überdies gelang, durch verschiedene Operationen im Rahmen bestehender Vereinbarungen mit den amerikanischen Währungsbehörden, der BIZ und schweizerischen Grossbanken einen Teil des Dollarzuflusses vorübergehend wieder abzuleiten. Das lag auf der Linie der von der Nationalbank verfolgten Politik, der Zunahme des Geldvolumens nach Möglichkeit Schranken zu setzen.

Aus dem selben Grunde wurde auch das im August 1960 mit den Banken abgeschlossene Gentlemen's Agreement zur Abwehr und Verminderung ausländischer Gelder weitergeführt. Desgleichen blieb die seit März 1961 bestehende Neutralisierung von Geldern der Grossbanken aufrechterhalten. Ebenso wurden die seit Oktober 1960 bei den Banken liegenden Sterilisierungsreskriptionen bei Fälligkeit jeweils erneuert.

Am schweizerischen Geld- und Kapitalmarkt verdeutlichten sich die Verknappungserscheinungen und Zinssatzerhöhungen, die sich schon in der zweiten Hälfte 1962 abgezeichnet hatten.

Sie waren die unvermeidbare Folge der enormen Ausweitung der Investitionen und der damit verbundenen grossen Nachfrage nach Finanzierungsmitteln. Während langer Zeit war der Kapitalmarkt in der Lage, den hohen Anforderungen bei mässigen Zinssätzen zu entsprechen, weil das Kapitalangebot dank weiterer Geldzuflüsse aus dem Ausland reichlich blieb. Als der Zustrom von Mitteln im ersten Halbjahr 1963 nachliess, der Finanzierungsbedarf für Investitionen sich aber steigerte, wurde das Gleichgewicht zwischen Kapitalangebot und -nachfrage gestört. Das äusserte sich zunächst in einer Verengung der Marktliquidität und in der Verlangsamung des Zuflusses von Publikumsgeldern bei den Banken. Insbesondere war dies bei den Kassenobligationen der Fall, wo sich denn auch die Tendenz zur Erhöhung der Zinssätze in erster Linie bemerkbar machte. Im Bestreben, eine ruhige Satzentwicklung zu gewährleisten, trachtete die Nationalbank im Rahmen ihrer Möglichkeiten darnach, die Aufwärtsbewegung der Zinssätze zu verlangsamen. Diese zinspolitische Haltung beruhte auf der Überlegung, dass eine Zinssatzverteuerung in einer Konjunkturphase, in der die wirtschaftliche Tätigkeit Anzeichen einer Verlangsamung zu erkennen gab, unzeitgemäss und wenig sinnvoll erscheinen musste.

Als jedoch in der Folge die konjunkturelle Entwicklung wieder verstärkt nach oben tendierte und die Anspannungsmerkmale sich von neuem mehrten, konnte und durfte sich die Nationalbank den Kräften, die aus der ungebrochenen Überbeanspruchung der Wirtschaft und des Kapitalmarktes heraus zu einer Versteifung der Marktsätze führten, nicht länger entgegenstellen. Die Mittelverknappung und Zinssatzsteigerung ergaben sich zwangsläufig aus der Überforderung der gegebenen Leistungskapazität der Wirtschaft, wie sie sich besonders deutlich im hohen Fehlbetrag der Ertragsbilanz unseres Landes widerspiegelte. Der eingetretene Wandel in der Gestaltung der Zinssätze stand im Einklang mit den Bestrebungen zur Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes und des Geldwertes. Der konjunkturregulierenden Funktion des Zinssatzes musste im Zeichen eines sich erneut verstärkenden Wirtschaftsauftriebes das Primat vor den Bedenken eingeräumt werden, dass eine Zinsfussteigerung eine preisverteuernde Wirkung auf Teilgebieten der Wirtschaft hat. Es konnte denn auch nicht in Frage kommen, die Satzerhöhung durch die Freigabe sterilisierter Gelder, die ohne Zweifel inflatorisch gewirkt hätte, zu verhindern. Dazu bestand um so weniger Anlass, als die Zinssätze nicht in beunruhigendem Ausmass angestiegen waren. Insbesondere blieb der Satz für bestehende erstrangige Hypotheken für Wohnbauten und landwirtschaftliche Liegenschaften bei den meisten Banken bis Ende des Berichtsjahres unverändert. Der Emissionsmarkt trug trotz starker Inanspruchnahme durch inländische Obligationenanleihen eine bemerkenswerte Tragfähigkeit zur Schau. Wie schon im vergangenen Jahr war die Nationalbank darauf bedacht, die Zulassung ausländischer Anleihen am schweizerischen Emissionsmarkt so zu staffeln, dass sie mit dem Erfordernis einer ausreichenden Kapitalversorgung der einheimischen Wirtschaft in Einklang gebracht werden konnte. Sie hielt dabei am Grundsatz fest, dass der Kapitalexport zur Ableitung überschüssiger Marktmittel und zur Bekämpfung der monetären Auftriebskräfte erwünscht ist, um vor allem ein Gegengewicht zum Kapitalzustrom aus dem Ausland zu schaffen, der unsere Wirtschaft seit langem ernsten Störungen aussetzt.

Nach den von den Vereinigten Staaten in Aussicht genommenen Massnahmen zur Erschwerung der Kapitalausleihungen an das Ausland musste mit einer Verlagerung des internationalen Emissionsgeschäftes nach Europa und insbesondere mit grösseren ausländischen Anleihsbegehren an den schweizerischen Kapitalmarkt gerechnet werden. Dies rief u. a. die Idee auf den Plan, im Ausland auf Schweizerfranken lautende Anleihen auszugeben. Die Schweizerische Nationalbank sah sich veranlasst, wegen der daraus entstehenden Gefahr der Internationalisierung des Schweizerfrankens und der Störung unseres Kapital- und Devisenmarktes gegen solche Anleihsoperationen Einspruch zu erheben. Sie machte ausserdem gegen die Verwendung des Schweizerfrankens als Optionswährung bei auf Rechnungseinheiten lautenden Anleihen ihre Bedenken geltend.

DER KONJUNKTURVERLAUF IN DER SCHWEIZ

Wie im vorstehenden Abschnitt dargelegt, war die konjunkturelle Entwicklung in der Schweiz während eines grösseren Teils des Berichtsjahres durch einen verlangsamten Anstieg der wirtschaftlichen Wachstumsraten gekennzeichnet. Dieser Grundzug im Konjunkturbild wurde vor allem in der *Beschäftigungslage* sichtbar. Die Zahl der Ende des dritten Quartals in der Industrie tätigen Arbeiter lag noch um 1,3 Prozent höher als ein Jahr zuvor, nachdem sich diese Steigerungsrate Ende September 1962 auf 4,8 Prozent und Ende September 1961 auf 7,6 Prozent belaufen hatte. Im Baugewerbe verringerte sich der Anstieg der Beschäftigtenzahl ebenfalls. In der mit dem dritten Quartal 1962 endenden Jahresperiode hatte er 6,1 Prozent betragen; bis Ende des dritten Quartals 1963 nahm die Zahl der Bauarbeiter nur noch um 2,3 Prozent zu. In der Maschinen- und Metallindustrie trat sogar ein leichter Rückgang der Beschäftigung ein, unterschritt diese doch Ende September den Vorjahresstand um 1,3 Prozent. Demgegenüber wies die Verbrauchsgüterindustrie, dank der nachhaltigen Ausweitung der Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten, beschäftigungsmässige Wachstumssätze auf, die den Durchschnitt für die Gesamtindustrie übertrafen. In diesen Zahlen widerspiegeln sich die Schwierigkeiten in der Rekrutierung von Arbeitskräften, die Auswirkungen der Massnahmen zur Selbstdisziplinierung in der Industrie sowie der Belegschaftsbegrenzung gemäss Bundesratsbeschluss vom 1. März 1963.

Im August 1963 belief sich der Gesamtbestand der kontrollpflichtigen ausländischen Arbeiter und Angestellten auf 690 000. Gegenüber der Vergleichszahl vom August 1962 entspricht dies einer Erhöhung um 45 300 oder 7 Prozent. In den vorangegangenen zwölf Monaten hatte sich der Bestand an Fremdarbeitern mehr als doppelt so stark, nämlich um 17,6 Prozent, ausgedehnt. Was dessen Zusammensetzung anbelangt, hielt die Verlagerung auf Nichtsaisonarbeiter an.

Unter den Aufschwungskräften, welche das schweizerische Wirtschaftsbild prägten, kam dem Nachfrageüberhang in der Bauwirtschaft besonderes Gewicht zu. Die Investitionsbedürfnisse wuchsen erneut in starkem Masse an. Demzufolge stand die *Bautätigkeit* unter einem intensiven Auftriebsdruck, der vermehrt vom öffentlichen Sektor herrührte. Die Bauvorhaben beliefen sich auf 11,5 Milliarden Franken und übertrafen damit die effektiven Bauausgaben des Vorjahres von

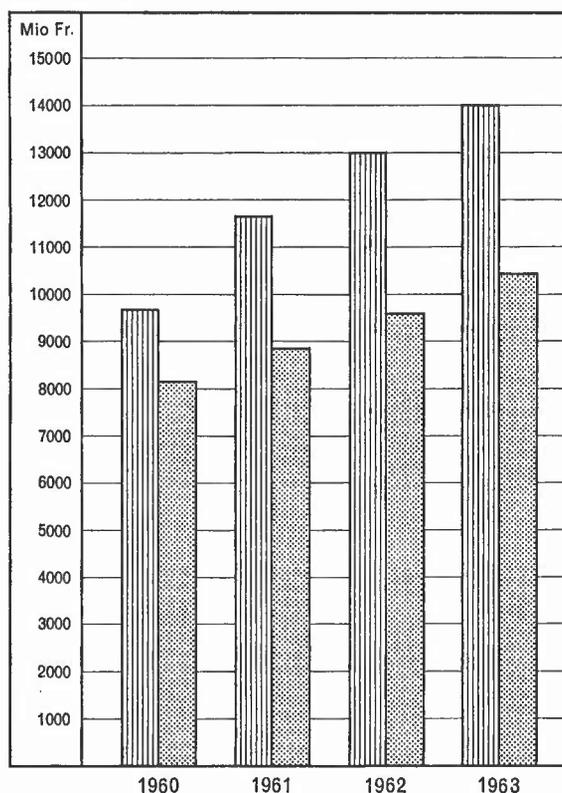
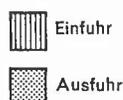
8,5 Milliarden um rund 3 Milliarden. Im öffentlichen Bau stellten sich die Bauplanungen auf 3941 Millionen, im privaten Bau auf 7586 Millionen Franken. Bei den ersteren ergab sich ein Wachstumssatz von 56 Prozent und beim privaten Bau ein solcher von 27 Prozent. Da 1962 die Bausumme von 8,5 Milliarden Franken nur bei grösster Anspannung der Bauwirtschaft bewältigt werden konnte, fiel 1963 die Ausführung von Bauvorhaben im Umfang von 11,5 Milliarden Franken von vornherein ausser Betracht. Dazu kam, dass die Bauproduktion zu Beginn des Jahres durch den strengen Winter behindert war.

Wie die Entwicklung im Laufe von 1963 zeigte, erfuhr die Fertigstellung von Wohnbauten eine Verzögerung, während die öffentliche Bautätigkeit, insbesondere der Strassenbau, auf hohen Touren lief. Im ersten Halbjahr wurden in den Gemeinden mit über 2000 Einwohnern insgesamt 20212 Wohnungen fertiggestellt, womit die Vorjahresproduktion nicht mehr erreicht wurde. In den 65 Städten mit über 10000 Einwohnern betrug die Zahl der 1963 insgesamt neu gebauten Wohnungen 20169 gegen 23672 im Vorjahr; dies entspricht einem Ausfall von 15 Prozent. Demgegenüber hielten sich die Baugenehmigungen auf einem hohen Stand, wurden in den 65 Städten doch Baubewilligungen für 26320 Wohnungen erteilt, verglichen mit 25905 im vorangegangenen Jahr. Auf Grund dieser Zahlen ist zu erwarten, dass die Wohnungsproduktion weiterhin rege bleiben wird. Die Überforderung der Bauwirtschaft musste zwangsläufig zu einer Verteuerung der Baukosten führen; so stieg der Zürcher Baukostenindex innert Jahresfrist um 9 Prozent.

Die industriellen Bauvorhaben zeigten keine nennenswerte Änderung. Die Zahl der von den Fabrikinspektoren begutachteten Bauvorlagen wich vom zweiten Quartal an nur wenig von den hohen Vorjahresziffern ab. Dagegen verzeichneten die mit Raumerweiterungen verbundenen Projekte und das Volumen des umbauten Raumes einen leichten Rückgang, was auf eine gewisse Verlagerung der Investitionstätigkeit auf Bauten und Einrichtungen zur Rationalisierung der Betriebe schliessen lässt.

Im Einklang mit dem allgemeinen Konjunkturverlauf nahmen die Umsätze im *Aussenhandel* weiter zu. In den ersten Monaten des Berichtsjahres stand der Warenverkehr unter dem Einfluss der ungünstigen Witterungsverhältnisse, die sich namentlich bei der Einfuhr störend auswirkten, weil die Rheinschiffahrt, welche rund ein Drittel des gesamtschweizerischen mengenmässigen Imports bewältigt, längere Zeit eingestellt werden musste. Die Ausfälle wurden in den folgenden Monaten aber wieder ausgeglichen.

Der Import erhöhte sich um 1004 Millionen Franken oder um 7,7 Prozent auf 13989 Millionen. Er stieg damit nicht mehr so kräftig an wie im Jahr zuvor, als der Zuwachs 11,5 Prozent betragen hatte. Die Einfuhr von Rohstoffen, die 1962 stagniert hatte, vergrösserte sich erneut. Mit 3647 Millionen Franken übertraf sie den Vorjahreswert um 247 Millionen oder 7,3 Prozent. Der Import von Fabrikaten dehnte sich um 616 Millionen Franken oder 8,1 Prozent auf 8209 Millionen aus. Umfangreich gestaltete sich dabei der Einfuhrbedarf an Investitionsgütern, indem für 2,5 Milliarden Franken Maschinen, Instrumente und Apparate eingeführt



wurden. Beim Import von Lebensmitteln im Ausmass von 2 133 Millionen Franken ergab sich eine Steigerung von 141 Millionen oder 7,1 Prozent. Die zunehmende Motorisierung des Strassenverkehrs fand in einer Automobileinfuhr von 866 Millionen und einem Benzinimport von 185 Millionen Franken ihren Niederschlag.

Wie der Verlauf des Exports zeigt, blieb die Auslandsnachfrage nicht nur rege, sondern wuchs im Herbst noch an. Bei der Beurteilung der Ausfuherentwicklung ist allerdings zu beachten, dass auch Erzeugnisse zur Ablieferung kamen, die schon vor längerer Zeit in Auftrag gegeben worden waren. Der Export betrug 10 442 Millionen Franken. Er überschritt im Oktober erstmals in einem Monat eine Milliarde und lag auch im November über diesem Betrag. Die Ausweitung gegenüber dem Vorjahr belief sich auf 862 Millionen Franken oder 9,0 Prozent, verglichen mit 8,6 Prozent von 1961 auf 1962. An ihr waren die Maschinenindustrie und der Apparatebau mit 251 Millionen Franken, die chemische Industrie mit 213 Millionen und die Uhrenindustrie mit 69 Millionen beteiligt. Die Belebung in der Textilindustrie äusserte sich in einer Mehrausfuhr von 57 Millionen Franken.

Die kräftige Exporttätigkeit ist ein Indiz dafür, dass die schweizerische Industrie auf den Auslandsmärkten trotz wachsender Schwierigkeiten konkurrenzfähig blieb. Allerdings konnte die Wettbewerbsposition auf manchen Gebieten nur durch die Verringerung der Gewinnmargen gehalten werden. Die Zunahme der Gestehungskosten, die namentlich durch die Steigerung der Löhne verursacht wurde, musste zum Teil auf die Ausfuhrpreise überwälzt werden. Diese stiegen

denn auch vom dritten Quartal 1962 bis zum dritten Quartal 1963 im Mittel um 4 Prozent. Die Preise der Einfuhrgüter, vor allem der Rohstoffe, wiesen gleichfalls eine steigende Tendenz auf. Da die Importgüter ihrerseits durchschnittlich 4 Prozent teurer waren als ein Jahr zuvor, trat in der Relation der Export- zu den Importpreisen keine Verschiebung ein.

Eine Intensivierung verzeichnete der Warenaustausch vor allem mit europäischen Ländern. Die Zunahme der Einfuhr aus diesen Staaten belief sich auf 9,5 Prozent. Dem Betrage nach erreichte sie beinahe den gesamten Importzuwachs, wogegen die Bezüge aus einzelnen überseeischen Gebieten, so namentlich aus den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Argentinien, schrumpften. Auf der Exportseite weitete sich das Europageschäft um 10,4 Prozent aus, während die Lieferungen nach Übersee um 6,2 Prozent grösser waren als 1962.

Die Einfuhr aus der EWG allein dehnte sich um 760 Millionen Franken oder 9,3 Prozent aus. Damit stieg der Anteil dieses Wirtschaftsraumes am Gesamtimport von 63,1 auf 64,0 Prozent. Eine Steigerung um 193 Millionen Franken oder 11,2 Prozent zeigte die Einfuhr aus den Ländern der EFTA. Die Anteilsquote dieses Wirtschaftsgebietes am Importtotal hob sich von 13,3 auf 13,7 Prozent. Vermehrt eingeführt wurden vornehmlich Erzeugnisse britischer Provenienz.

Bei der Ausfuhr nahmen die Lieferungen an die EWG-Länder um 394 Millionen, jene an die Mitgliedstaaten der EFTA um 143 Millionen Franken zu. Der Anteil der EWG am Gesamtexport erhöhte sich von 42,0 auf 42,3 Prozent; die auf die EFTA entfallende Quote ging von 17,9 auf 17,8 Prozent leicht zurück. Der Gütertausch mit der EWG zeitigte einen Einfuhrüberschuss von nicht weniger als 4540 Millionen Franken. Auch im Handel mit der EFTA ergab sich eine passive Handelsbilanz; das Defizit war mit 59 Millionen Franken aber von bescheidenem Umfang.

Die wachsende Auslandabhängigkeit der Schweiz tritt in der Entwicklung des Fehlbetrages der Handelsbilanz deutlich zutage. Dieser lag 1963 mit 3547 Millionen Franken um 142 Millionen über dem Vergleichsbetreffnis des Vorjahres.

Die Produktionsverhältnisse in der *Landwirtschaft* wurden durch den aussergewöhnlichen Witterungsverlauf stark beeinflusst. Die Rauhfutterernte fiel, bei allerdings unterdurchschnittlicher Qualität, ergiebig aus. Die Getreideernte konnte nur mühsam eingebracht werden und zeigte grosse Auswuchsschäden. Gut gediehen die Hackfrüchte. Von mittlerem Umfang, aber nicht durchwegs befriedigender Qualität war die Weinernte, wogegen die Obsternte einen reichlichen Ertrag abwarf. Die Milcheinlieferungen bewegten sich im Jahrestotal leicht, nämlich um 0,7 Prozent, über dem Vorjahresergebnis. Der Zucht- und Nutztviehabsatz vermochte sich bei etwas besseren Preisen zu heben. Die landwirtschaftliche Erzeugung stand unter dem Einfluss steigender Produktionskosten. Deren Verteuerung wurde durch die Entwicklung der Verkaufspreise nicht ausgeglichen, so dass die Kaufkraft der Landwirtschaft zurückging. Der Index der Preise landwirtschaftlicher Produktionsmittel stieg von Ende 1962 bis Ende 1963 von 131,4 auf 137,7 Punkte oder um 4,8 Prozent. Dabei war die Steigerung erneut vor allem auf die Löhne und die Baukosten zurückzuführen. Das

durchschnittliche Niveau der Preise der Agrarerzeugnisse hob sich nur um 0,6 auf 114,3 Punkte oder um 0,5 Prozent. Für die Erhöhungen waren Preissteigerungen auf dem Schlachtviehmarkt ausschlaggebend. Der akute Mangel an Arbeitskräften führte zu einer starken und kostspieligen Mechanisierung und zu einem vermehrten Bedarf an Fremdkapital. Die Einkommen je Arbeitskraft vermochten sich im Berichtsjahr nicht zu heben. Dem Begehren, den Ausgleich durch eine Heraufsetzung des Milchgrundpreises von 47 auf 50 Rp. je Kilo herbeizuführen, gab der Bundesrat vorderhand nicht statt. Er erachtete es indessen als wahrscheinlich, dass sich eine gewisse Erhöhung als begründet erweisen werde.

Die Aufwärtsbewegung des *Fremdenverkehrs* kam nicht nur zum Stillstand, sondern wurde von einer leicht rückläufigen Entwicklung abgelöst. Zweifelsohne rührte die Abnahme der Logiernächtezahl in den ersten Monaten der Berichtszeit zum Teil von der ungewöhnlichen Kälte, dem ausserordentlichen Schneefall und dem dadurch erleichterten Wintersport im Unterland sowie den erschwerten Verkehrsverhältnissen her. Die Abschwächung hielt im Frühjahr an; im Sommer hingegen erreichten die Übernachtungsziffern wieder nahezu den Vorjahresstand. Das Jahrestotal der Logiernächte in Hotels und Pensionen verringerte sich von 29,6 auf 29,1 Millionen oder um 1,7 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen der Gäste aus dem Inland und jene der Besucher aus dem Ausland gingen im praktisch selben Verhältnis zurück.

Das Wachstum des Imports und des innereuropäischen Güterverkehrs hatte eine starke Inanspruchnahme des *Transportwesens* im Gefolge. Bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit waren die Schweizerischen Bundesbahnen beansprucht. Nachdem die scharfe Kälte im Winter 1962/63 die Gütertransporte beeinträchtigt und die Verkehrsabwicklung behindert hatte, standen die nachfolgenden Monate im Zeichen der Befriedigung des Nachholbedarfs. Für die ganze Berichtszeit wies der Güterverkehr der Schweizerischen Bundesbahnen gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 5,9 Prozent auf. Der internationale Transitverkehr, der sich trotz zeitweiligen Schwierigkeiten in der Güterabnahme an den Grenzbahnhöfen um 8,1 Prozent ausdehnte, war hieran massgeblich beteiligt. Der Binnenverkehr schwächte sich um 0,5 Prozent ab, vor allem weil sich die Zementtransporte rückläufig bewegten. Der Personenverkehr zeigte mit 2,0 Prozent eine Steigerung von ungefähr gleichem Ausmass wie 1962. Der Güterumschlag der Basler Rheinhäfen nahm um 16,9 Prozent zu.

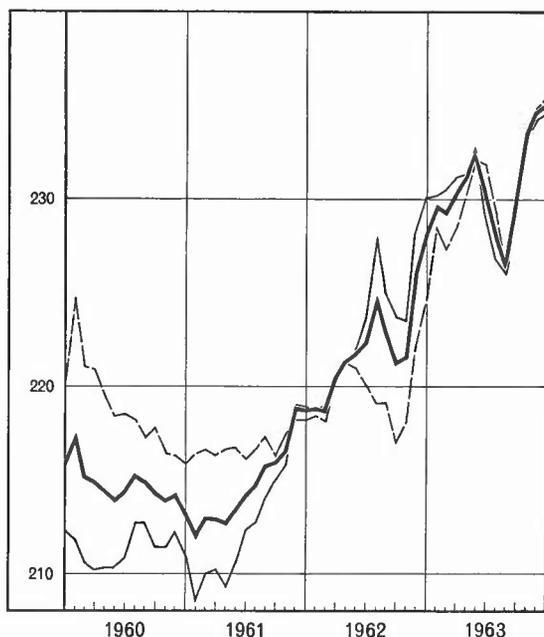
Unerfreulich blieb die allgemeine *Preisentwicklung*. Namentlich im Herbst setzten sich Preissteigerungen stärker durch. Mit Preiserhöhungen für Waren schweizerischer Erzeugung ging eine Verteuerung der Einfuhrgüter einher.

Der Index der Grosshandelspreise hatte Ende 1962 den Stand von 228 (August 1939 = 100) erreicht; er lag damit 4,3 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Im Laufe der Berichtszeit verringerte sich die Teuerungsrate zunächst bis auf 1,4 Prozent Ende Juli. Alsdann weitete sie sich bis Ende Dezember wieder auf 3,1 Prozent aus, als der Index 235,1 notierte. Die Abnahme in den ersten sieben Monaten erklärt sich aus dem Preisverlauf bei den Waren inländischer Erzeugung. Ihr mittlerer Preisstand hatte Ende 1962 jenen vor Jahresfrist um 5,1 Prozent überschritten; bis zum

Schweizerischer Grosshandelsindex

August 1939 = 100

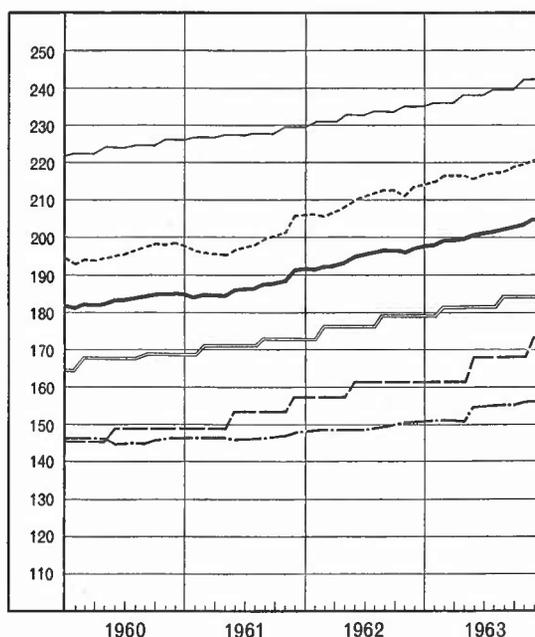
— Gesamtindex
 — Inlandwaren
 - - - Auslandwaren



Index der Konsumentenpreise

August 1939 = 100

— Gesamtindex - - - - - Nahrungsmittel
 — Bekleidung - · - · - · Brenn- und Leuchtstoffe
 — Verschiedenes - - - - - Miete



Frühsummer ging er leicht unter das entsprechende Vorjahresniveau zurück, und Ende Dezember belief sich die Erhöhung wieder auf 2,0 Prozent. Bei allerdings unregelmässiger Entwicklung tendierten die Preise der Importwaren bis Mai sowie im Herbst deutlich nach oben. Am Jahresende betrug die Steigerung gegenüber dem Vorjahr 4,9 Prozent.

Die fortschreitende Teuerung fand in einem beharrlichen Anstieg des Indexes der Konsumentenpreise ihren Ausdruck. Nachdem diese Messziffer Ende 1962 den Stand von 197,4 erreicht und 3,2 Prozent über jenem vor einem Jahr gelegen hatte, überschritt sie im Mai erstmals 200 Punkte, zog dann weiter auf 205 Ende Dezember an und übertraf damit das Vorjahresniveau um 3,9 Prozent. Ausschlaggebend für die Verteuerung waren vorab die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln und der Anstieg der Mieten. Dieser beruhte auf der Zunahme der Baukosten sowie auf der vom Bundesrat bewilligten Erhöhung der noch unter die Mietpreiskontrolle fallenden Mietzinse um 7 Prozent. Auch in den übrigen Verbrauchsgruppen traten Preissteigerungen ein; sie beeinflussten die Kosten der Lebenshaltung zusammen ungefähr gleich stark wie die Preisaufschläge im Ernährungssektor.

Die Entwicklung der *Löhne* wurde durch den anhaltend starken Bedarf an Arbeitskräften und die Verteuerung der Konsumentenpreise beeinflusst. Die Lohnsätze in der Industrie und im Baugewerbe zeigten von Ende September 1962 bis Ende September 1963 eine Steigerung von 6,1 Prozent, verglichen mit 6,2 Prozent in den vorangegangenen zwölf Monaten. Diese Erhöhung wi-

derspiegelt allerdings nur die allgemeine Lohntendenz, da bei ihrer Ermittlung die ins Gewicht fallenden individuellen Lohnverbesserungen und die Vergütungen für Überzeit nicht berücksichtigt sind. Es ist somit anzunehmen, dass die effektiven Verdienste einen stärkeren Anstieg als die Lohnsätze erfahren haben.

Überbeschäftigung und Lohnerhöhungen führten zu einem kräftigen Wachstum der Einkommen der Berufstätigen und demzufolge zu einer entsprechenden Ausdehnung des privaten Verbrauchs. Die hohe Konsumkraft bildete eine der wichtigsten konjunkturellen Auftriebskräfte. Die *Kleinhandelsumsätze* nahmen denn auch beträchtlich zu; sie übertrafen den Vorjahreswert um 8,8 Prozent.

Auch die *öffentlichen Haushalte* standen im Zeichen der Konjunkturübersteigerung. Im Budget des Bundes für das Jahr 1964 werden in der Finanzrechnung die Einnahmen auf 4877 Millionen Franken, die Ausgaben auf 4434 Millionen veranschlagt, was einen Einnahmenüberschuss von 443 Millionen ergibt. Unter Berücksichtigung der Vermögensrechnung vermindert sich der Ertragsüberschuss im Gesamtvoranschlag auf 284 Millionen Franken. Die Differenz erklärt sich dadurch, dass in der Finanzrechnung für 1964 unter den Einnahmen Rückzahlungen von gewährten Darlehen in der Höhe von 242 Millionen Franken eingesetzt sind. Die Ausgabenvermehrung gegenüber dem Budget 1963 beläuft sich in der Finanzrechnung auf 585 Millionen Franken oder 15 Prozent. Dabei sind beträchtliche Ausgaben, die sich aus den Beschlüssen der eidgenössischen Räte in der Dezembersession ergeben, im Voranschlag noch nicht enthalten. Die Steigerung der Gesamtausgaben in einem solchen Ausmasse muss unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten zu um so grösseren Bedenken Anlass geben, als auch die Schweizerischen Bundesbahnen und die PTT-Betriebe mit einem starken Anstieg der Ausgaben rechnen. Zudem wird die Erhöhung der Renten der Eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung zu einer Stimulierung der Nachfrage beitragen.

WÄHRUNGSRESERVEN UND VALUTAMARKT

Mit der Auflösung der zur Deckung des Liquiditätsbedarfs der Banken über den Jahresultimo 1962 getätigten Swap-Operationen bildeten sich die Währungsreserven zu Beginn des Berichtsjahres rasch zurück. Ende Januar lag der Gold- und Devisenbestand in der Höhe von 11 470 Millionen Franken um 941 Millionen unter dem Ende 1962 ausgewiesenen Betrag. Alsdann wurde die Währungslage bis zur Jahresmitte wieder erstmals seit Frühjahr 1962 von der defizitären Gestaltung der Ertragsbilanz beeinflusst. Die Mittelzugänge aus dem Ausland verringerten sich, und die Nationalbank hatte keine Dollars zu übernehmen. Jedoch erreichte der Dollarkurs nie eine Höhe, die es ihr erlaubt hätte, an den Markt Dollars per Kasse abzutreten. Indessen hatten der Bund für laufende Bedürfnisse und die Postverwaltung für Überweisungen von Fremdarbeiterlöhnen einen verhältnismässig hohen Bedarf an Devisen. Er wurde durch den Kauf von Dollars gegen Schweizerfranken bei der Federal Reserve Bank von New York gedeckt. Diese benützte die ihr überlassenen Franken zur Abtragung von Swap-Verpflichtungen gegen-

über der BIZ und der Nationalbank. Dank den erwähnten Operationen waren die amerikanischen Währungsbehörden in der Lage, ihre gesamten im Rahmen der Swap- und Termintransaktionen eingegangenen Verbindlichkeiten bis Ende Juni zu liquidieren. Demzufolge verminderten sich die Währungsreserven der Nationalbank in einem nur bescheidenen Ausmass. Von Ende Januar bis Ende Mai gingen sie um 108 Millionen auf 11 362 Millionen Franken zurück.

Auf den Halbjahresultimo hin sahen sich Grossbanken und andere Kreditinstitute veranlasst, durch die Heimschaffung kurzfristiger Auslandsanlagen ihre Kassenhaltung zu verstärken; ausserdem hatten sie angesichts der wachsenden Geldbedürfnisse für die Wirtschaft grosse Mittel bereitzustellen. Da ein Teil des Liquiditätsbedarfs vorübergehenden Charakter hatte, schloss die Nationalbank über das Semesterende mit Grossbanken kurzfristige Swap-Geschäfte im Umfang von 86 Millionen Dollar oder rund 372 Millionen Franken ab, wobei sie die Dollars durch einen entsprechenden Swap mit der BIZ in Gold umwandelte. Die Währungsreserven erhöhten sich in diesem Zusammenhang Ende Juni auf 11 702 Millionen Franken. Sie verminderten sich jedoch mit der Auflösung der Swap-Transaktionen und fielen bis Ende Juli weiter auf den tiefsten Stand des Jahres, nämlich auf 11 337 Millionen Franken.

Um diese Zeit begann sich die Zahlungsbilanzlage unseres Landes erneut zu wandeln. Der Geldzustrom aus dem Ausland nahm wieder zu. Entsprechend gestaltete sich die Entwicklung der Währungsreserven. Schon im Juli und im August war der Mittelzugang beachtlich. Er wuchs im September, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Repatriierung von Auslandsanlagen, sowie im Oktober, als Kapitalien aus Italien zuströmten, zu einem Umfang an, der annähernd an denjenigen früherer Zuflussbewegungen heranreichte. Die Währungsreserven der Nationalbank erhöhten sich bis Ende Oktober auf 11 956 Millionen Franken. Die Zunahme wäre noch stärker ausgefallen, wenn nicht für Rechnung der Federal Reserve Bank von New York in beträchtlichem Umfang Dollars auf Termin erworben worden wären. Überdies konnte die Notenbank, wie schon im ersten Halbjahr, für Überweisungen von Fremdarbeiterlöhnen grössere Devisenbeträge an die Postverwaltung abtreten.

Die Federal Reserve Bank von New York nahm im September erstmals wieder die mit der BIZ im Juli 1962 getroffene Swap-Vereinbarung in der Höhe von zunächst 215 Millionen Franken und erneut im Oktober im selben Betrage in Anspruch. Damit war diese Swap-Limite ausgeschöpft. Die Federal Reserve Bank von New York verwendete die Schweizerfranken zum Rückkauf von Dollars bei der Nationalbank. Die BIZ beschaffte sich die für die erwähnten Operationen benötigten Franken teils durch einen Gold/Franken-Swap mit der Nationalbank, teils durch Frankendepots von Grossbanken. Ebenfalls im Oktober wurde das seit dem vorangegangenen Jahr mit der Nationalbank bestehende Swap-Abkommen von der Federal Reserve Bank von New York im Ausmass von 238 Millionen Franken beansprucht. Auch dieser Frankenbetrag diente zum Rückkauf von Dollars bei der Nationalbank. Dank den erwähnten Transaktionen erhielt die Nationalbank Dollars auf kursgesicherter Basis und konnte im Rahmen des Swaps mit der BIZ Dollars durch Gold ersetzen.

Um zusätzliche Möglichkeiten für Swap-Operationen zu schaffen, wurden Ende November die Limiten der im Sommer 1962 zwischen der Federal Reserve Bank von New York einerseits und

der BIZ bzw. der Nationalbank andererseits abgeschlossenen Swap-Vereinbarungen um je 50 Millionen auf je 150 Millionen Dollar erhöht.

Der Bestand der Währungsreserven nahm im Dezember im Zuge umfangreicher Transaktionen der Banken zur Überbrückung des Jahresultimo stark zu. Die Nationalbank hatte Dollars im Gegenwert von 1 287 Millionen Franken zu übernehmen, und zwar 343 Millionen per Kasse und 944 Millionen in der Form von teils kurzfristigen, teils einmonatigen Swaps. Die ihr angedienten Dollars gab sie in einer Swap-Transaktion gegen Gold an die BIZ weiter. Ausserdem löste sie bei der BIZ ein Frankendepot von Grossbanken im Betrage von 105 Millionen gegen Gold ab. Die Federal Reserve Bank von New York nahm die zwischen ihr und der BIZ bestehende Swap-Limite mit 215 Millionen Franken in Anspruch, wobei die Nationalbank der BIZ diesen Frankenbetrag gegen Gold zur Verfügung stellte. Gleichzeitig verwendete die Federal Reserve Bank von New York die genannten 215 Millionen Franken zum Rückkauf von Dollars bei der Nationalbank. Diese Operationen liessen den Vorrat an Währungsmitteln bis zum Jahresende auf 13 287 Millionen Franken ansteigen. Gegenüber dem Stand vor Jahresfrist entspricht dies einer Zunahme von 876 Millionen Franken.

Der *Goldvorrat* hatte sich Ende 1962 auf 11 544 Millionen Franken belaufen. Die Auflösung der Swap-Operationen mit der BIZ führte ihn im Januar auf 10 624 Millionen Franken zurück. Auf diesem Niveau verharrte er bis zum Sommerende, abgesehen von kleineren Fluktuationen sowie einem vorübergehenden Zuwachs auf 10 949 Millionen Franken am 30. Juni. Im Herbst erhöhte sich der Goldvorrat erneut auf gegen 11 Milliarden und stieg dann im Laufe der zwei letzten Wochen des Berichtsjahres auf 12 204 Millionen Franken Ende Dezember. Der Zuwachs vor Jahresultimo war auf die erwähnten Transaktionen mit der BIZ zurückzuführen.

Der *Devisenvorrat* war erheblichen Schwankungen ausgesetzt. Von 867 Millionen Franken am 31. Dezember 1962 bildete er sich sukzessive auf 747 Millionen Ende April 1963 zurück. Als Folge der von Sommermitte an einsetzenden Zuflüsse aus dem Ausland wuchs er bis auf rund eine Milliarde Franken Ende Oktober an und verblieb bis Anfang Dezember auf diesem Stand. Die Dollarverkäufe der Banken zum Zwecke der Beschaffung von liquiden Mitteln für die Jahresendbedürfnisse führten einen kräftigen Anstieg herbei. Der Devisenvorrat erreichte am 23. Dezember 1 435 Millionen Franken, nahm dann auf 1 083 Millionen am Jahresende ab und war in diesem Zeitpunkt 216 Millionen grösser als ein Jahr zuvor. Der Rückgang in der letzten Woche der Berichtszeit beruhte darauf, dass die Nationalbank die von den Banken übernommenen Dollars der BIZ kurzfristig überliess und die Federal Reserve Bank von New York vom schweizerischen Noteninstitut Dollars zurückkaufte, worauf bereits hingewiesen worden ist. Dank diesen Transaktionen konnten die in unser Land eingeströmten Dollarbeträge über die BIZ wieder im Ausland angelegt werden, so dass die Ultimo-Operationen schweizerischer Kreditinstitute sich kaum störend an den internationalen Geldmärkten auswirkten.

Die Federal Reserve Bank von New York nahm am Jahresende das mit der Nationalbank vereinbarte Swap-Abkommen mit weiteren 86 Millionen Franken in Anspruch. Hiedurch wurde

der Betrag der durch Swaps kursgesicherten Dollars um 20 Millionen auf 75 Millionen Dollar im Gegenwert von 324 Millionen Franken erhöht.

Am schweizerischen *Valutamarkt* stand die Kursentwicklung während der ersten Monate unter dem Einfluss der defizitären Zahlungsbilanz. Der Schweizerfranken notierte gegenüber den ausländischen Währungen allgemein etwas schwächer, hielt sich jedoch dauernd über der Parität. Der Kurs des US-Dollars stieg von 4,319 Ende 1962, von einer Pause im Februar abgesehen, fortgesetzt bis auf 4,332 Ende März/Anfang April. Im Gegensatz zum Vorjahr vermochte er sich indessen nicht auf 4,34 und darüber zu heben. Die Mittelzuflüsse aus dem Ausland vom Juli und August drückten auf den Kurs des Dollars, der sich anfangs August vorübergehend bis auf den Ankaufspreis der Nationalbank von 4,315 senkte. Als sich der Zustrom der Gelder gegen Ende September verstärkte, verblieb die Dollarnotiz längere Zeit auf diesem Stand. Erst gegen Ende Oktober vermochte sie sich leicht zu heben. Mit der Einleitung der Ultimovorkehren der Banken fiel der Dollar im Dezember jedoch wieder auf den Interventionspunkt zurück.

Die Notierungen der übrigen ausländischen Währungen bewegten sich im grossen und ganzen im Einklang mit dem Dollarkurs, stellt dieser doch weitgehend das Spiegelbild des Schweizerfrankenurses gegenüber den ausländischen Währungen ganz allgemein dar. Einige abweichende Tendenzen zeigten sich vor allem beim Pfund Sterling, bei der italienischen Lira und bei der D-Mark.

Das Scheitern der Verhandlungen über den Beitritt Grossbritanniens zur EWG Ende Januar 1963 löste gegen das Pfund gerichtete spekulative Kapitalbewegungen aus, die vor allem Mitte März zu einem stärkeren Kursrückgang des Pfundes führten. Da jedoch die technische Verfassung der englischen Valuta stark war, konnte dieser Entwicklung mit der bereits erwähnten Hilfe einiger Notenbanken leicht begegnet werden. Die italienische Lira, die zu Anfang des Jahres noch eine bemerkenswerte Stabilität gezeigt hatte, schwächte sich vor allem von der zweiten Septemberhälfte an im Zusammenhang mit der Passivierung der Zahlungsbilanz Italiens, insbesondere als Folge einer bedeutenden Kapitalabwanderung, merklich ab. Die Banca d'Italia sah sich deshalb veranlasst, Dollars an den Markt abzugeben. Die D-Mark zeigte namentlich im zweiten Halbjahr eine bemerkenswerte Festigkeit, ging doch ihr Kurs, im Unterschied zu allen übrigen Währungen, nie auf den tiefsten Stand, den sie anfangs Januar aufgewiesen hatte, zurück. Sehr stabil waren die Notierungen des französischen Frankens und des holländischen Guldens. Das gleiche traf für den kanadischen Dollar zu, der lediglich in der zweiten Julihälfte sowie im August etwas schwächer lag, um dann im September, unter dem Einfluss der sehr bedeutenden Weizenverkäufe ans Ausland, wieder merklich anzusteigen.

Das Geschehen an den *internationalen Goldmärkten* zeichnete sich durch eine bemerkenswerte Stabilität der Preisentwicklung aus. Dies ist zweifellos der Aktivität des Goldpools der Notenbanken und insbesondere der als dessen Agentin amtierenden Bank von England zuzuschreiben, die durch eine aktive Marktpolitik die Goldspekulation jeweils gleich beim Eintreten von Preisbewegungen entmutigte. Der Preis für Barrengold in London, dem international führenden Platz,

schwankte zwischen einem Minimum von $35,04\frac{3}{4}$ und einem Maximum von $35,11\frac{5}{8}$ Dollar die Unze fein. Tiefst wurde er Mitte Januar notiert, zog dann im Februar bei lebhafter Nachfrage an und konnte sich in den beiden folgenden Monaten weiter befestigen. Kurz vor Mitte April erreichte er seinen höchsten Stand. Nach einer ruhigen Phase während des Frühsommers begann er im Zusammenhang mit der Bekanntgabe der amerikanischen Zahlungsbilanzmassnahmen im Juli wieder leicht zu steigen und blieb auch im August fest. Im September schritt die Sowjetunion im Hinblick auf ihre grossen Weizenkäufe in Kanada und Australien zu umfangreichen Goldverkäufen, die einen unverzüglichen Rückgang des Goldpreises zur Folge hatten. Die Ungewissheit in bezug auf allfällige weitere östliche Goldverkäufe bestimmten dessen Haltung in den folgenden Monaten. Ende Dezember 1963 wurde der Londoner Goldpreis mit $35,07\frac{1}{4}$ notiert.

In der Schweiz folgten Preisbewegung und Umsätze für Goldbarren der internationalen Entwicklung. Die Preisschwankungen hielten sich zwischen 4867 Franken tiefst das Kilogramm fein Ende September und 4890 Franken höchst anfangs April in engem Rahmen.

Im Bereiche der *zwischenstaatlichen Währungsrelationen* waren nur sehr wenige und unbedeutende Änderungen zu verzeichnen. In Finnland und Bolivien wurden neue Währungseinheiten in Kraft gesetzt, die dem Hundert- bzw. Tausendfachen der früheren Einheiten entsprachen. Die Preisrelationen zum Ausland wurden dadurch nicht verändert. De-facto-Abwertungen oder partielle Kursänderungen erfolgten in Brasilien, Kongo/Léopoldville, Laos, Polen, Syrien und Uruguay. Währungsparitäten mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Jamaica, Kuwait, Liberia, Nigeria, Somalia und Thailand. Die Zahl der Mitglieder des Währungsfonds nahm mit dem Beitritt von 20 Staaten, fast durchweg jungen Nationen des afrikanischen Kontinents, auf 102 zu.

Eine grössere Zahl von neuen Massnahmen oder Änderungen bestehender Beschränkungen im *zwischenstaatlichen Handels- und Zahlungsverkehr* konnten auch im Berichtsjahr registriert werden, wobei es sich mehrheitlich um Lockerungen handelte. Sie waren für den internationalen Wirtschaftsverkehr von relativ geringer Bedeutung. Erleichterungen der geltenden Devisenbewirtschaftung wurden vorgenommen in Dänemark durch den Abbau der Devisenkontrollmassnahmen, in Griechenland durch Zulassung eines freien Devisenhandels der Banken, in Italien durch Freigabe des Erwerbes ausländischer Wertschriften, in Japan durch Zulassung des Rücktransfers von ausländischen Investitionen und Liberalisierung der Zahlungen für unsichtbare Transaktionen, in Norwegen durch Erhöhung der Devisenquoten für Auslandsreisen, in Österreich durch eine weitere Liberalisierung der Kapitaltransaktionen mit dem Ausland und in Spanien durch Aufhebung der Genehmigungspflicht für ausländische Beteiligungen an spanischen Unternehmungen. Einschränkungen erfolgten andererseits u. a. in Frankreich für die Aufnahme von Krediten im Ausland sowie für bestimmte Aktienverkäufe an Ausländer; in Schweden wurden die Kontrollvorschriften zur Überwachung der Kapitalbewegungen über die Grenze verschärft.

Da die Währungsposition der europäischen Länder im allgemeinen günstig blieb, wurden die Kreditfazilitäten des *Europäischen Währungsabkommens* (EWA), dessen Mitgliedländer die euro-

päischen OECD-Staaten sind, nur von einem Land in Anspruch genommen. Der Europäische Fonds gewährte der Türkei einen mittelfristigen Kredit in der Höhe von 50 Millionen Rechnungseinheiten des Währungsabkommens (1 RE = Goldgehalt des US-Dollars von 0,88867088 Gramm fein). Andererseits zahlte die Türkei Mitte Februar und Ende Juni zwei Tranchen von 20 Millionen bzw. 15 Millionen RE eines früheren Kredits zurück. Am Jahresende belief sich die Schuld der Türkei beim Europäischen Fonds auf 95 Millionen RE. Von der im Abkommen vorgesehenen Möglichkeit der Zwischenfinanzierung machte lediglich ein Land Gebrauch. Das EWA-Direktorium erörterte die Frage der Anpassung der Bestimmungen des Abkommens, dessen Geltungsdauer am 31. Dezember 1963 abließ, an die veränderten Verhältnisse. Hierauf bezügliche Beschlüsse wurden noch nicht gefasst. Das Abkommen wurde unverändert für ein weiteres Jahr verlängert.

NOTENBANKKREDIT UND GELDMENGE

Die Finanzierung der hohen Kreditbedürfnisse der Wirtschaft stellte an die Banken grosse Anforderungen. Die Ausleihungen (Debitoren, Hypothekaranlagen und Vorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften) der 62 monatlich berichtenden Institute beliefen sich Ende November auf 42,4 Milliarden Franken; sie übertrafen den entsprechenden Vorjahresstand um 4,4 Milliarden oder 11,5 Prozent. Die Banken konnten den Geldbedarf der Wirtschaft und der öffentlichen Hand aber ohne nennenswerten Rückgriff auf die Nationalbank befriedigen. Immerhin mussten sie zur Überbrückung des Halbjahresultimo und wiederum auf Jahresende die Hilfe des Noteninstituts in Anspruch nehmen. Dieses stellte dem Bankenapparat die benötigten Kassenmittel indessen weit überwiegend durch die im vorangehenden Kapitel erwähnten Übernahmen von Dollars per Kasse oder auf Swap-Basis zur Verfügung. Die Kreditgewährung durch Diskontierungen und Lombardvorschüsse hielt sich in eher engem Rahmen.

Zu Beginn des Jahres erfuhr der *Notenbankkredit* im Laufe von drei Wochen einen Abbau von 195 Millionen auf 87 Millionen Franken. Bis Ende April ermässigte er sich weiter auf 67 Millionen Franken. Die Inanspruchnahme der Notenbank am Halbjahresende brachte einen vorübergehenden Anstieg auf 121 Millionen Franken. Alsdann fluktuierte die Kredithingabe bis gegen Ende November zwischen 70 und 90 Millionen Franken; sie lag damit leicht über dem Vorjahresstand. Am 31. Dezember 1963 beliefen sich die Kreditengagements beim Noteninstitut auf 240 Millionen Franken oder 45 Millionen mehr als ein Jahr zuvor. Von den gewährten Krediten entfielen 142 Millionen auf das Inlandportefeuille und 98 Millionen auf Lombardvorschüsse. Im weiteren beschafften sich einzelne Banken Mittel im Umfang von 43 Millionen Franken durch die vorübergehende Rückgabe von Sterilisierungsreskriptionen, verglichen mit 27 Millionen Ende des Vorjahres.

Das Inlandportefeuille zeigte bis anfangs Dezember keine ins Gewicht fallenden Veränderungen. Der Bestand an Schweizerwechseln bewegte sich im Monatsdurchschnitt zwischen 54 Millionen und 76 Millionen Franken. Die diskontierten Obligationen wiesen verhältnismässig etwas stärkere

Bewegungen auf; sie stellten sich im Monatsmittel auf 1 Million bis 12 Millionen Franken. Schatzanweisungen wurden vom Markt auf Halbjahresultimo sowie im Dezember im Betrage von 34 bzw. 35 Millionen Franken zum Rediskont eingereicht. Die im Portefeuille der Notenbank liegenden Pflichtlagerwechsel hielten sich meistens in der Grössenordnung von 50 Millionen Franken, wovon 5 Millionen auf Brotgetreide-Wechsel entfielen. Am Jahresende waren es 72 Millionen bzw. 9 Millionen Franken. Die Haltung von Pflichtlagern seitens der Wirtschaft verharrete ungefähr auf Vorjahreshöhe. Mit Einschluss der Zusatzlager von Brotgetreide standen Ende 1963 insgesamt 2907 Lagerverträge in Kraft. Der Wert der eingelagerten Waren belief sich auf 1507 Millionen Franken. An der Finanzierung beteiligten sich die Banken mit 729 Millionen Franken gegen 688 Millionen zwölf Monate zuvor. Im Lombardgeschäft betrug der Jahresdurchschnitt der ausstehenden Vorschüsse 18 Millionen Franken.

Der *Notenumlauf* verzeichnete eine weitere Ausdehnung. Ende 1962 hatte er 8506 Millionen Franken betragen. Nach der Jahreswende setzte ein kräftiger Notenrückfluss ein, der bis zum 23. Januar eine Senkung um 863 Millionen auf 7643 Millionen brachte. Alsdann zeigte die Bewegung des Notenumlaufs den üblichen Rhythmus. Die Notenzirkulation überschritt den jeweiligen Vorjahresstand im allgemeinen um 600 bis 700 Millionen Franken. Nur an einzelnen Ausweistagen lag die Erhöhung ausserhalb dieses Schwankungsbereichs. Am 23. November ging sie bis auf 517 Millionen Franken zurück. Am Jahresende erreichte der Betrag der ausstehenden Noten 9035 Millionen Franken, was einem Anstieg gegenüber dem Stand vor einem Jahr um 529 Millionen oder 6,2 Prozent entspricht. Im Jahre 1962 hatte die Steigerung 11,1 Prozent betragen. Am 31. Dezember 1963 war der Notenumlauf zu 135 Prozent durch Gold gedeckt.

In der Zusammensetzung des Notenumlaufs hielt die Verlagerung auf den Abschnitt von 500 Franken an. Der auf ihn entfallende Anteil an der gesamten Notenausgabe vergrösserte sich im Laufe des Jahres von 11,09 auf 11,66 Prozent. Demgegenüber verringerte sich der Anteil der 1000 Franken-Noten von 30,17 auf 29,99 Prozent, jener der 50 Franken-Noten von 7,01 auf 6,80 Prozent. Bei den drei kleinsten Abschnitten von 5, 10 und 20 Franken ergab sich zusammen eine Abnahme von 7,92 auf 7,79 Prozent. Die Quote der 100 Franken-Noten blieb mit 43,76 gegen 43,81 Prozent Ende 1962 praktisch stabil.

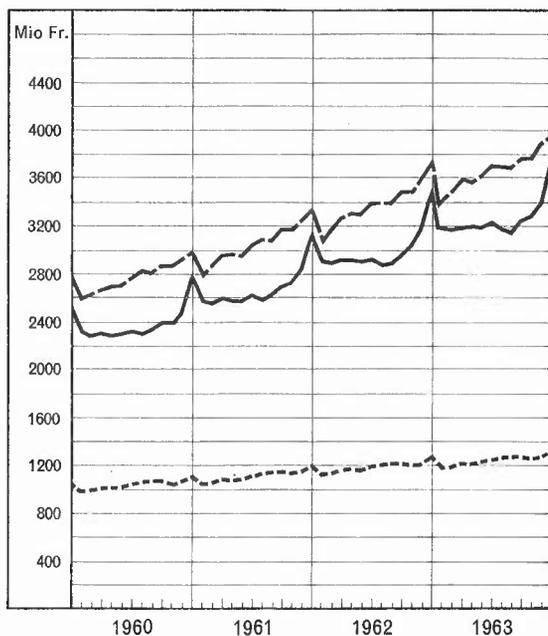
Die Entwicklung der *täglich fälligen Verbindlichkeiten* stand unter dem Einfluss verschiedener Bestimmungsfaktoren, wobei als wichtigste die Schwankungen des Notenumlaufs, die Verschiebungen in der Zahlungsbilanzlage und die Massnahmen der Notenbank zur Abschöpfung von durch Devisenübernahmen neu geschaffenen Guthaben der Banken zu nennen sind.

Die *Giroguthaben der Wirtschaft* hatten sich am 31. Dezember 1962 auf 2294 Millionen Franken belaufen. Obwohl in den drei ersten Wochen des neuen Jahres Noten im Betrage von 863 Millionen Franken zum Noteninstitut zurückflossen, erhöhten sich diese Sichtgelder nur um 22 Millionen auf 2316 Millionen, weil Banken im Zuge der Liquidierung von Swap-Operationen von der Nationalbank Dollars gegen Franken zurücknahmen. Die Sichtguthaben der Wirtschaft lagen aber noch leicht über dem Stand vor Jahresfrist. Der Markt verfügte damit über eine

Gliederung des Notenumlaufs

Am Monatsende

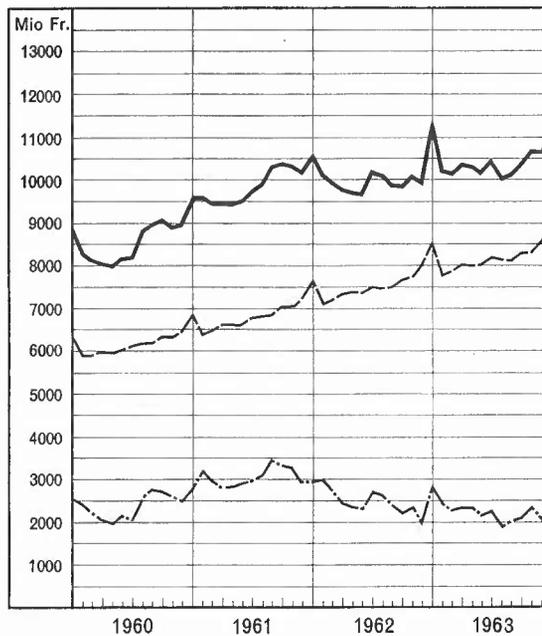
— Noten zu 1000 und 500 Franken
 — Noten zu 100 Franken
 - - - - - Noten zu 50, 20, 10 und 5 Franken



Notenumlauf und täglich fällige Verbindlichkeiten

Am Monatsende

— Notenumlauf
 - - - - - Täglich fällige Verbindlichkeiten
 — Zusammen



reichliche Flüssigkeit. In der Folge bewegten sich diese Gelder rückläufig. Hierzu trug insbesondere die steigende Notenausgabe bei. Eine stärkere Verminderung trat erst im Frühjahr ein. Ende Juli erreichten die Giro Guthaben der Wirtschaft mit 1 624 Millionen Franken ihren Jahrestiefststand; sie unterschritten das entsprechende Vorjahresniveau um 504 Millionen.

Als die Devisenbilanz erneut Überschüsse zeitigte und die Dollarandienungen der Banken zu einer entsprechenden Frankenschaffung Anlass gaben, worauf bereits hingewiesen worden ist, nahmen die Giro Guthaben der Wirtschaft deutlich zu. Anfangs Oktober übertrafen sie wieder den Betrag von zwei Milliarden Franken. Vor allem die Grossbanken vermochten ihre Guthaben zu erhöhen, während die mittleren und kleineren Institute über einen mangelnden Mittelzufluss klagten. Nach einem erneuten Rückgang auf 1 743 Millionen Franken anfangs Dezember stiegen die Giro Guthaben der Wirtschaft im Zuge der Ultimovorbereitungen der Banken sprunghaft an. Ende 1963 erreichten sie 2 700 Millionen Franken und übertrafen damit den Stand vor Jahresfrist um 406 Millionen. Auf die Banken entfielen 2 542 Millionen Franken oder 382 Millionen bzw. 18 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Guthaben der Grossbanken wiesen eine Steigerung um 281 Millionen auf, jene der Kantonalbanken eine Verringerung um 45 Millionen. Die übrigen Bankengruppen verfügten zusammen über Guthaben, die um 146 Millionen Franken grösser waren als Ende 1962.

Die *Guthaben des Bundes*, die am Jahresende 356 Millionen Franken betragen hatten, verzeichneten nach einem leichten Anstieg in den ersten Januartagen bis Mitte Februar einen starken Abbau. In der Folge bewirkte die Rückzahlung einer Bundesanleihe von 200 Millionen Franken Mitte März und von Schuldbuchforderungen in Höhe von 115 Millionen Ende April eine weitere namhafte Senkung. Der Bund sah sich zur Überbrückung von Engpässen in seiner Tresorerie veranlasst, sich zusätzliche Mittel zu beschaffen, und zwar durch die Begebung kurzfristiger Schatzanweisungen am Markt sowie durch die vorübergehende Überlassung von Anlagepapieren an die Nationalbank. Der wachsende Mitteleingang gestattete dann dem Bund, im Mai und Juni diese Anlagepapiere zurückzunehmen und die im Februar neu begebenen Schatzanweisungen einzulösen. Im zweiten Halbjahr zeigten die Bundesguthaben eine ruhige Entwicklung. Sie hielten sich im allgemeinen auf einem leicht über 200 Millionen Franken liegenden Niveau. Dollaranlagen des Bundes wurden in auf Schweizerfranken lautende Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes umgewandelt. Diese beliefen sich am Jahresende auf insgesamt 680 Millionen Franken.

Die *Guthaben ausländischer Banken* bildeten sich zurück. In den ersten Monaten 1963 lagen sie meist leicht über dem Stand von Ende 1962 von 98 Millionen Franken. Durch die Auflösung kurzfristiger Engagements der amerikanischen Währungsbehörden erfuhren diese Guthaben gegen Jahresmitte eine kräftige Verminderung; alsdann liessen sie keine grösseren Bewegungen mehr erkennen. Am Jahresende beliefen sie sich auf 32 Millionen Franken, wovon der überwiegende Teil auf Verpflichtungen gegenüber ausländischen Notenbanken entfiel.

GELD- UND KAPITALMARKT

Die Marktentwicklung zeigte kein einheitliches Bild. Zunächst bewahrte der Geld- und Kapitalmarkt seine Flüssigkeit. Im Frühjahr machten sich mit dem Einsetzen der Bautätigkeit bei steigendem Notenumlauf Versteifungssymptome bemerkbar. Sie wurden auch dadurch gefördert, dass die Fremdarbeiter laufend Lohnbeträge über den Postcheck ins Ausland überwiesen, wodurch dem Markt Mittel entzogen wurden. Vom Frühsommer bis zum Herbst war die Marktverfassung durch eine allmähliche Verknappung gekennzeichnet, die sich in steigenden Zinssätzen äusserte. Die in der zweiten Jahreshälfte vom Ausland zugeflossenen Gelder vermochten zwar eine leichte Entspannung der Marktlage herbeizuführen; diese hielt sich jedoch in begrenztem Rahmen, weil der Mittelbedarf der Wirtschaft weiter anstieg und die Banken auf eine Verstärkung ihrer Zahlungsbereitschaft bedacht waren.

Was die *Geldmarktsätze* anbelangt, wurden der offizielle Diskontsatz von 2 Prozent und der Lombardzinsfuß von 3 Prozent auf ihrem bisherigen Stand belassen. Der Callgeldsatz in Zürich belief sich bis Mitte Juli auf $1\frac{1}{2}$ Prozent; er hob sich alsdann auf $1\frac{1}{2}$ bis 2 Prozent und in der Folge auf 2 bis $2\frac{1}{2}$ Prozent. Ende September wurden für Tagesgeld bis zu $2\frac{5}{8}$ Prozent vergütet.

Am Jahresende stellte sich der Satz auf 2 bis $2\frac{1}{2}$ Prozent. Der Zinsfuss für Dreimonatsdepots lag deutlich über dem Vorjahresniveau. Grossbanken verzinsten solche Einlagen am Jahresbeginn mit $2\frac{5}{8}$ Prozent. Im ersten Halbjahr schwankte der Satz zwischen $2\frac{5}{8}$ und $2\frac{3}{4}$ Prozent; von Juli bis Mitte Oktober wurden $2\frac{7}{8}$ Prozent, gelegentlich 3 Prozent bewilligt. Im Zuge der Marktversteifung stieg die Verzinsung bis auf $3\frac{1}{2}$ Prozent. Im Dezember wurde der Satz von $3\frac{1}{4}$ Prozent aber kaum mehr überschritten. Die Diskontosätze für Pflichtlagerwechsel von $1\frac{3}{4}$ Prozent für Lager in Lebens- und Futtermitteln und von 2 Prozent für übrige Pflichtlager erfuhren auch im Berichtsjahr keine Änderung. Die Erneuerung von Schatzanweisungen des Bundes erfolgte bis zum Herbst zu den gleichen Bedingungen, wie sie in der zweiten Jahreshälfte 1962 appliziert worden waren. Im Oktober erhöhten sich die Sätze um $\frac{1}{8}$ Prozent auf $1\frac{1}{2}$, $1\frac{3}{4}$ und 2 Prozent für Laufzeiten bis zu 1 Jahr, $1\frac{1}{2}$ und 2 Jahren.

Am mittelfristigen Markt begegnete die Festlegung der *Ausgabebedingungen für Kassenobligationen* besonderem Interesse. Die Nationalbank war aus den im Abschnitt «Allgemeine Betrachtungen» erwähnten Gründen im ersten Halbjahr bemüht, den Anstieg der Zinssätze für Kassenobligationen zu begrenzen und Satzsteigerungen hinauszuzögern. Die Kantonalbanken und die Grossbanken brachten weiterhin den Satz von $3\frac{1}{2}$ Prozent zur Anwendung; Lokalbänken statteten ihre Titel mit einem Zinsfuss von $3\frac{3}{4}$ Prozent aus. Allerdings machten die Grossbanken die Nationalbank darauf aufmerksam, dass die Bereitschaft des Anlagepublikums, fällige Kassenobligationen zu den geltenden Sätzen zu erneuern, spürbar nachlasse und sich der Neuzugang an solchen Geldern verlangsame. Gleichzeitig hätten sie aber einen wachsenden Bedarf der Exportindustrie an längerfristigen Darlehen zu befriedigen, wobei ihnen von seiten des Bundes die Gewährung solcher Kredite zur Finanzierung der Ausfuhr nach Entwicklungsländern nahegelegt werde. Die Nationalbank unterliess es nicht, die Grossbanken darauf aufmerksam zu machen, dass eine Erhöhung des Zinsfusses für Kassenobligationen zu Satzsteigerungen bei allen anderen Bankengruppen führen müsste. Im übrigen hatte sie den Grossbanken schon vor einem Jahr zu erwägen gegeben, ob es angesichts der zunehmend längeren Laufzeit der Kredite nicht angezeigt wäre, sich langfristige Mittel durch die Begebung von Anleihen zu beschaffen.

Im Laufe des Sommers wurde erkennbar, dass die Konjunktur eher wieder in den Bereich neuer Auftriebskräfte geriet. Zudem häuften sich die Emissionen von $3\frac{3}{4}$ Prozent Anleihen infolge des grossen Kapitalbedarfs der Wirtschaft, was sich in einem weiteren Rückgang des Bestandes an Kassenobligationen bei den Kreditinstituten auswirkte. In Anbetracht dieser Entwicklungen erklärte sich die Nationalbank gegen Ende Juli mit einer Erhöhung des Zinsfusses für Kassenobligationen um $\frac{1}{4}$ Prozent bei einer Mindestlaufzeit der Titel von 5 Jahren einverstanden. Sie ging dabei auch von der Überlegung aus, dass eine weitere Stabilhaltung des Zinsfusses für Kassenobligationen zu unerwünschten Verzerrungen im Zinsgefüge geführt und Kreditinstitute veranlasst hätte, vermehrt kurzfristige Gelder zur Finanzierung von Hypotheken zu verwenden. Vom 7. August an vergüteten die Kantonalbanken und die Grossbanken für Titel der genannten Laufzeit $3\frac{3}{4}$ Prozent; für kurzfristige Kassenobligationen verblieb der Zinssatz auf $3\frac{1}{2}$ Prozent. Lokal-

banken und Sparkassen gingen sukzessive zum Zinsfuss von 4 Prozent über. Bei dieser Bankengruppe bildete der genannte Satz am Jahresende für 5- und mehrjährige Titel die Regel.

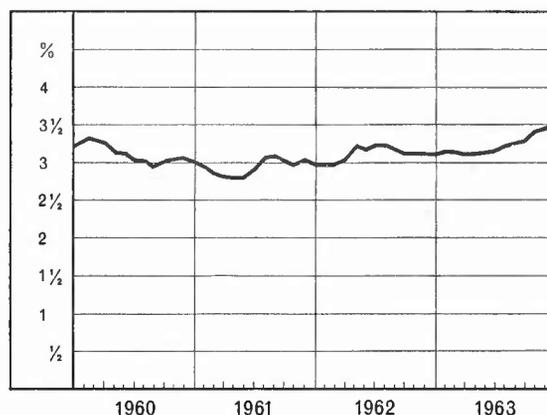
Die Hinaufsetzung des Zinsfusses für Kassenobligationen wirkte sich bei den Banken allerdings nur vorübergehend in einer entsprechenden Mittelvermehrung aus. Zudem rührte der Zuwachs in erheblichem Ausmass von Umwandlungen von Spar-, Depositen- und Kreditorengeldern her. Die Auswirkungen der Zinsfusserhöhung beschränkten sich damit manchenorts auf eine Verbesserung der Bilanzstruktur. Bei den 62 monatlich berichtenden Banken stieg der Bestand an Kassenobligationen von Ende August bis Ende November um nur 49 Millionen Franken gegenüber 92 Millionen in der Parallelperiode 1962; bei den Kantonalbanken war er sogar rückläufig. Zuzufolge dieser Entwicklungen machten sich gegen Jahresende Bestrebungen zu einer weiteren Heraufsetzung der Kassenobligationensätze um $\frac{1}{4}$ Prozent geltend. Rund zwei Drittel der Kantonalbanken und vier Grossbanken meldeten der Nationalbank, dass sie den Zinsfuss ab Neujahr oder in der ersten Hälfte Januar 1964 auf 4 Prozent erhöhen werden. Die Notenbank erhob dagegen zwar keine grundsätzlichen Einwendungen, gab jedoch zu überlegen, ob im Hinblick auf die Marktverflüssigung nach Jahresende mit der Satzerhöhung nicht noch etwas zugewartet werden sollte.

Die *Verzinsung für Spareinlagen* blieb im ganzen gesehen verhältnismässig stabil; nur vereinzelt wurde der Spargeldsatz im Rahmen von Zinsvergütungen von $2\frac{1}{2}$ bis 3 Prozent um $\frac{1}{4}$ Prozent heraufgesetzt. Im Durchschnitt massgebender Kantonalbanken hob er sich im Laufe des Jahres von 2,75 auf 2,79 Prozent. Ein Drittel der Staatsinstitute vergütete am Jahresende 3 Prozent. Eine Verbesserung der Konditionen für den Spareinleger trat auf Anfang 1964 bei einer grösseren Zahl von Lokalbanken ein. Bei dieser Bankengruppe wurde im allgemeinen der Satz für Spargelder auf 3 Prozent erhöht, nachdem regionale Verbände von Lokalbanken und Sparkassen einen diesbezüglichen Beschluss gefasst hatten.

Auf dem *Hypothekarmarkt* wurde die Tendenz zur Steigerung der Zinssätze erst in den letzten Monaten des Berichtsjahres spürbar. Die Banken konnten zunächst mehrheitlich von einer Hinaufsetzung des Hypothekarzinsfusses noch Umgang nehmen, weil erst ein Teil ihrer Kassenobligationengelder zu den höheren Sätzen verzinst werden musste und sich die Verteuerung der Spareinlagen in engen Grenzen hielt. Um ein rasches Durchschlagen höherer Kassenobligationensätze auf den Hypothekarmarkt zu vermeiden, ersuchte die Nationalbank die Kreditinstitute, von Hinaufsetzungen des Zinsfusses für Althypotheken auf Wohnbauten und landwirtschaftlichen Liegenschaften solange wie möglich Abstand zu nehmen. Die Banken entsprachen diesem Wunsche. Die Kantonalbanken belassen den Satz für Althypotheken im ersten Rang auf dem Stand von $3\frac{3}{4}$ Prozent. Einige Staatsinstitute gingen lediglich für Darlehen auf Gebäuden, die sowohl Wohn- als auch Geschäftszwecken dienen, auf 4 Prozent, welcher Satz schon früher bei grossgewerblichen und industriellen Hypotheken allgemein angewendet worden war. Was neue Hypothekardarlehen auf Wohnbauten anbelangt, nahmen einzelne Kantonalbanken gegen Ende des Jahres eine Satz-erhöhung auf 4 Prozent vor; weitere bezeichneten eine Satzanpassung für neue Darlehen im Laufe

Rendite schweizerischer Staatswerte

Monatsdurchschnitte



von 1964 für unumgänglich. Bei den privaten Hypothekarbanken blieb für Althypotheken im ersten Rang der Satz von $3\frac{3}{4}$ Prozent die Regel; doch machten vereinzelte Institute den Schritt auf 4 Prozent. Regionale Lokalbanken- und Sparkassenverbände fassten indessen da und dort den Beschluss, gleichzeitig mit der Heraufsetzung des Spargeldsatzes den Zinsfuß für bestehende erste Hypotheken auf 4 Prozent mit Wirkung ab 1. Januar 1964 zu erhöhen. Für neue Hypotheken verlangten die lokalen Institute diesen Satz im allgemeinen schon im Herbst des Berichtsjahres.

Die durchschnittliche Rendite der schweizerischen Staatswerte schwächte sich von Anfang Januar bis Ende März von 3,15 Prozent auf 3,10 Prozent leicht ab. Alsdann standen die Kurse der festverzinslichen Wertpapiere unter dem Einfluss der allgemeinen Marktverengung. Einem abrupten Anstieg des Renditesatzes wirkte die Notenbank durch Interventionskäufe am Obligationenmarkt entgegen. Die Rendite konnte längere Zeit auf einem Stand zwischen 3,20 und 3,25 Prozent gehalten werden. Als sich der Markt von Sommermitte an stärker verknappte, setzte die Nationalbank die Kurspflege zwar fort; doch dosierte sie ihre Interventionskäufe in der Weise, dass sich die durchschnittliche Rendite langsam an das durch die Marktkräfte bestimmte Niveau anpassen konnte. Anfangs November erreichte sie 3,47 Prozent. Nachdem die Tendenzen zur Markterleichterung die Rendite wieder leicht auf 3,41 Prozent absinken liessen, kamen die Obligationenkurse gegen Jahresende erneut unter Druck, wodurch sich der Renditesatz erster Staatswerte auf 3,54 Prozent hob.

Aussergewöhnlich lebhaft war die *Emissionstätigkeit*. Der Markt sah sich einer starken Belastungsprobe ausgesetzt, erwies sich jedoch als sehr leistungsfähig, obwohl sich die Emissionen, von der Sommerpause abgesehen, ohne Unterbruch folgten. So wurden am öffentlichen Markt 104 Anleihen begeben gegenüber 65 im vorangegangenen Jahr. Annähernd gleich zahlreich wie 1962 waren die Aktienemissionen. Es wurden deren 73 durchgeführt. Der Emissionswert der in- und ausländischen Begebungen zusammen erreichte 3399 Millionen Franken gegen 2652 Millionen im Vorjahr.

Der wachsende Anlehensbedarf schweizerischer Emittenten rührte einmal davon her, dass sich Banken wegen des schleppenden Zuflusses an mittelfristigen Geldern, bei gleichzeitig wachsendem

Kreditbedarf der Wirtschaft, veranlasst sahen, sich Mittel am Anleihensmarkt zu beschaffen. Auch Grossbanken, welche seit Jahrzehnten keine Obligationenanleihen für eigene Rechnung mehr begeben hatten, nahmen den Markt in Anspruch. In steigender Richtung bewegten sich auch die Kantonalbanken, die beiden Pfandbriefinstitute, auf industrielle Unternehmungen, Holdinggesellschaften und Gemeinden entfallenden Anleihensbeträge.

Nachdem die zu Jahresbeginn herausgebrachten $3\frac{3}{4}$ Prozent Kraftwerkanleihen nur knappe Erfolge aufgewiesen hatten, wurde der Zinsfuss für neue Emissionen gegen Ende Januar um $\frac{1}{4}$ Prozent hinaufgesetzt, und zwar für Anleihen von Kantonen, Kantonalbanken und Pfandbriefinstituten auf $3\frac{3}{4}$ Prozent, für Kraftwerkanleihen auf 4 Prozent. Da gleichzeitig die zuvor erheblich unter pari angesetzten Ausgabekurse etwa auf pari erhöht wurden, ergab sich, beim Vergleich mit vorangegangenen entsprechenden Emissionen, für die Zeichner eine nur bescheidene Verbesserung der Ausgabebedingungen. Die Emissionskurse wurden im Frühjahr, da die Begebungen durchwegs erfolgreich waren, auf leicht über pari angesetzt. Eine im Juni aufgelegte $3\frac{1}{2}$ Prozent Anleihe der Stadt Zürich fand beim Publikum keinen Anklang, weil der Markt vor der Sommeremissionspause deutliche Ermüdungserscheinungen zeigte. Als er im Herbst im Zeichen der Verknappung stand, gingen Kantone, Kantonalbanken und Pfandbriefinstitute sowie eine Grossbank mit ausgedehntem Hypothekargeschäft zum Typus der 4 Prozent Anleihe über. Die Kraftwerke hielten zunächst noch am Zinsfuss von 4 Prozent fest, senkten aber die Ausgabekurse unter pari; im November legten sie $4\frac{1}{4}$ Prozent Anleihen auf. Die Emissionen hatten im allgemeinen einen guten Erfolg.

Zur öffentlichen Zeichnung wurden inländische Anleihen im Betrage von 2377 Millionen Franken aufgelegt. Da die Konversionen 196 Millionen Franken ausmachten und 90 Millionen im März 1964 zu liberieren waren, wurden dem Markt im Berichtsjahr 2091 Millionen entnommen im Vergleich zu 1124 Millionen im vorangegangenen Jahr. Die öffentlichen Aktienemissionen beliefen sich auf 524 Millionen Franken gegen 662 Millionen im Jahr 1962. Die Neubeanspruchung des Marktes durch inländische Anleihens- und Aktienbegebungen stellte sich somit auf 2615 Millionen Franken, verglichen mit 1786 Millionen im Jahr zuvor. Andererseits wurden dem Markt durch Rückzahlungen des Bundes, inländischer Obligationenanleihen und schweizerischen Aktienkapitals 348 Millionen Franken zugeführt, während sich der entsprechende Vorjahresbetrag auf 247 Millionen beziffert hatte. Zur Rückzahlung kamen Mitte März die $2\frac{3}{4}$ Prozent Eidg. Anleihe 1951 im Betrage von 200 Millionen und im April Schuldbucheintragen der 3 Prozent SBB Anleihe 1938 in der Höhe von 115 Millionen Franken. Werden diese Rückzahlungen von der Neubeanspruchung in Abzug gebracht, so ergibt sich eine Netto-Mittelentnahme durch inländische Emissionen von 2267 Millionen Franken. Der Mehrbetrag gegenüber 1962 belief sich damit auf 728 Millionen Franken oder 47 Prozent.

Auf Grund von Art. 8 des Bankengesetzes stimmte die Nationalbank der Begebung von 13 ausländischen Anleihen im Emissionswert von zusammen 554 Millionen Franken zu, verglichen mit 14 Anleihen und 705 Millionen im Vorjahr. Sechs weitere Anleihen ausländischer Schuldner in der

Höhe von 34 Millionen Franken waren nicht bewilligungspflichtig, da der Ausgabewert jeder dieser Begebungen 10 Millionen nicht erreichte. Die gesamte Neubeanspruchung des Marktes durch Emissionen für ausländische Rechnung betrug somit 538 Millionen Franken. An den Markt zurückbezahlt wurden 55 Millionen, so dass sich die Inanspruchnahme durch Auslandsanleihen netto auf 533 Millionen Franken stellte gegen 440 Millionen im Jahre 1962.

Der Betrag der nicht öffentlich begebenen Anleihen, mit Einschluss der Darlehensaufnahmen der beiden Pfandbriefinstitute beim Ausgleichsfonds der Eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung, lag mit 366 Millionen Franken mehr als doppelt so hoch wie der Vorjahresbetrag von 169 Millionen. Umfangreich waren im Berichtsjahr auch die ausserhalb des öffentlichen Marktes begebenen Aktienemissionen, obwohl sie mit 1028 Millionen das Vorjahresbetreffnis um 129 Millionen Franken unterschritten.

Alle öffentlichen und nicht öffentlichen Begebungen zusammen ergaben eine Inanspruchnahme des Marktes von netto 4,2 Milliarden Franken, was sowohl den ungewöhnlich hohen Kapitalbedarf der Wirtschaft als auch die Leistungsfähigkeit des Marktes zum Ausdruck bringt.

Die der Nationalbank gemäss Art. 8 des Bankengesetzes unterbreiteten Gesuche um Bewilligung von *Bankenkrediten an das Ausland* waren nicht zahlreich. Es handelte sich um 9 Kredite im Betrage von 206 Millionen Franken, deren Gewährung das Noteninstitut zustimmte. Im Vorjahr hatte sich das Vergleichsbetreffnis auf 211 Millionen Franken belaufen.

Die *Investmenttrusts* haben ein Jahr sehr starker Entwicklung hinter sich. Unter Anpreisung attraktiver Renditesätze entfalteten sie eine rege Werbetätigkeit. Vom ersten bis zum dritten Quartal nahmen 13 neue schweizerische Trusts ihre Tätigkeit auf, womit sich die Zahl der Anlagefonds, welche der Nationalbank vierteljährlich über ihren Geschäftsverlauf berichten, bis Ende September auf 105 erhöhte. Bei den neuen Investmenttrusts handelte es sich um 10 Immobilienfonds mit Anlagen im Inland sowie 3 Wertschriftentrusts, die den Gegenwert der ausgegebenen Zertifikate in einem Fall ausschliesslich, in zwei Fällen teilweise in ausländischen Aktien plazieren. Die schweizerischen Immobilientrusts gaben in den ersten drei Quartalen 1 299 000 Anteilscheine im Betrage von 561 Millionen Franken aus, verglichen mit 753 000 Zertifikaten und 444 Millionen Franken im gleichen Zeitraum 1962. Weitere 442 000 Anteilscheine im Wert von 55 Millionen Franken wurden von Trusts mit Anlagen in Immobilien und Wertschriften im In- und Ausland emittiert. Die reinen Wertschriftenfonds, abgesehen von den drei neugegründeten Trusts, welche 509 000 Zertifikate im Werte von 52 Millionen Franken ausgaben, zeigten keine einheitliche Entwicklung, was mit der Lage an den Aktienbörsen zusammenhing. Einzelne Anlagefonds hatten grössere Posten an Anteilscheinen zurückzunehmen. Das Fondsvermögen sämtlicher schweizerischer Investmenttrusts erreichte Ende September den Betrag von 6,5 Milliarden Franken; das sind 1,1 Milliarden mehr als ein Jahr zuvor.

Der *Ausgleichsfonds der Eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung* stellte dem Markt 440 Millionen Franken neu zur Verfügung. Diese Fondsmittel dienten in erster Linie zur Finanzierung von Bauten und Hypothekaranlagen. 120 Millionen Franken gingen an die beiden Pfandbriefinstitute und 100 Millionen an Kantonalbanken; die Darlehen an Kantone und Gemein-

den bezifferten sich auf 68 Millionen bzw. 76 Millionen Franken. Die Anlagen bei öffentlich-rechtlichen Institutionen und gemischtwirtschaftlichen Betrieben wurden um 103 Millionen erhöht; jene beim Bund verminderten sich um 27 Millionen Franken.

Die Entwicklung der *Bankbilanzen* stand unter dem Einfluss des hohen Kreditbedarfs der Wirtschaft, der Lage der Zahlungsbilanz, der Massnahmen der Notenbank zur Zurückleitung des Devisenzufusses ins Ausland und der Veränderungen in der Verfassung des Geld- und Kapitalmarktes. Zudem widerspiegelten sich in der Kreditentwicklung die Auswirkungen des Abkommens über die Kreditbegrenzung.

Die Bilanzsumme der 62 monatlich berichtenden Institute weitete sich von Ende 1962 bis Ende November 1963 um 5 566 Millionen oder um 9,9 Prozent auf 62,0 Milliarden Franken aus. In der gleichen Zeitspanne des Vorjahres hatte die Ausdehnung 9,4 Prozent betragen. Die fremden Gelder zeigten einen Anstieg um 4 936 Millionen Franken gegenüber 4 304 Millionen im entsprechenden Vorjahreszeitraum. In der Zusammensetzung dieser Mittel traten indessen beträchtliche Verschiebungen ein. Der Zufluss verlagerte sich auf zeitlich gebundene Publikumsgelder sowie auf die Beschaffung langfristiger Mittel, wogegen den Kreditinstituten weniger neue Einlagen von Banken zur Verfügung standen und namentlich der Absatz von Kassenobligationen eine starke Schrumpfung verzeichnete.

Die Banken, insbesondere die grössten Institute, waren bestrebt, ihnen zufließende Kundengelder zu binden, das heisst, Termindepots aufzunehmen, was den Anstieg dieser Mittel um 1 404 Millionen Franken, verglichen mit 642 Millionen im Vorjahr, erklärt. Es handelte sich dabei teilweise um Wartegelder, indem das Publikum mit einem Anstieg der Zinssätze für Kassenobligationen rechnete und sich nicht bereit fand, zu den geltenden Konditionen fällige Titel zu konvertieren oder neue zu zeichnen. Der Gesamtbestand an Kassenobligationengeldern ging denn auch bis Ende Juli bei den 62 Banken um 16 Millionen auf 8 043 Millionen Franken zurück, und zwar vor allem bei den Grossbanken und den Kantonalbanken, während die lokalen Institute, welche den Zinsfuss für Kassenobligationen im vorangegangenen Jahr von $3\frac{1}{2}$ auf $3\frac{3}{4}$ Prozent hinaufgesetzt hatten, den Bestand etwas ausdehnen konnten.

Die allgemeine Erhöhung des Zinsfusses für Kassenobligationen im Sommer brachte den Banken einen nur vorübergehenden Mittelzufluss, und bereits von September an stagnierte der Absatz von Kassenobligationen erneut. Diese Bilanzposition wurde Ende November 1963 lediglich um 114 Millionen Franken höher ausgewiesen als zu Jahresbeginn, während in den ersten elf Monaten 1962 die Zunahme 476 Millionen betragen hatte. Da der Mindereingang an diesen Geldern, bei gleichzeitiger Ausdehnung der kurzfristigen Betriebsmittel, die Einhaltung des bankpolitischen Grundsatzes der Kongruenz der Fristen im Aktiv- und Passivgeschäft fühlbar erschwerte, gingen die Banken dazu über, sich längerfristige Mittel am Kapitalmarkt zu beschaffen, sei es durch die Begebung eigener Anleihen oder die Aufnahme von Darlehen bei den Pfandbriefinstituten. Nachdem der Bestand an Obligationenanleihen im Vorjahr um 185 Millionen Franken angestiegen war, brachten die Anlehensbegebungen nunmehr 689 Millionen ein, wovon 284 Millionen auf drei

Grossbanken entfielen. Der Bestand an Pfandbriefdarlehen zeigte eine Zunahme um 338 Millionen Franken, verglichen mit 269 Millionen in der Zeit von Januar bis November 1962. Der Zuwachs an Spareinlagen und Einlagen auf Depositenheften fiel mit 1 206 Millionen Franken befriedigend aus, obwohl er hinter dem entsprechenden Vorjahreszuwachs von 1 274 Millionen etwas zurückblieb.

Der Kreditbedarf der Wirtschaft war bis ins Frühjahr hinein verhältnismässig gering, weil der lange und harte Winter die Inanspruchnahme von Baukrediten verzögerte und deren Ablösung durch Hypotheken zeitlich hinausschob. Als die Bautätigkeit wieder voll einsetzte, nahmen die Ausleihungen der Banken kräftig zu. Von Ende 1962 bis Ende November 1963 bezifferte sich der Anstieg der Debitoren auf 1 765 Millionen Franken gegen 1 554 Millionen in derselben Vorjahresperiode, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, dass damals der Kurssturz an den Aktienbörsen vom Mai 1962 zu einem beträchtlichen Abbau der gegen Hinterlage von Wertpapieren gewährten Kredite geführt hatte. Schwächer als 1962 fiel mit 1 282 Millionen Franken, verglichen mit 1 414 Millionen, die Zunahme der Hypothekaranlagen aus. Der Anstieg der Vorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften betrug umgekehrt ein Vielfaches des Vorjahresbetrages, nämlich 433 Millionen gegenüber nur 49 Millionen Franken. Diese Entwicklung bringt den hohen Geldbedarf von Kantonen und Gemeinden zum Ausdruck. Werden die Debitoren, Hypotheken und Vorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften zusammengerechnet, so belief sich deren Ausdehnung bis Ende November auf 3 480 Millionen Franken gegenüber einem entsprechenden Vorjahresbetrag von 3 017 Millionen.

Die Jahreszuwachsrate dieser Ausleihungen hatte sich seit der Inkraftsetzung des Abkommens über die Kreditbegrenzung von 15,9 Prozent Ende März 1962 bis auf 9,4 Prozent Ende April 1963 verringert, was auf eine gewisse Verlangsamung in der Konjunkturentwicklung schliessen liess. Im Zuge der erneut verstärkten Auftriebstendenzen stieg dieser Satz wieder auf 11,5 Prozent Ende November an.

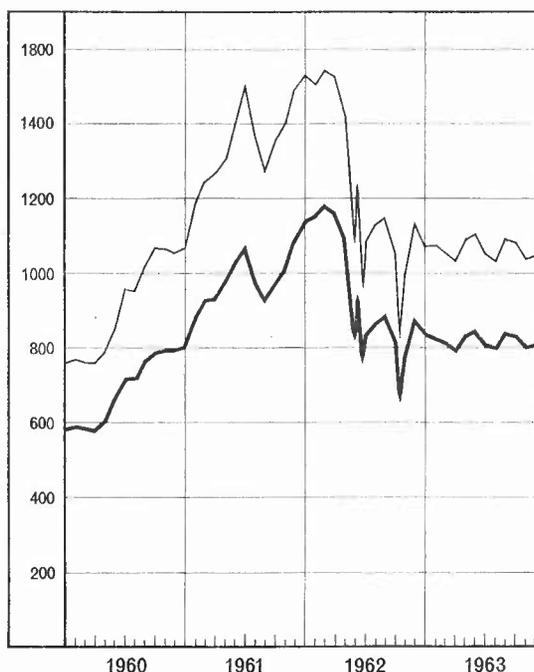
Das *Abkommen über die Kreditbegrenzung* wurde bis zum 31. März 1964 verlängert. Die zulässigen Kreditzuwachsrate betragen für das Jahr 1963 für Debitoren, für Vorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften sowie für Wechsel 82 Prozent, für Hypothekaranlagen 108 Prozent der effektiven Kreditexpansion in den Jahren 1960 bzw. 1961. Die Vereinbarung führte eine Mässigung der Kreditausdehnung herbei, indem sie die Banken zu einer strengeren Sichtung der Kreditbegehren veranlasste. Die effektive Entwicklung der Ausleihungen der Banken hielt sich, im ganzen gesehen, im Rahmen der zulässigen Zuwachssätze.

Das *Gentlemen's Agreement zur Abwehr und Verminderung ausländischer Gelder* wurde im Hinblick auf die in Aussicht genommene Neuregelung über das Jahresende hinaus kurzfristig verlängert.

Der Entwicklungsverlauf an den *Aktienbörsen* wich in auffälliger Weise von jenem in den früheren Hochkonjunkturjahren ab. Die Kurse erlitten zwar keine derartigen Rückschläge wie im vorangegangenen Jahr, zeigten aber trotz günstiger Wirtschaftslage eine leicht sinkende Tendenz.

Schweizerischer Aktienindex

— Gesamtindex
— Industriek Aktien allein



Zu dieser Entwicklung haben vermutlich die psychologischen Nachwirkungen des Kurssturzes im Vorjahr und die Diskussionen über die Zinssatzverteuerung beigetragen. Bemerkenswert ist jedenfalls, dass die Schweizer Börsen, die sonst der New Yorker Börse weitgehend folgten, sich im Berichtsjahr kaum vom dortigen Kursanstieg beeinflussen liessen. Während des ersten Quartals, als mit einer Konjunkturabschwächung gerechnet wurde, bröckelten die Kurse bei bescheidenen Umsätzen fortgesetzt ab. Von einem Indexstand von 835 Punkten zu Beginn des Jahres wichen sie auf 795 Punkte Ende März. Mit der allgemein einsetzenden wirtschaftlichen Belebung begann im April eine Kurssteigerung, die im Mai, beim grössten in diesem Jahre erzielten Umsatzvolumen, vorübergehend einen Höhepunkt erreichte. Nach einer flauen Phase im Frühsommer hoben sich die Kurse im August, und Mitte September erreichten sie bei einem Indexstand von 858 den höchsten Punkt des Jahres. In den folgenden Monaten wiesen die Börsen wieder eine schwächere Tendenz auf. Ende 1963 notierte der Aktienindex 784 Punkte; er lag 51 Punkte oder 6,1 Prozent unter dem Stand von Ende 1962.

BANKBEHÖRDEN UND PERSONAL

In der Zusammensetzung der *Bankbehörden* sind im Berichtsjahr folgende Änderungen eingetreten:

Mit der ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre vom 23. März 1963 lief die 14. Amtsperiode des Bankrates, des Bankausschusses und der Lokalkomitees ab. Auf diesen Zeitpunkt traten altershalber zurück

als Vizepräsident und Mitglied des Bankrates:

Herr Prof. Dr. Dr. h. c. P. Carry, Rechtsanwalt, Genf, Mitglied des Bankrates und des Bankausschusses seit 1947, Vizepräsident des Bankrates und des Bankausschusses seit 1953

als Mitglieder des Bankrates:

Herr Nationalrat R. Bratschi, Bern, Mitglied des Bankrates seit 1947 und des Bankausschusses seit 1954

Herr G. Fischer, dipl. Ing., Zollikon, Mitglied des Bankrates seit 1951

Herr E. Gamper, Zürich, Mitglied des Bankrates seit 1955

Herr Dr. Dr. h. c. W. Linsmayer, Zürich, Mitglied des Bankrates seit 1951 und des Bankausschusses seit 1953

Herr M. Meylan-Lugrin, L'Orient, Mitglied des Bankrates seit 1941

Herr W. Preiswerk-Tissot, Basel, Mitglied des Bankrates seit 1951; er gehörte ferner von 1938 bis 1951 dem Lokalkomitee Basel an, dessen stellvertretender Vorsitzender er seit 1939 war.

Sodann reichte Herr Dr. H. Frei, Olten, Mitglied des Lokalkomitees Aarau seit 1961, infolge Wegzuges aus dem Rayon Aarau auf die letzte Generalversammlung hin seine Demission ein.

Im Laufe des Berichtsjahres hatte die Nationalbank den Hinschied von zwei Bankbehördemitgliedern zu beklagen, deren Wirken im Dienste unseres Instituts auch an dieser Stelle in Dankbarkeit gedacht sei. Am 10. Mai 1963 starb Herr G. Madliger, in Firma Madliger et Challandes, Ing. S.A., Neuenburg, der seit 1954 die Funktionen eines Mitgliedes und seit 1959 diejenigen eines Stellvertreters des Vorsitzenden des Lokalkomitees Neuenburg ausgeübt hatte. Wenig später, am 24. Mai, erreichte uns die Trauernachricht vom Tode unseres verehrten Bankratsmitgliedes Herrn F. Schnorf, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Aluminium AG, Meilen. Der Verstorbene stand der Schweizerischen Nationalbank besonders nahe, hatte er doch in den Jahren 1929 bis 1942 ihrem Direktionskörper angehört, davon in den letzten drei Jahren als Mitglied des Direktoriums.

Der wohlverdiente Dank der Nationalbankleitung gilt sodann den altershalber oder aus andern Gründen zurückgetretenen Mitgliedern unserer Bankbehörden, allen voran den Herren Vizepräsident Prof. P. Carry, Nationalrat R. Bratschi und Dr. W. Linsmayer, die in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Bankrates und des Bankausschusses an den vielgestaltigen Problemen und Aufgaben des Noteninstituts jederzeit lebhaften und tätigen Anteil genommen haben. Jurist von

internationalem Ruf und angesehener Dozent an der Universität Genf, hat Herr Prof. Carry dem Direktorium mit seinem Rat und wohlabgewogenen Urteil stets zur Seite gestanden. Nicht minder reichen Nutzen zog die Bankleitung aus der Unterstützung, die ihr von seiten der Herren Nationalrat Bratschi und Dr. Linsmayer während all der Jahre ihrer Zugehörigkeit zu den Bankbehörden zuteil geworden ist.

Für die neue Amtsperiode 1963/67 wurden folgende Wahlen getroffen:

Gemäss den Bestimmungen des Nationalbankgesetzes bestellte der Bundesrat zuerst das *Präsidium des Bankrates*, indem er am 15. März 1963 zur Wiederwahl von

Herrn Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt in Lugano, als Präsident des Bankrates schritt und als Nachfolger von Herrn Prof. Dr. P. Carry zum neuen Vizepräsidenten des Bankrates

Herrn Prof. Dr. P. Jäggi, Professor für Zivil- und Handelsrecht an der Universität Freiburg, Freiburg, wählte.

Sodann ernannte die Generalversammlung der Aktionäre am 23. März 1963 die von ihr zu bezeichnenden *15 Mitglieder des Bankrates*. Sie bestätigte die 13 Mandatsinhaber, die sich für eine Wiederwahl zur Verfügung gestellt hatten, und bezeichnete als neue Mitglieder:

Herrn Nationalrat U. Meyer-Boller, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Zollikon, Herrn Dr. R. Vischer, in Firma Simonius, Vischer & Co., Basel.

Hierauf nahm der Bundesrat die *Wahl der übrigen 23 Mitglieder des Bankrates* vor. Er bestätigte die 19 Herren, die sich für eine weitere Amtsdauer zur Verfügung gestellt hatten, und wählte als neue Mitglieder des Bankrates:

Herrn Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Präsident des Verbandes schweizerischer Versicherungsgesellschaften, Pully,

Herrn Nationalrat H. Leuenberger, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Zürich, Herrn F. W. Schulthess, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich,

Herrn G. Sulzer, dipl. Ing., Präsident der Gebrüder Sulzer Aktiengesellschaft, Winterthur.

Die durch den Hinschied von Herrn F. Schnorf entstandene Vakanz wird anlässlich der Generalversammlung vom 21. März 1964 neu zu besetzen sein.

Der Bankrat bestätigte seinerseits diejenigen *Mitglieder der Bankausschusses*, die sich zu einer Wiederwahl zur Verfügung gestellt hatten, und ernannte an Stelle der aus dem Bankausschuss ausgeschiedenen Herren Nationalrat R. Bratschi, Bern, und Dr. W. Linsmayer, Zürich, zu neuen Mitgliedern:

Herrn Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen,

Herrn Nationalrat E. Wüthrich, Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, Bern.

Ferner wählte der Bankrat zum neuen Mitglied des Lokalkomitees Aarau:

Herrn A. Job, Direktionspräsident der UNION Schweizerische Einkaufs-Gesellschaft Olten, USEGO, Olten.

Bankrat und Bankausschuss bestätigten ferner die bisherigen Mitglieder der *Lokalkomitees* in ihren Funktionen.

Im *Direktionskörper* der Nationalbank sind Ende des Berichtsjahres folgende Änderungen eingetreten:

Der Bundesrat wählte als weiteren Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements Herrn Dr. W. Kull, bisher Abteilungsdirektor beim Sitz Zürich, Vorsteher der Volkswirtschaftlichen und Statistischen Abteilung.

Im Sinne einer Ergänzung des Mitarbeiterstabes in der Bankleitung wurde Herr Dr. J. Lademann, bisher Prokurist des Sitzes Zürich, vom Bankausschuss zum Abteilungsdirektor ernannt. Er bleibt dem I. Departement zugeteilt.

Der Personalbestand belief sich am 31. Dezember 1963 auf 409 (1962: 410) Beamte und Angestellte. Darin waren 48 (1962: 49) provisorische Angestellte inbegriffen.

JAHRESRECHNUNG

1. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR 1963

2. JAHRESSCHLUSSBILANZ VOM 31. DEZEMBER 1963

GEWINN- UND

SOLL

Abgeschlossen auf

		Fr.
Verwaltungskosten		
Bankbehörden	Fr. 174 633. 35	
Personal einschliesslich Fürsorgeeinrichtungen	Fr. 9 990 340. 30	
Geschäfts- und Bureauekosten	Fr. 1 107 993. 92	
Verschiedenes	<u>Fr. 329 844. 08</u>	11 602 811. 65
Zinsen für Bundesschatzanweisungen		5 811 999. 70
Zinsen an Deponenten		302 177. 10
Aufwendungen für Bankgebäude		1 127 962. 33
Abschreibungen auf Mobiliar		299 284. 30
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten		10 000 000. —
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden		1 000 000. —
Rückstellung für Steuern		200 000. —
Zuwendung an die Pensionskasse		1 000 000. —
Reingewinn		6 843 248. 80
		38 187 483. 88

VERLUSTRECHNUNG

31. Dezember 1963

HABEN

	Fr.
Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	25 889 128. 49
Diskontoertrag und Inkassogebühren	1 540 627. 91
Ertrag des Lombardgeschäftes	505 183. 39
Ertrag der eigenen Wertschriften einschliesslich ausländische	
Schatzanweisungen in Schweizerfranken	8 416 242. 42
Zinsen von Inlandkorrespondenten	146 777. 48
Kommissionen	601 259. 73
Übrige Nutzposten	1 088 264. 46
	38 187 483. 88

JAHRESSCHLUSSBILANZ

AKTIVEN

		Fr.
Kasse		
Gold, im In- und Ausland	Fr. 12 203 797 279. 30	
andere Kassenbestände	Fr. 9 900 682. 80	12 213 697 962. 10
Devisen		1 083 293 222. 89
Inlandportefeuille		
Schweizerwechsel	Fr. 87 516 018. 45	
Schatzanweisungen des Bundes	Fr. 35 000 000. —	
Diskontierte Obligationen	Fr. 19 640 530. 15	142 156 548. 60
Lombardvorschüsse		97 488 956. 91
Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken		207 000 000. —
Eigene Wertschriften		
deckungsfähige	Fr. 327 200. —	
andere	Fr. 51 384 801. —	51 712 001. —
Korrespondenten		
im Inland	Fr. 61 537 590. 35	
im Ausland	Fr. 9 391 896. 13	70 929 486. 48
Inkassowechsel		3 461 465. 24
Postcheckguthaben		5 946 583. 60
Diverse Debitoren		4 537 438. 30
Coupons		86 252. 40
Bankgebäude		1 500 000. —
Mobilier		1. —
Sonstige Aktiven		3 401 634. 50
Nicht einbezahltes Grundkapital		25 000 000. —
		13 910 211 553. 02

	Fr.
Notenumlauf	9 035 424 715. —
Girorechnungen	
Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie Fr. 2 700 020 617. 38	
Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Fr. 1 035 000 000. —
Girorechnungen ausländischer Banken	Fr. 31 776 004. 28
Bundesverwaltungen	3 766 796 621. 66
Deponenten	389 400 656. 45
Zahlungs- und Clearingabkommen mit dem Ausland	27 358 158. 39
Verbindlichkeiten auf Zeit	39 254 195. 45
Diverse Kreditoren	357 250 000. —
Ausstehende Checks	134 687 891. 01
Sonstige Passiven	1 605 906. 09
Grundkapital	45 460 727. 47
Reservefonds	50 000 000. —
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	30 000 000. —
Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle	12 853 692. 55
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden	5 500 000. —
Rückstellung für Steuern	6 204 991. —
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen	570 749. 15
Reingewinn	1 000 000. —
	6 843 248. 80
	13 910 211 553. 02

ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESRECHNUNG

AKTIVEN DER BILANZ

KASSENVERKEHR

Kassenbestand am 31. Dezember 1962, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 16 432 119 926. 44
Eingang im Jahre 1963	Fr. 22 853 859 913. 74
Ausgang im Jahre 1963	<u>Fr. 20 842 486 203. 08</u>
Kassenumsatz	Fr. 43 696 346 116. 82
Überschuss der Einzahlungen	<u>Fr. 2 011 373 710. 66</u>
Kassenbestand am 31. Dezember 1963, einschliesslich Gold im Ausland	<u>Fr. 18 443 493 637. 10</u>

Der Kassenbestand vom 31. Dezember 1963 setzte sich wie folgt zusammen:

Gold	Fr. 12 203 797 279. 30
Scheidemünzen	Fr. 9 893 876. 63
Verschiedenes	<u>Fr. 6 806. 17</u>
Total laut Bilanz	Fr. 12 213 697 962. 10
Dazu: eigene Noten in den Kassen der Bank	<u>Fr. 6 229 795 675. —</u>
Total	<u>Fr. 18 443 493 637. 10</u>

Das Gold ist mit Fr. 4 869. 80 das Kilogramm Feingold verbucht, entsprechend dem für Goldbarren loco Bern geltenden Ankaufspreis.

DEWISENVERKEHR

Bestand am 31. Dezember 1962	Fr. 867 356 396. 75
Eingang im Jahre 1963	<u>Fr. 26 229 692 403. 52</u>
	Fr. 27 097 048 800. 27
Ausgang im Jahre 1963	<u>Fr. 26 013 755 577. 38</u>
Bestand am 31. Dezember 1963	<u>Fr. 1 083 293 222. 89</u>

DISKONTOVERKEHR

Schweizerwechsel

Bestand am 31. Dezember 1962	438 Wechsel mit	Fr.	67 421 768. 60
Im Jahre 1963 wurden diskontiert	3 008 Wechsel mit	Fr.	307 322 240. 46
	3 446 Wechsel mit	Fr.	374 744 009. 06
Davon wurden 1963 eingelöst	2 728 Wechsel mit	Fr.	287 227 990. 61
Bestand am 31. Dezember 1963	718 Wechsel mit	Fr.	87 516 018. 45

Schatzanweisungen des Bundes

Bestand am 31. Dezember 1962	Fr.	45 000 000. —
Im Jahre 1963 wurden diskontiert:		
eingereicht vom Bund	Fr.	—
eingereicht vom Markte	Fr. 68 600 000. —	Fr. 68 600 000. —
		Fr. 113 600 000. —
Davon wurden 1963 eingelöst	Fr.	78 600 000. —
Bestand am 31. Dezember 1963	Fr.	35 000 000. —

Obligationen

Bestand am 31. Dezember 1962	Fr.	11 190 062. 50
Im Jahre 1963 wurden diskontiert	Fr.	39 089 170. 40
	Fr.	50 279 232. 90
Davon wurden 1963 eingelöst	Fr.	30 638 702. 75
Bestand am 31. Dezember 1963	Fr.	19 640 530. 15

LOMBARDVERKEHR

Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1962	Fr.	71 737 989. 53
Neue Vorschüsse im Jahre 1963	Fr.	534 621 984. 53
	Fr.	606 359 974. 06
Rückzahlungen im Jahre 1963	Fr.	508 871 017. 15
Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1963	Fr.	97 488 956. 91

Die Zahl der offenen Lombardrechnungen belief sich am 31. Dezember 1963 auf 181.

Von den Hinterlagen am 31. Dezember 1963 entfielen 79% auf eidgenössische Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, kantonale und kommunale Obligationen sowie auf Obligationen von Kantonalbanken im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen.

VERKEHR IN AUSLÄNDISCHEN SCHATZANWEISUNGEN IN SCHWEIZERFRANKEN

Bestand am 31. Dezember 1962	Fr.	207 000 000. —
Eingang im Jahre 1963	Fr.	—
Bestand am 31. Dezember 1963	Fr.	<u>207 000 000. —</u>

VERKEHR IN EIGENEN WERTSCHRIFTEN

Bestand an eigenen Wertschriften am 31. Dezember 1962	Fr.	42 836 351. —
Im Jahre 1963 wurden dem Konto belastet	Fr.	<u>296 936 340. 60</u>
	Fr.	339 772 691. 60
Im Jahre 1963 wurden dem Konto gutgeschrieben	Fr.	<u>288 060 690. 60</u>
Bestand am 31. Dezember 1963	Fr.	<u>51 712 001. —</u>

VERKEHR MIT KORRESPONDENTEN IM INLAND

Bestand der Guthaben der Bank am 31. Dezember 1962	Fr.	77 754 028. 98
Im Jahre 1963 wurden der Bank von den Korrespondenten gutgeschrieben	Fr.	7 864 953 561. 17
belastet	Fr.	<u>7 881 169 999. 80</u>
Gesamtumsatz	Fr.	15 746 123 560. 97
Überschuss der Belastungen	Fr.	<u>16 216 438. 63</u>
Bestand der Guthaben der Bank am 31. Dezember 1963	Fr.	<u>61 537 590. 35</u>

Am 31. Dezember 1963 verfügte die Bank für den Inlandverkehr über ein Netz von Korrespondenten, das 364 Bank- und 180 Nebenplätze umfasst. Die Zahl der Korrespondentenmandate belief sich auf 455.

VERKEHR MIT KORRESPONDENTEN IM AUSLAND

Bestand am 31. Dezember 1962	Fr.	10 205 353. 54
Eingang im Jahre 1963	Fr.	<u>1 959 606 609. 70</u>
	Fr.	1 969 811 963. 24
Ausgang im Jahre 1963	Fr.	<u>1 960 420 067. 11</u>
Bestand am 31. Dezember 1963	Fr.	<u>9 391 896. 13</u>

INKASSOVERKEHR

Den Bankstellen der Nationalbank sind im Berichtsjahr an Checks und Wechseln zum Inkasso eingereicht worden

auf Mitglieder der Abrechnungsstellen	24 669 Stück mit	Fr.	704 063 750. 75
auf andere Bezogene	9 963 Stück mit	Fr.	115 144 950. 14
Total	<u>34 632 Stück mit</u>	Fr.	<u>819 208 700. 89</u>

hievon wurden als Deckung für Rechnungen der

Korrespondenten in der Schweiz eingereicht	1 403 Stück mit	Fr.	70 009 756. 41
--	-----------------	-----	----------------

VERKEHR AUF POSTCHECKRECHNUNGEN

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1962	Fr.	6 001 101. 62
--	-----	---------------

Im Jahre 1963 wurden unsern Postcheckrechnungen

gutgeschrieben	Fr. 29 666 861 472. 80
--------------------------	------------------------

belastet	<u>Fr. 29 666 915 990. 82</u>
--------------------	-------------------------------

Gesamtumsatz	Fr. 59 333 777 463. 62
------------------------	------------------------

Überschuss der Belastungen	Fr.	<u>54 518. 02</u>
--------------------------------------	-----	-------------------

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1963	Fr.	<u>5 946 583. 60</u>
--	-----	----------------------

Der Überweisungsverkehr zwischen den Kunden der Nationalbank und den Inhabern von Postcheckrechnungen gestaltete sich im Berichtsjahr wie folgt:

19 342 Giroüberweisungen von der Nationalbank an die Post	Fr.	962 749 435. 03
---	-----	-----------------

32 407 Giroüberweisungen von der Post an die Nationalbank	Fr.	<u>15 926 774 284. 58</u>
---	-----	---------------------------

Total	Fr.	<u>16 889 523 719. 61</u>
-----------------	-----	---------------------------

Die Postcheckämter sind ermächtigt, gegen Postchecks Checks auf die Nationalbank zur Verrechnung auf Girokonto abzugeben.

Von 25 Postcheckämtern wurden im Berichtsjahr 1 932 Checks ausgestellt mit	Fr.	<u>138 073 882. 75</u>
--	-----	------------------------

BANKGEBÄUDE UND MOBILIAR

Bankgebäude

Der Buchwert der Gebäude der Bank betrug am 31. Dezember 1963 wie im Vorjahr Fr. 1 500 000. —

Die Feuerversicherungssumme stellte sich insgesamt auf Fr. 31 950 360. —.

Die Auslagen für Neueinrichtungen, Renovationen, Unterhalt, Beleuchtung, Heizung,

Bewachung, Reinigung belaufen sich auf Fr. 1 411 093. 78

Nach Verrechnung der vereinnahmten Mietzinse von Fr. 283 131. 45

verbleibt ein Überschuss der Aufwendungen von Fr. 1 127 962. 33

Mobiliar

Das Mobiliarkonto war am 31. Dezember 1962 belastet mit Fr. 1. —

Die Neuanschaffungen im Betrage von Fr. 299 284. 30

wurden vollständig abgeschrieben.

Der Buchwert am 31. Dezember 1963 beträgt somit wiederum Fr. 1. —

PASSIVEN DER BILANZ

AUSGABE UND DECKUNG DER BANKNOTEN (Vgl. Beilagen Nr. 1 und 2)

Der Notenumlauf der Nationalbank belief sich

am 31. Dezember 1962	auf	Fr. 8 506 072 370
am 31. Dezember 1963	auf	Fr. 9 035 424 715
Zunahme		<u>Fr. 529 352 345</u>

Der Notenumlauf betrug im Jahresdurchschnitt Fr. 8 002 798 485; er erreichte im Maximum (am 20. Dezember) Fr. 9 237 900 530 und im Minimum (am 16. Februar) Fr. 7 458 724 755.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 28 476 350 Stück zurückgerufene oder beschädigte Banknoten im Nennwert von Fr. 1 582 500 000 zur Vernichtung ausgeschieden und durch neue Noten ersetzt worden.

Von den zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren am 31. Dezember 1963 noch ausstehend:

Noten zu 1000 Franken mit dem Bild der Giesserei auf der Rückseite	Fr.	43 689 000
Noten zu 500 Franken mit dem Bild der Handstickerinnen auf der Rückseite ...	Fr.	13 685 500
Noten zu 100 Franken mit dem Bild des Mähers auf der Rückseite	Fr.	39 662 600
Noten zu 50 Franken mit dem Bild des Holzfällers auf der Rückseite	Fr.	11 212 550
Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf auf der Vorderseite	Fr.	9 260 580
Zusammen	Fr.	<u>117 510 230</u>

Die Nationalbank ist verpflichtet, die erwähnten Noten zu 1000, 500, 100 und 50 Franken bis zum 30. September 1978, die Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf bis zum 31. März 1976 zum Nennwert umzutauschen.

Deckung des Notenumlaufs am 31. Dezember 1963:

Gold	Fr. 12 203 797 279
------------	--------------------

Übrige deckungsfähige Aktiven

Devisen	Fr. 1 083 293 223	
Inlandportefeuille	Fr. 142 156 548	
Lombardvorschüsse	Fr. 97 488 957	
Wertschriften	<u>Fr. 327 200</u>	<u>Fr. 1 323 265 928</u>
Gesamte Notendeckung		<u>Fr. 13 527 063 207</u>

Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold allein betrug im Maximum 144,28% (17. Januar), im Minimum 120,57% (20. Dezember). Die Deckung des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold allein erreichte im Maximum 105,69% (29. Juli), im Minimum 95,05% (30. Dezember).

GIROVERKEHR (Vgl. Beilage Nr. 3)

Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1962	Fr.	3 427 186 169. 16
Im Jahre 1963 wurden den Girorechnungen		
gutgeschrieben	Fr.	300 611 317 567. 13
belastet	Fr.	300 271 707 114. 63
Gesamtumsatz	Fr.	600 883 024 681. 76
Überschuss der Gutschriften	Fr.	339 610 452. 50
Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1963	Fr.	3 766 796 621. 66

Vom Gesamtumsatz wurden 97;69 % unter Vermeidung von Barzahlungen durch Umschreibung in den Büchern der Bank erledigt.

Vom Gesamtumsatz von	3 504 447 Posten mit	Fr.	600 883 024 681. 76
entfielen auf den Bankclearingverkehr über die Giro-			
rechnungen bei der Nationalbank	2 860 664 Posten mit	Fr.	379 988 810 135. 58
davon wurden über die bei der Nationalbank geführten			
Bankclearingkonti verrechnet	2 824 254 Posten mit	Fr.	109 913 443 900. 10

Der Bestand der Giroguthaben betrug im Maximum (am 31. Dezember) Fr. 3 766 796 622, im Minimum (am 31. Juli) Fr. 2 685 952 205; er belief sich im Jahresdurchschnitt auf Fr. 3 140 967 464.

Die Zahl der Girorechnungen belief sich am 31. Dezember 1963 auf 1 530.

VERKEHR MIT DEN BUNDESVERWALTUNGEN

Ein- und Auszahlungsverkehr

Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1962 ... Fr. 355 877 698.06

Im Jahre 1963 wurden den Rechnungen der Bundesverwaltungen

gutgeschrieben Fr. 31 282 594 549.48

belastet Fr. 31 249 071 591.09

Gesamtumsatz Fr. 62 531 666 140.57

Überschuss der Gutschriften Fr. 33 522 958.39

Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1963. Fr. 389 400 656.45

Vom Verkehr entfallen auf	Gutschriften	Belastungen
die Eidgenössische Staatskasse	Fr. 9 593 427 558.47	Fr. 9 562 002 848.79
die PTT-Verwaltung	Fr. 19 588 599 522.52	Fr. 19 588 603 235.96
die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr. 1 844 817 673.72	Fr. 1 844 529 209.87
die übrigen Verwaltungen	<u>Fr. 255 749 794.77</u>	<u>Fr. 253 936 296.47</u>
Total	<u>Fr. 31 282 594 549.48</u>	<u>Fr. 31 249 071 591.09</u>

Verwaltung von Wertschriften

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art. 15, Absatz 1, des Bankgesetzes verpflichtet, die dem Bunde gehörenden und die unter seiner Verwaltung stehenden Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich zur Aufbewahrung und Verwaltung zu übernehmen.

Bestand der verwalteten Wertschriften am 31. Dezember 1963

für den Bund Fr. 1 273 632 517. —

für die Schweizerischen Bundesbahnen Fr. 388 000. —

Total Fr. 1 274 020 517. —

Eidgenössisches Schuldbuch

Gemäss Art. 10 des Bundesgesetzes vom 21. September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches betraut. Sie übt diese Obliegenheit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Am 31. Dezember 1962 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

1 191 Einzelforderungen mit Fr. 1 749 076 000. —

Zuwachs im Jahre 1963:

Zeichnungen von Schuldbuchforderungen bei Anleihssemissionen Fr. —

Fr. 1 749 076 000. —

Abgang im Jahre 1963:

Rückzahlungen Fr. 155 330 000. —

Am 31. Dezember 1963 waren somit im Schuldbuch eingetragen:

1 051 Einzelforderungen mit Fr. 1 593 746 000. —

Im Berichtsjahre wurden 94 Übertragungen von Schuldbuchforderungen auf

andere Gläubiger vorgenommen im Gesamtbetrage von Fr. 279 654 000. —

An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im Berichtsjahre vergütet in

2 107 Gutschriften Fr. 36 725 787. 60

Das eidgenössische Schuldbuch wurde im Berichtsjahre für die Umwandlung bestehender Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen nicht geöffnet.

Einlösung von Titeln und Coupons

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons für den Bund und die Bundesbahnen eingelöst:

rückzahlbare Titel	7 432 Stück mit	Fr. 17 488 000. —
Coupons	<u>231 639</u> Stück mit	<u>Fr. 10 848 313. 95</u>
Total	<u>239 071</u> Stück mit	<u>Fr. 28 336 313. 95</u>

Darin sind die Auszahlungen an die Inhaber von Namenszertifikaten und an die Schuldbuchgläubiger nicht enthalten.

VERKEHR MIT DEPONENTEN

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1962	Fr.	21 650 161. 45
Im Jahre 1963 wurden den Depotrechnungen		
gutgeschrieben	Fr.	1 319 067 816. 32
belastet	Fr.	<u>1 313 359 819. 38</u>
Gesamtumsatz	Fr.	2 632 427 635. 70
Überschuss der Gutschriften	Fr.	<u>5 707 996. 94</u>
Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1963	Fr.	<u>27 358 158. 39</u>

ZAHLUNGSVERKEHR MIT DEM AUSLAND AUF GRUND VON ZAHLUNGS- UND CLEARINGABKOMMEN

Die Rechnungen, die der Durchführung des gebundenen Zahlungsverkehrs dienen, wiesen am 31. Dezember 1962 Guthaben Dritter auf im Betrage von	Fr.	29 952 352. 70
Im Jahre 1963 wurden diesen Rechnungen		
gutgeschrieben	Fr.	1 023 940 547. 49
belastet	Fr.	<u>1 014 638 704. 74</u>
Gesamtumsatz	Fr.	2 038 579 252. 23
Überschuss der Gutschriften	Fr.	<u>9 301 842. 75</u>
Bestand der Guthaben am 31. Dezember 1963	Fr.	<u>39 254 195. 45</u>

VERBINDLICHKEITEN AUF ZEIT

Bestand am 31. Dezember 1962	Fr.	373 000 000. —
Zu Beginn des Jahres 1963 wurden zu Lasten von Girorechnungen der Banken auf dieses Konto übertragen	Fr.	<u>27 000 000. —</u>
	Fr.	400 000 000. —
Zur Rückgabe von solchen Zeitgeldern an Banken über Jahresende wurden am 30. Dezember 1963 dem Konto belastet	Fr.	<u>42 750 000. —</u>
Bestand am 31. Dezember 1963	Fr.	<u>357 250 000. —</u>

Die Verbindlichkeiten auf Zeit rühren von der am 1. Oktober 1960 erfolgten Plazierung von Reskriptionen der Eidgenossenschaft bei den Banken zur Bindung überschüssiger Marktmittel her.

AUSGESTELLTE CHECKS

Am 31. Dezember 1962 waren an Ziehungen auf die Bank ausstehend	155 Checks mit	Fr.	1 358 037. 70
Im Jahre 1963 beliefen sich die von den eigenen Bankstellen und den Kunden ausgestellten Checks, die nicht über Girokonto verrechnet wurden, auf	7 552 Checks mit	Fr.	455 709 153. 64
	7 707 Checks mit	Fr.	457 067 191. 34
Im Jahre 1963 sind eingelöst worden	7 573 Checks mit	Fr.	455 461 285. 25
Am 31. Dezember 1963 waren ausstehend	134 Checks mit	Fr.	1 605 906. 09

EIGENE GELDER

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50 000 000. —, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500. —, auf welche 50 % = Fr. 250. — einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 1 639 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1963 wie folgt verteilt:

2 155 Privataktionäre mit je	1 Aktie
1 408 Privataktionäre mit je	2 Aktien
1 240 Privataktionäre mit je	3— 5 Aktien
611 Privataktionäre mit je	6— 10 Aktien
362 Privataktionäre mit je	11— 25 Aktien
168 Privataktionäre mit je	26— 50 Aktien
48 Privataktionäre mit je	51—100 Aktien
22 Privataktionäre mit je	101—200 Aktien
13 Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
<hr/>	<hr/>
6 027 Privataktionäre mit zusammen	41 822 Aktien
24 Kantone und Halbkantone mit zusammen	38 774 Aktien
28 Kantonalbanken mit zusammen	16 880 Aktien
50 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen . . .	2 524 Aktien
<hr/>	<hr/>
6 129 Aktionäre mit zusammen	100 000 Aktien

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 58,18 % im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,82 % im Besitz von Privataktionären.

Reservefonds

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 23. März 1963 erreicht der Reservefonds	Fr. 30 000 000. —
Nach Verbuchung der Zuweisung von	Fr. 1 000 000. —
aus dem Reingewinn des Jahres 1963 wird sich der Reservefonds erhöhen auf	<u>Fr. 31 000 000. —</u>

RÜCKSTELLUNG FÜR BANKNOTENANFERTIGUNGSKOSTEN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1962	Fr. 9 722 339. 45
Ihr wurden zur Bezahlung der Kosten für die Banknotenherstellung entnommen . .	Fr. 6 868 646. 90
Saldo	Fr. 2 853 692. 55
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 10 000 000. —
erhöht auf	<u>Fr. 12 853 692. 55</u>

RÜCKSTELLUNG FÜR UMBAUTEN IN DEN BANKGEBÄUDEN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1962	Fr. 6 144 047. 40
Ihr wurden zur Deckung von Umbaukosten im Bankgebäude in Bern entnommen . . .	Fr. 939 056. 40
Saldo	Fr. 5 204 991. —
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 1 000 000. —
erhöht auf	<u>Fr. 6 204 991. —</u>

RÜCKSTELLUNG FÜR STEUERN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1962	Fr. 513 392. 05
Ihr wurden zur Bezahlung der Wehrsteuer entnommen	Fr. 142 642. 90
Saldo	Fr. 370 749. 15
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 200 000. —
erhöht auf	<u>Fr. 570 749. 15</u>

GEWINNVERTEILUNG

Gemäss Art. 27 des Nationalbankgesetzes vom 23. Dezember 1953 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2% des Grundkapitals, d. h. 1 Million Franken nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis zu 6% des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens Fr. 1 500 000. — erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Staatskasse zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand würde sich per 31. Dezember 1963 auf Fr. 4 343 248.80 belaufen.

ANTRÄGE

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beehren wir uns, folgende Anträge zu stellen:

1. Es wird der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz auf 31. Dezember 1963 genehmigt.
2. Es wird der Verwaltung Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Fr. 6 843 248.80 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000. —
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000. —
Ablieferung an die eidgenössische Staatskasse	Fr. 4 343 248.80
	<hr/>
	Fr. 6 843 248.80

Wir schliessen unsern Bericht über das vergangene Geschäftsjahr mit dem verbindlichen Dank an den Vorsteher des Eidg. Finanz- und Zolldepartements, Herrn Bundesrat R. Bonvin, für seine verständnisvolle und tatkräftige Unterstützung, die er der Nationalbank auch im abgelaufenen Jahr hat zuteil werden lassen. Ferner danken wir unsern Korrespondenten und Berichterstatlern aus den Kreisen der Banken, des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft für ihre geschätzte Mitarbeit und unsern Beamten und Angestellten für ihre treue Pflichterfüllung.

Zürich, den 23. Januar 1964.

Namens des Direktoriums
der Schweizerischen Nationalbank

Der Präsident: *Schwegler*

Der Generalsekretär: *Läng*

DER BANKAUSSCHUSS DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

hat in seiner Sitzung vom 6. Februar 1964 den vorstehenden Geschäftsbericht über das Jahr 1963 zur Kenntnis genommen und ihm die Genehmigung erteilt. Gemäss Art. 43, Absatz 1, Ziffer 4, und Art. 49, Absatz 1, des Nationalbankgesetzes wird der Bericht mit den nachstehenden Anträgen dem Bankrate überwiesen.

Der Bankausschuss

BEANTRAGT

der Bankrat möge beschliessen:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1963 mit Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1963 wird zur Vorlage an den Bundesrat und an die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.
2. Die auf Seite 52 des Berichtes formulierten Anträge werden vom Bankrat der Generalversammlung unterbreitet.

Bern, den 6. Februar 1964.

Im Namen des Bankausschusses
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*
Der Protokollführer: *Flückiger*

BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION
AN DIE GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

Hochgeehrter Herr Präsident,
Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission führte im Laufe des vergangenen Jahres bei allen Zweiganstalten sowie bei den Agenturen Biel, La Chaux-de-Fonds und Winterthur Revisionen durch. Sie hat auch die Hauptbuchhaltung sowie die Bestände an den Sitzen Zürich und Bern einer Prüfung unterzogen.

Die Kommission hat alles in bester Ordnung befunden und erklärt, dass die Gewinn- und Verlustrechnung und die Schlussbilanz vom 31. Dezember 1963, wie sie Ihnen vorgelegt werden, mit den Saldi der im Generalhauptbuch der Bank geführten Konti übereinstimmen. Sie stellt mit Befriedigung fest, dass sowohl die Hauptbuchhaltung als auch die Buchhaltungen der Sitze, Zweiganstalten und eigenen Agenturen übersichtlich geführt sind und dass in allen Dienstzweigen gute Ordnung herrscht.

Wir beantragen Ihnen, hochgeehrter Herr Präsident, hochgeehrte Herren Aktionäre, die vorgelegte Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz vom 31. Dezember 1963 mit dem ausgewiesenen Reingewinn von Fr. 6 843 248.80 zu genehmigen und die Ihnen vom Bankrate vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes gutzuheissen.

Bern, den 14. Februar 1964.

Mit Hochachtung,

Die Revisionskommission:

E. Gsell

N. Senn

A. von der Weid

DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

in Ausführung des Art. 63, Ziffer 2, lit. i, des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1953 über die Schweizerische Nationalbank;

nach erfolgter Kenntnisnahme von dem im Art. 51, Absatz 2, des genannten Gesetzes vorgesehenen Bericht der Revisionskommission vom 14. Februar 1964;

auf Antrag des Eidg. Finanz- und Zolldepartements,

BESCHLIESST:

Dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Schweizerischen Nationalbank für das Jahr 1963 wird die gesetzlich vorgesehene Genehmigung erteilt.

Bern, den 21. Februar 1964.

Im Namen

des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident: *L. von Moos*

Der Kanzler: *Ch. Oser*

AN DIE GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank hat in seiner Sitzung vom 14. Februar 1964 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1963 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Nachdem auch die Revisionskommission ihren in Art. 51, Absatz 2, des Bankgesetzes vorgesehenen Bericht am 14. Februar 1964 erstattet hat und die in Art. 25, Absatz 3, vorgesehene Genehmigung durch den Bundesrat am 21. Februar 1964 erfolgt ist, beehren wir uns, Ihnen den sechsfünftzigsten Geschäftsbericht zu unterbreiten und Ihnen die Abnahme der Rechnung wie auch die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes im Sinne der auf Seite 52 aufgeführten Anträge zu empfehlen.

Bern, den 22. Februar 1964.

Mit Hochachtung,

Im Namen des Bankrates

der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*

Ein Mitglied des Direktoriums: *Dr. M. Iklé*

VERZEICHNIS DER BEILAGEN

- Nr. 1 Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise.
- Nr. 2 Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten.
- Nr. 3 Giroverkehr.
- Nr. 4 Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen.
- Nr. 5 Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank:
Tabelle I: Bestände am Jahresende.
Tabelle II: Jahresdurchschnitte.
Tabelle III: Umsätze.
Tabelle IV: Geschäftsergebnisse.
- Nr. 6 Graphische Darstellung:
Schweizerische Nationalbank 1958—1963.
- Nr. 7 Diskontosatz und Lombardzinsfuß seit Eröffnung der Bank.
- Nr. 8 Abrechnungsverkehr:
Verkehr der schweizerischen Abrechnungsstellen (Kol. 2—10).
Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte auf den Plätzen Basel und Zürich
(Kol. 11 und 12).
- Nr. 9 Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane.

1963	Aktiven											Sonstige Aktiven
	Gold- bestand	Devisen	Inlandportefeuille			Lombard- vor- schüsse	Aus- ländische Schatzan- weisungen in sFr.	Wertschriften		Korrespondenten		
			Wechsel	Schatzan- weisungen des Bundes	Total			Total	davon deckungs- fähige	im Inland	im Ausland	
In 1000 Franken												
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Jan. 7.	11 101 799	871 270	78 264	4 000	82 264	37 120	207 000	42 836	16 180	4 013	14 401	37 046
15.	11 085 939	860 387	78 749	—	78 749	12 790	207 000	42 836	16 180	9 286	10 117	23 787
23.	10 740 062	852 261	77 402	—	77 402	9 950	207 000	42 836	16 180	10 102	10 422	23 373
31.	10 624 302	846 115	83 195	—	83 195	9 865	207 000	42 836	16 180	9 388	10 458	30 447
Febr. 7.	10 647 626	813 218	81 185	—	81 185	7 437	207 000	42 836	16 265	4 487	13 116	27 074
15.	10 647 626	807 001	75 668	—	75 668	8 188	207 000	42 836	16 265	5 697	8 694	29 822
23.	10 647 626	797 235	72 549	—	72 549	7 597	207 000	42 836	16 265	10 712	15 462	29 182
28.	10 647 626	798 725	66 499	—	66 499	9 433	207 000	42 836	16 265	16 637	9 028	30 492
März 7.	10 650 666	764 716	65 154	—	65 154	9 821	207 000	42 836	16 265	6 647	15 995	28 548
15.	10 650 666	748 699	56 857	—	56 857	9 261	207 000	172 836	146 339	12 626	12 478	37 553
23.	10 650 666	753 746	55 337	—	55 337	6 752	207 000	172 836	146 339	17 316	9 096	30 050
30.	10 650 666	747 981	56 495	—	56 495	13 188	207 000	292 836	266 339	15 333	8 185	30 558
April 6.	10 650 666	754 127	55 503	—	55 503	9 310	207 000	292 836	266 339	5 732	9 015	32 788
11.	10 650 666	748 912	55 911	—	55 911	8 345	207 000	292 836	266 339	9 420	8 900	32 633
23.	10 650 666	752 154	54 675	—	54 675	10 889	207 000	292 826	266 330	12 816	10 667	33 053
30.	10 615 638	746 828	56 658	—	56 658	10 450	207 000	292 774	266 104	21 935	16 933	32 818
Mai 7.	10 615 638	746 738	57 245	—	57 245	9 848	207 000	292 774	266 104	15 453	9 506	32 065
15.	10 615 638	746 407	57 167	—	57 167	10 124	207 000	172 774	146 104	19 630	11 406	31 100
22.	10 615 638	749 381	55 977	—	55 977	10 304	207 000	172 774	146 104	15 218	10 264	31 787
31.	10 615 638	746 851	56 799	—	56 799	10 944	207 000	172 774	146 104	26 533	8 767	31 698
Juni 7.	10 621 400	748 666	55 793	—	55 793	15 455	207 000	172 774	146 104	7 531	15 492	30 898
15.	10 673 354	752 444	56 879	—	56 879	13 565	207 000	42 774	16 104	22 705	9 173	36 118
22.	10 686 971	739 485	57 637	—	57 637	17 019	207 000	42 774	16 104	14 927	10 336	39 404
29.	10 949 329	752 357	63 972	33 500	97 472	23 262	207 000	42 774	16 327	21 765	8 657	36 888
Juli 6.	10 767 207	750 660	59 565	500	60 065	16 933	207 000	42 774	16 327	3 791	8 426	38 923
15.	10 689 294	750 813	59 520	—	59 520	20 428	207 000	42 774	16 327	24 159	9 552	43 180
23.	10 676 283	752 390	58 284	—	58 284	14 056	207 000	42 774	16 327	19 594	20 568	40 644
31.	10 578 912	757 758	58 814	—	58 814	16 154	207 000	42 774	16 327	31 151	11 523	40 791
Aug. 7.	10 607 278	803 876	57 336	—	57 336	15 439	207 000	42 774	16 327	14 557	12 015	40 698
15.	10 607 278	836 833	57 236	—	57 236	13 016	207 000	42 774	16 327	22 417	15 801	44 520
23.	10 607 278	835 259	54 816	—	54 816	11 604	207 000	42 774	16 327	16 983	11 223	40 760
31.	10 607 278	837 131	55 385	—	55 385	15 681	207 000	42 774	16 327	19 263	9 370	42 375
Sept. 7.	10 607 278	815 867	54 056	—	54 056	14 216	207 000	42 774	16 327	7 836	10 063	43 131
14.	10 607 278	789 825	55 354	—	55 354	11 596	207 000	42 774	16 327	10 393	17 327	47 803
23.	10 607 278	769 483	56 139	—	56 139	10 673	207 000	42 774	16 327	9 227	10 423	46 384
30.	10 822 326	849 078	60 422	—	60 422	25 548	207 000	42 774	327	25 003	9 364	41 880
Okt. 7.	10 958 988	830 236	60 176	—	60 176	26 541	207 000	42 774	327	11 228	10 812	49 981
15.	10 832 347	859 848	60 694	—	60 694	17 772	207 000	45 978	327	16 224	18 304	45 456
23.	10 906 106	972 135	60 093	—	60 093	12 733	207 000	48 685	327	15 729	10 492	44 571
31.	10 906 106	1 049 632	64 682	—	64 682	17 369	207 000	49 826	327	25 927	9 630	45 637
Nov. 7.	10 914 692	1 034 495	65 743	—	65 743	15 341	207 000	49 826	327	12 933	18 483	50 679
15.	10 914 692	964 573	64 154	—	64 154	11 795	207 000	49 826	327	15 638	13 184	49 039
23.	10 914 692	998 562	62 917	—	62 917	13 890	207 000	49 826	327	16 271	8 779	49 883
30.	10 914 692	1 003 252	63 488	—	63 488	28 683	207 000	49 826	327	29 205	9 167	52 216
Dez. 7.	10 936 278	974 179	63 828	21 000	84 828	30 708	207 000	49 826	327	9 678	10 687	48 995
14.	10 957 920	1 115 638	77 376	21 000	98 376	31 335	207 000	49 826	327	24 931	11 825	50 515
23.	11 331 376	1 434 575	101 279	21 000	122 279	60 728	207 000	51 712	327	24 439	9 881	49 301
31.	12 203 797	1 083 293	107 157	35 000	142 157	97 489	207 000	51 712	327	61 538	9 392	34 646

VERÖFFENTLICHTEN AUSWEISE

Passiven									Deckung	
Eigene Gelder	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten			Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Sonstige Passiven	Bilanzsumme	des Notenumlaufs	des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Übrige täglich fällige Verbindlichkeiten	Total						
In 1000 Franken									durch Gold	
									In Prozenten	
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
54 000	8 037 578	2 070 543	585 974	2 656 517	1 035 000	400 000	214 654	12 397 749	138.12	103.81
54 000	7 716 868	2 595 219	329 008	2 924 227	1 035 000	400 000	200 796	12 330 891	143.66	104.18
54 000	7 642 653	2 315 634	325 440	2 641 074	1 035 000	400 000	200 681	11 973 408	140.53	104.44
54 000	7 757 599	2 153 002	261 939	2 414 941	1 035 000	400 000	202 066	11 863 606	136.95	104.44
54 000	7 569 990	2 294 464	289 217	2 583 681	1 035 000	400 000	201 308	11 843 979	140.66	104.86
54 000	7 478 190	2 531 678	131 771	2 663 449	1 035 000	400 000	201 893	11 832 532	142.38	104.99
54 000	7 603 351	2 391 993	142 118	2 534 111	1 035 000	400 000	203 737	11 830 199	140.04	105.03
54 000	7 867 501	2 091 806	175 170	2 266 976	1 035 000	400 000	204 799	11 828 276	135.34	105.06
54 000	7 715 130	2 099 431	280 656	2 380 087	1 035 000	400 000	207 166	11 791 383	138.05	105.50
54 000	7 647 981	2 256 613	309 905	2 566 518	1 035 000	400 000	204 477	11 907 976	139.26	104.27
54 000	7 736 522	2 270 196	201 952	2 472 148	1 035 000	400 000	205 129	11 902 799	137.67	104.33
55 000	8 010 161	2 114 498	209 218	2 323 716	1 035 000	400 000	198 365	12 022 242	132.96	103.07
55 000	7 865 191	2 034 904	425 367	2 460 271	1 035 000	400 000	201 515	12 016 977	135.42	103.15
55 000	7 816 247	2 128 434	379 476	2 507 910	1 035 000	400 000	200 466	12 014 623	136.26	103.16
55 000	7 751 595	2 118 160	464 553	2 582 713	1 035 000	400 000	200 438	12 024 746	137.40	103.06
55 000	7 988 087	1 953 284	366 145	2 319 429	1 035 000	400 000	203 518	12 001 034	132.89	102.99
55 000	7 840 681	1 985 578	466 206	2 451 784	1 035 000	400 000	203 802	11 986 267	135.39	103.14
55 000	7 707 670	2 121 054	348 630	2 469 684	1 035 000	400 000	203 892	11 871 246	137.73	104.31
55 000	7 814 473	2 110 742	248 592	2 359 334	1 035 000	400 000	204 536	11 868 343	135.85	104.34
55 000	8 022 571	1 890 191	269 519	2 159 710	1 035 000	400 000	204 723	11 877 004	132.32	104.26
55 000	7 889 923	1 924 592	365 707	2 290 299	1 035 000	400 000	204 787	11 875 009	134.62	104.33
55 000	7 763 944	2 143 006	207 821	2 350 827	1 035 000	400 000	209 241	11 814 012	137.47	105.52
55 000	7 870 322	2 013 022	232 062	2 245 084	1 035 000	400 000	210 147	11 815 553	135.79	105.65
55 000	8 181 158	2 030 057	227 203	2 257 260	1 035 000	400 000	211 086	12 139 504	133.84	104.89
55 000	8 021 053	1 854 797	312 862	2 167 659	1 035 000	400 000	217 067	11 895 779	134.24	105.68
55 000	7 944 686	1 894 676	297 324	2 192 000	1 035 000	400 000	220 034	11 846 720	134.55	105.45
55 000	8 028 864	1 792 053	299 813	2 091 866	1 035 000	400 000	220 863	11 831 593	132.97	105.49
55 000	8 137 531	1 623 661	274 092	1 897 753	1 035 000	400 000	219 593	11 744 877	130.00	105.42
55 000	7 974 638	1 758 749	357 174	2 115 923	1 035 000	400 000	220 412	11 800 973	133.01	105.12
55 000	7 859 475	1 940 618	333 532	2 274 150	1 035 000	400 000	223 250	11 846 875	134.96	104.67
55 000	7 982 280	1 855 449	277 414	2 132 863	1 035 000	400 000	222 554	11 827 697	132.89	104.86
55 000	8 111 413	1 681 402	322 265	2 003 667	1 035 000	400 000	231 177	11 836 257	130.77	104.87
55 000	7 991 807	1 752 621	344 572	2 097 193	1 035 000	400 000	223 221	11 802 221	132.73	105.14
55 000	7 905 039	1 850 700	317 100	2 167 800	1 035 000	400 000	226 511	11 789 350	134.18	105.31
55 000	7 958 007	1 822 691	264 184	2 086 875	1 035 000	400 000	224 499	11 759 381	133.29	105.60
55 000	8 285 113	1 888 618	194 722	2 083 340	1 035 000	400 000	224 942	12 083 395	130.62	104.38
55 000	8 120 714	2 060 569	300 981	2 361 550	1 035 000	400 000	225 472	12 197 736	134.95	104.55
55 000	7 998 416	2 084 194	305 690	2 389 884	1 035 000	400 000	225 323	12 103 623	135.43	104.27
55 000	8 082 027	2 235 893	244 594	2 480 487	1 035 000	400 000	225 030	12 277 544	134.94	103.25
55 000	8 314 889	2 042 530	300 007	2 342 537	1 035 000	400 000	228 383	12 375 809	131.16	102.33
55 000	8 174 733	2 076 159	396 010	2 472 169	1 035 000	400 000	232 290	12 369 192	133.52	102.52
55 000	8 138 997	2 118 333	315 570	2 433 903	1 035 000	400 000	227 001	12 289 901	134.10	103.23
55 000	8 275 638	2 088 524	240 302	2 328 826	1 035 000	400 000	227 356	12 321 820	131.89	102.93
55 000	8 555 176	1 829 357	254 900	2 084 257	1 035 000	400 000	228 096	12 357 529	127.58	102.59
55 000	8 571 246	1 743 147	317 382	2 060 529	1 035 000	400 000	230 404	12 352 179	127.59	102.87
55 000	8 755 074	1 820 764	250 070	2 070 834	1 035 000	400 000	231 458	12 547 366	125.16	101.22
55 000	9 237 647	2 069 072	262 399	2 331 471	1 035 000	400 000	232 173	13 291 291	122.66	97.95
55 000	9 035 425	2 700 021	487 789	3 187 810	1 035 000	357 250	220 539	13 891 024	135.07	99.84

GLIEDERUNG DES NOTENUMLAUFS NACH ABSCHNITTEN

1963	Abschnitte zu Franken								Total	Abschnitte zu Franken							
	1000	500	100	50	20	10	5	1000		500	100	50	20	10	5		
	In Millionen Franken									Prozentuale Verteilung							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Januar	7.	2 450,5	873,6	3 473,6	578,5	453,9	195,6	11,9	8 037,6	30.48	10.87	43.22	7.20	5.65	2.43	0.15	
	15.	2 365,3	833,3	3 308,7	563,2	443,3	191,2	11,9	7 716,9	30.65	10.80	42.88	7.30	5.74	2.48	0.15	
	23.	2 335,7	838,2	3 283,9	551,0	434,1	187,9	11,9	7 642,7	30.56	10.97	42.97	7.21	5.68	2.46	0.15	
	31.	2 337,1	851,8	3 382,2	552,7	434,0	187,9	11,9	7 757,6	30.13	10.98	43.60	7.13	5.59	2.42	0.15	
Februar	7.	2 286,8	812,8	3 285,6	551,7	433,9	187,4	11,8	7 570,0	30.21	10.74	43.40	7.29	5.73	2.47	0.16	
	15.	2 265,2	798,6	3 240,3	546,8	430,1	185,4	11,8	7 478,2	30.29	10.68	43.33	7.31	5.75	2.48	0.16	
	23.	2 272,8	833,2	3 321,5	549,2	429,9	185,0	11,8	7 603,4	29.89	10.96	43.69	7.22	5.65	2.43	0.16	
	28.	2 314,0	865,5	3 493,1	560,4	435,5	187,2	11,8	7 867,5	29.41	11.00	44.40	7.12	5.54	2.38	0.15	
März	7.	2 275,0	825,3	3 411,5	563,7	439,4	188,5	11,7	7 715,1	29.49	10.70	44.22	7.31	5.69	2.44	0.15	
	15.	2 273,9	812,6	3 361,0	562,6	438,6	187,6	11,7	7 648,0	29.73	10.63	43.95	7.36	5.73	2.45	0.15	
	23.	2 276,9	837,2	3 421,6	562,5	438,6	188,0	11,7	7 736,5	29.43	10.82	44.23	7.27	5.67	2.43	0.15	
	30.	2 321,0	871,1	3 595,0	575,1	445,3	191,0	11,7	8 010,2	28.97	10.88	44.88	7.18	5.56	2.38	0.15	
April	6.	2 309,1	835,7	3 495,5	574,0	447,4	191,8	11,7	7 865,2	29.36	10.62	44.44	7.30	5.69	2.44	0.15	
	11.	2 306,9	825,9	3 460,0	573,3	446,7	191,7	11,7	7 816,2	29.52	10.57	44.27	7.33	5.71	2.45	0.15	
	23.	2 284,9	838,7	3 427,1	561,5	438,6	189,2	11,6	7 751,6	29.48	10.82	44.21	7.24	5.66	2.44	0.15	
	30.	2 321,1	877,8	3 572,7	570,4	443,1	191,4	11,6	7 988,1	29.06	10.99	44.72	7.14	5.55	2.40	0.14	
Mai	7.	2 292,9	841,7	3 485,1	571,3	445,5	192,6	11,6	7 840,7	29.24	10.73	44.45	7.29	5.68	2.46	0.15	
	15.	2 284,7	823,8	3 390,6	563,7	442,2	191,1	11,6	7 707,7	29.64	10.69	43.99	7.31	5.74	2.48	0.15	
	22.	2 288,9	853,8	3 461,1	564,3	442,8	192,0	11,6	7 814,5	29.29	10.92	44.29	7.22	5.67	2.46	0.15	
	31.	2 314,4	876,2	3 602,0	574,4	448,8	195,3	11,5	8 022,6	28.85	10.92	44.90	7.16	5.60	2.43	0.14	
Juni	7.	2 278,2	839,5	3 530,9	578,9	453,7	197,2	11,5	7 889,9	28.87	10.64	44.75	7.34	5.75	2.50	0.15	
	15.	2 263,0	825,1	3 445,7	572,9	449,7	196,0	11,5	7 763,9	29.15	10.63	44.38	7.38	5.79	2.52	0.15	
	22.	2 279,2	851,2	3 509,2	574,3	448,8	196,1	11,5	7 870,3	28.96	10.81	44.59	7.30	5.70	2.49	0.15	
	29.	2 321,3	901,0	3 706,3	584,8	456,5	199,8	11,5	8 181,2	28.37	11.02	45.30	7.15	5.58	2.44	0.14	
Juli	6.	2 289,5	855,7	3 614,4	588,3	460,0	201,7	11,5	8 021,1	28.54	10.67	45.06	7.33	5.74	2.52	0.14	
	15.	2 282,2	842,9	3 559,5	587,4	459,4	201,8	11,5	7 944,7	28.73	10.61	44.80	7.40	5.78	2.54	0.14	
	23.	2 278,3	869,0	3 619,5	589,2	459,2	202,3	11,4	8 028,9	28.38	10.82	45.08	7.34	5.72	2.52	0.14	
	31.	2 283,0	889,2	3 694,6	593,9	461,6	203,8	11,4	8 137,5	28.05	10.93	45.40	7.30	5.67	2.51	0.14	
August	7.	2 247,4	852,4	3 601,6	594,6	463,2	204,0	11,4	7 974,6	28.18	10.69	45.16	7.46	5.81	2.56	0.14	
	15.	2 242,8	839,3	3 513,4	590,8	459,6	202,2	11,4	7 859,5	28.54	10.68	44.70	7.52	5.85	2.57	0.14	
	23.	2 249,9	871,6	3 598,8	589,1	458,9	202,7	11,3	7 982,3	28.19	10.92	45.08	7.38	5.75	2.54	0.14	
	31.	2 259,6	887,6	3 691,2	594,9	462,9	203,9	11,3	8 111,4	27.86	10.94	45.51	7.33	5.71	2.51	0.14	
September	7.	2 252,8	856,7	3 612,1	593,3	462,4	203,2	11,3	7 991,8	28.19	10.72	45.20	7.42	5.79	2.54	0.14	
	14.	2 250,9	845,8	3 549,1	588,6	458,0	201,3	11,3	7 905,0	28.47	10.70	44.90	7.45	5.79	2.55	0.14	
	23.	2 264,3	870,2	3 574,3	583,4	454,3	200,2	11,3	7 958,0	28.45	10.94	44.91	7.33	5.71	2.52	0.14	
	30.	2 328,3	920,2	3 767,2	595,0	460,8	202,4	11,2	8 285,1	28.10	11.11	45.47	7.18	5.56	2.44	0.14	
Oktober	7.	2 302,1	876,8	3 674,2	592,9	461,4	202,1	11,2	8 120,7	28.35	10.80	45.24	7.30	5.68	2.49	0.14	
	15.	2 300,2	862,1	3 584,4	584,4	456,3	199,8	11,2	7 998,4	28.76	10.78	44.81	7.31	5.70	2.50	0.14	
	23.	2 320,3	889,6	3 629,8	579,6	452,9	198,6	11,2	8 082,0	28.71	11.01	44.91	7.17	5.60	2.46	0.14	
	31.	2 366,5	918,8	3 774,3	587,5	456,5	200,1	11,2	8 314,9	28.46	11.05	45.39	7.07	5.49	2.41	0.13	
November	7.	2 340,8	882,6	3 693,6	587,6	458,7	200,3	11,1	8 174,7	28.63	10.80	45.18	7.19	5.61	2.45	0.14	
	15.	2 372,8	882,8	3 631,3	583,8	457,1	200,1	11,1	8 139,0	29.15	10.85	44.61	7.17	5.62	2.46	0.14	
	23.	2 381,8	923,0	3 714,4	582,9	456,8	200,6	11,1	8 275,6	28.78	11.21	44.89	7.04	5.52	2.43	0.13	
	30.	2 430,2	964,2	3 889,7	592,9	463,7	203,4	11,1	8 555,2	28.41	11.27	45.46	6.93	5.42	2.38	0.13	
Dezember	7.	2 456,1	951,7	3 869,1	603,4	473,0	206,8	11,1	8 571,2	28.66	11.10	45.14	7.04	5.52	2.41	0.13	
	14.	2 530,3	993,7	3 922,8	610,3	477,9	209,0	11,1	8 755,1	28.90	11.35	44.80	6.97	5.46	2.39	0.13	
	23.	2 687,8	1 096,9	4 112,9	626,7	488,0	214,2	11,1	9 237,6	29.10	11.87	44.52	6.79	5.28	2.32	0.12	
	31.	2 709,4	1 054,0	3 953,4	614,2	480,7	212,6	11,1	9 035,4	29.99	11.66	43.76	6.80	5.32	2.35	0.12	
Jahresdurchschnitt	1961	1 941,9	675,4	2 954,0	513,9	404,1	169,0	14,6	6 672,9	29.10	10.12	44.27	7.70	6.06	2.53	0.22	
	1962	2 151,0	764,6	3 266,6	550,4	431,2	182,5	12,6	7 358,9	29.23	10.39	44.39	7.48	5.86	2.48	0.17	
	1963	2 324,3	872,5	3 567,3	578,5	451,9	196,9	11,4	8 002,8	29.04	10.90	44.58	7.23	5.65	2.46	0.14	

GIROVERKEHR

Umsätze	Jahr	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen 1)	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen 1)	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gutschriften	1959	23 438	104 965	1 029 297	77 992	1 235 692	1 199 399	15 870 862	90 519 669	14 554 576	122 144 506
	1960	22 166	96 237	1 188 385	81 128	1 387 916	1 157 370	19 750 444	123 688 700	18 275 611	162 872 125
	1961	21 406	95 949	1 297 275	81 657	1 496 287	1 063 090	23 493 715	145 992 946	22 339 964	192 889 715
	1962	20 958	95 579	1 431 353	80 102	1 627 992	1 115 475	30 825 917	199 178 430	23 052 736	254 172 558
	1963	20 278	94 661	1 551 009	76 295	1 742 243	1 205 635	37 602 134	238 203 998	23 599 551	300 611 318
Belastungen	1959	27 472	97 202	1 029 297	87 545	1 241 516	8 085 435	8 752 625	90 519 669	14 997 331	122 355 060
	1960	28 947	88 944	1 188 385	89 226	1 395 502	9 196 295	11 301 293	123 688 700	18 728 121	162 914 409
	1961	29 780	97 566	1 297 275	91 714	1 516 335	10 481 499	13 149 729	145 992 946	22 291 240	191 915 414
	1962	30 348	93 359	1 431 353	92 989	1 648 049	11 831 491	20 048 484	199 178 430	22 949 640	254 008 045
	1963	30 760	87 324	1 551 009	93 111	1 762 204	12 701 635	25 745 737	238 203 998	23 620 337	300 271 707
Total	1959	50 910	202 167	2 058 594	165 537	2 477 208	9 284 834	24 623 487	181 039 338	29 551 907	244 499 566
	1960	51 113	185 181	2 376 770	170 354	2 783 418	10 353 665	31 051 737	247 377 400	37 003 732	325 786 534
	1961	51 186	193 515	2 594 550	173 371	3 012 622	11 544 589	36 643 444	291 985 892	44 631 204	384 805 129
	1962	51 306	188 938	2 862 706	173 091	3 276 041	12 946 966	50 874 401	398 356 860	46 002 376	508 180 603
	1963	51 038	181 985	3 102 018	169 406	3 504 447	13 907 270	63 347 871	476 407 996	47 219 888	600 883 025
Prozentuale Verteilung											
Gutschriften	1959	1.90	8.49	83.30	6.31	100	0.98	12.99	74.11	11.92	100
	1960	1.60	6.93	85.62	5.85	100	0.71	12.13	75.94	11.22	100
	1961	1.43	6.41	86.70	5.46	100	0.55	12.18	75.69	11.58	100
	1962	1.29	5.87	87.92	4.92	100	0.44	12.13	78.36	9.07	100
	1963	1.17	5.43	89.02	4.38	100	0.40	12.51	79.24	7.85	100
Belastungen	1959	2.21	7.83	82.91	7.05	100	6.61	7.15	73.98	12.26	100
	1960	2.08	6.37	85.16	6.39	100	5.64	6.94	75.92	11.50	100
	1961	1.96	6.43	85.56	6.05	100	5.46	6.85	76.07	11.62	100
	1962	1.84	5.67	86.85	5.64	100	4.66	7.89	78.41	9.04	100
	1963	1.75	4.95	88.02	5.28	100	4.23	8.57	79.33	7.87	100
Total	1959	2.06	8.16	83.10	6.68	100	3.80	10.07	74.04	12.09	100
	1960	1.84	6.65	85.39	6.12	100	3.18	9.53	75.93	11.36	100
	1961	1.70	6.42	86.12	5.76	100	3.00	9.52	75.88	11.60	100
	1962	1.57	5.77	87.38	5.28	100	2.55	10.01	78.39	9.05	100
	1963	1.46	5.19	88.52	4.83	100	2.32	10.54	79.28	7.86	100

1) Mit Einschluss des Bankenclearing.

GESCHÄFTSVERKEHR DER

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuen- burg	St. Gallen	Zürich	Total
In 1000 Franken											
Kassenumsatz											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1959	803 666	2 527 851	11 139 523 ¹⁾	2 382 083	2 055 748	1 025 500	1 095 791	645 900	1 459 343	6 264 194	29 297 578 ¹⁾
1960	824 331	2 734 012	10 028 521 ¹⁾	2 639 440	2 319 588	1 064 189	1 119 298	678 406	1 580 786	6 309 007	23 143 641 ¹⁾
1961	1 011 423	3 074 878	13 724 791 ¹⁾	2 796 211	2 733 018	1 143 432	1 195 075	779 859	1 770 115	7 628 142	35 856 944 ¹⁾
1962	1 192 070	3 354 295	12 989 118 ¹⁾	3 219 911	3 366 578	1 337 212	1 313 232	894 019	2 021 531	8 804 045	38 492 011 ¹⁾
1963	1 267 796	3 487 487	15 963 864 ¹⁾	3 397 180	3 518 004	1 556 723	1 411 739	964 556	2 197 599	9 931 398	43 696 346 ¹⁾
Devisenverkehr											
1959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19 956 042	19 956 042
1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33 172 518	33 172 518
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30 831 843	30 831 843
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51 924 537	51 924 537
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52 243 448	52 243 448
Diskontierungen von Schweizerwechslern, Schatzanweisungen des Bundes und Obligationen											
1959	5 669	4 338	351 435	9 132	15 993	10 014	56 090	15 929	22 064	42 510	533 174
1960	9 083	2 498	352 872	8 036	18 200	4 028	53 319	18 988	29 441	47 360	543 825
1961	8 918	4 488	349 660	8 107	17 037	6 094	52 922	20 781	29 886	48 425	546 318
1962	6 826	3 705	278 989	14 264	17 236	2 775	59 273	18 088	39 425	121 901	562 482
1963	12 904	18 214	86 431	15 094	13 553	3 795	63 542	22 281	46 219	132 978	415 011
Neue Lombardvorschüsse											
1959	5 106	5 433	53 475	15 442	22 856	9 681	44 197	7 004	23 860	15 843	202 897
1960	8 789	6 245	90 799	26 274	60 590	3 230	64 964	6 786	38 060	25 234	330 971
1961	8 089	6 738	110 586	34 078	68 094	2 376	64 562	3 445	44 091	24 741	366 800
1962	15 290	9 886	152 869	26 897	47 775	8 554	58 837	4 585	61 756	26 143	412 592
1963	30 815	8 208	198 840	30 865	74 439	6 527	53 715	22 969	93 446	14 798	534 622
Verkehr mit den Korrespondenten im Inland											
1959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 962 597	9 962 597
1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 176 513	11 176 513
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12 575 487	12 575 487
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14 348 652	14 348 652
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15 746 124	15 746 124
Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland											
1959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 447 017	1 447 017
1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 527 794	2 527 794
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25 985 973	25 985 973
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22 492 386	22 492 386
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 920 027	3 920 027
¹⁾ Einschliesslich Gold im Ausland.											

EINZELNEN BANKSTELLEN ²⁾

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuen- burg	St. Gallen	Zürich	Total
In 1000 Franken											
Inkassoverkehr (Einreichungen)											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1959	2 271	23 490	294 713	30 087	7 590	335	6 362	6 481	2 505	88 167	462 001
1960	912	33 781	296 037	23 694	11 669	126	10 571	6 457	2 987	91 433	477 667
1961	2 767	29 511	403 111	19 007	12 657	182	8 255	7 398	2 962	136 383	622 233
1962	1 975	13 396	470 957	28 344	14 083	68	7 319	7 211	3 476	110 013	656 842
1963	2 345	9 944	595 909	21 735	15 724	113	8 412	6 609	2 066	156 352	819 209
Giroverkehr											
1959	1 736 845	17 556 014	9 615 253	11 153 953	4 920 806	1 644 943	2 007 457	1 463 101	3 284 509	191 116 685	244 499 566
1960	2 234 508	21 989 732	10 836 841	13 911 884	6 764 881	1 470 137	2 397 114	1 751 248	3 713 878	260 716 311	325 786 534
1961	2 471 628	26 222 888	12 405 287	16 735 050	7 775 884	1 760 423	2 796 491	1 882 711	4 333 799	308 420 968	384 805 129
1962	2 519 207	25 880 174	14 549 871	20 270 430	7 697 792	2 227 051	2 860 123	1 886 228	4 819 617	425 470 110	508 180 603
1963	2 842 246	25 799 172	15 514 674	20 565 763	7 667 148	2 165 607	3 017 670	2 015 568	5 145 104	516 150 073	600 883 025
Verkehr mit den Bundesverwaltungen											
1959	—	—	37 738 896	—	—	—	—	—	—	—	37 738 896
1960	—	—	42 908 748	—	—	—	—	—	—	—	42 908 748
1961	—	—	47 980 529	—	—	—	—	—	—	—	47 980 529
1962	—	—	58 630 922	—	—	—	—	—	—	—	58 630 922
1963	—	—	62 531 666	—	—	—	—	—	—	—	62 531 666
Verkehr mit Deponenten											
1959	4 780	15 358	66 786	23 724	7 885	4 582	3 890	6 388	4 490	880 920	1 018 803
1960	3 895	16 421	69 175	23 294	9 105	4 716	4 321	8 367	5 362	955 708	1 100 364
1961	3 730	13 815	82 671	28 263	8 910	3 741	10 205	11 041	5 947	1 438 857	1 607 180
1962	4 799	13 116	60 590	23 556	20 099	3 641	5 122	10 075	5 869	1 295 320	1 442 187
1963	4 279	14 982	71 076	22 139	9 258	3 658	6 233	9 881	3 983	2 486 939	2 632 428
Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)											
1959	6 194 758	34 939 382	126 732 786	21 195 481	14 572 647	5 355 550	6 995 607	4 497 265	11 292 914	292 477 440	524 253 830
1960	7 159 489	42 231 560	138 060 378	25 694 326	17 975 749	5 118 728	8 013 097	5 278 523	12 421 286	384 553 610	646 506 746
1961	7 906 451	50 002 501	159 887 233	29 720 467	20 208 465	5 972 727	9 124 622	5 739 898	14 343 271	467 076 984	769 982 619
1962	8 583 945	49 466 479	188 620 767	34 983 019	22 293 500	7 153 282	9 639 245	5 953 226	16 421 554	614 610 036	957 725 053
1963	9 628 514	51 462 857	205 298 839	35 679 366	23 083 781	7 539 637	10 613 625	6 261 874	17 740 551	698 679 344	1 065 988 388
Umsatz der Abrechnungsstellen											
1959	—	1 574 241	215 236	1 810 404	490 731	—	—	39 223 ³⁾	72 174	989 129	5 191 138
1960	—	2 133 759	237 136	2 301 416	601 264	—	—	42 186 ³⁾	72 856	1 164 978	6 553 595
1961	—	2 514 322	296 435	2 980 611	751 525	—	—	50 336 ³⁾	96 365	1 361 862	8 051 456
1962	—	3 277 282	337 340	4 051 252	804 640	—	—	64 930 ³⁾	93 778	1 481 038	10 110 260
1963	—	2 824 012	355 255	3 915 794	750 230	—	—	75 611 ³⁾	93 053	1 638 001	9 651 956
²⁾ Der Verkehr der Agenturen ist in den Verkehrszahlen der vorgesetzten Bankstelle enthalten. ³⁾ Einschliesslich Umsatz der Abrechnungsstelle in La Chaux-de-Fonds.											

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Jahr	Metallbestand			Devisen ²⁾	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse
	Gold ¹⁾	Silber	Total		Schweizer- wechsel	Schatz- anweisungen ³⁾	Diskon- tierte Obli- gationen	Total		
	In Millionen Franken									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	75,5	5,8	81,3	27,7	77,9	—	—	77,9	—	2,7
1908	117,5	7,2	124,7	44,7	63,7	—	—	63,7	—	10,4
1909	124,0	14,4	138,4	48,2	111,0	—	—	111,0	—	14,7
1910	155,6	10,2	165,8	59,1	99,8	—	—	99,8	—	18,0
1911	160,7	9,2	169,9	24,6	130,4	—	7,0	137,4	—	16,8
1912	173,1	12,8	185,9	26,7	146,2	—	5,1	151,3	—	25,5
1913	170,0	20,8	190,8	42,3	100,0	—	9,4	109,4	—	28,4
1914	237,9	24,9	262,8	34,4	114,7	58,0	8,3	181,0	—	19,6
1915	250,1	51,3	301,4	49,6	63,9	75,0	3,5	142,4	—	21,0
1916	345,0	52,5	397,5	63,3	56,3	123,0	4,5	183,8	—	22,1
1917	357,7	51,8	409,5	47,8	88,4	233,0	6,0	327,4	—	45,2
1918	414,7	58,4	473,1	70,6	249,8	312,0	6,5	568,3	—	40,9
1919	517,0	73,6	590,6	94,8	184,1	301,0	2,0	487,1	—	32,7
1920	542,9	121,6	664,5	25,4	167,1	280,0	5,8	452,9	—	36,6
1921	549,5	108,3	657,8	58,8	44,8	287,0	2,9	334,7	—	76,2
1922	535,1	103,9	639,0	74,1	33,9	325,0	2,0	360,9	—	62,2
1923	537,2	90,7	627,9	94,4	102,5	155,0	4,5	262,0	—	85,3
1924	505,9	87,2	593,1	193,3	81,2	78,0	5,7	164,9	—	70,8
1925	467,1	89,3	556,4	222,5	70,2	68,5	3,2	141,9	—	72,4
1926	471,8	72,8	544,6	222,0	91,7	83,1	5,5	180,3	—	60,6
1927	517,0	62,9	579,9	197,9	128,8	71,7	6,2	206,7	—	78,5
1928	533,0	45,8	578,8	258,6	157,1	53,9	6,8	217,8	—	82,9
1929	595,0	23,5	618,5	362,3	95,2	39,1	15,1	149,4	—	75,2
1930	712,9	—	712,9	353,4	86,7	—	8,0	94,7	—	53,4
1931	2 346,9	—	2 346,9	107,0	27,7	0,4	6,5	34,6	—	64,7
1932	2 471,2	—	2 471,2	88,6	12,8	0,2	6,7	19,7	4,6	48,7
1933	1 998,1	—	1 998,1	17,7	19,0	15,2	16,7	50,9	58,3	94,7
1934	1 909,8	—	1 909,8	7,5	13,4	4,0	8,9	26,3	5,9	118,0
1935	1 388,8	—	1 388,8	8,3	25,3	114,6	12,6	152,5	85,5	142,2

¹⁾ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 an: 1 kg = Fr. 3435.555.
²⁾ 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.
³⁾ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEITEROFFNUNG DER BANK

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korrespondenten im Inland ⁴⁾	Noten-umlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Metallbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Bilanz-summe	Jahr
				Girorech-nungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundes-verwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen	Total		
In Millionen Franken			%	In Millionen Franken						
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
3,8	10,5	159,2	51.09	19,5	5,7	0,6	—	25,8	243,8	1907
6,2	8,2	204,1	61.11	21,1	13,1	0,8	—	35,0	292,9	1908
10,8	28,4	261,5	52.91	29,4	39,6	1,4	—	70,4	386,0	1909
10,0	35,0	297,2	55.77	22,4	45,7	0,7	—	68,8	421,0	1910
16,5	18,9	314,8	53.96	24,6	23,8	0,9	—	49,3	419,3	1911
7,1	19,2	339,2	54.80	28,9	25,4	1,2	—	55,5	451,0	1912
6,4	16,1	313,8	60.79	27,4	30,6	1,0	—	59,0	429,9	1913
9,3	14,7	455,9	57.65	54,6	8,6	7,6	—	70,8	589,2	1914
8,1	29,0	465,6	64.72	61,0	14,3	7,4	—	82,7	608,7	1915
6,8	18,2	536,5	74.07	89,8	12,7	27,3	—	129,8	735,1	1916
7,3	18,0	702,3	58.30	89,0	42,6	7,1	—	138,7	908,7	1917
8,6	28,1	975,7	48.49	79,1	20,1	88,4	—	187,6	1 239,0	1918
6,6	36,1	1 036,1	57.00	121,0	18,7	41,5	—	181,2	1 298,2	1919
5,9	35,0	1 023,7	64.90	146,4	11,4	5,4	—	163,2	1 273,1	1920
6,5	27,2	1 009,3	65.17	116,5	7,7	4,4	—	128,6	1 224,7	1921
9,8	18,9	976,4	65.44	147,4	11,0	5,7	—	164,1	1 224,3	1922
8,6	30,0	982,0	63.94	80,0	13,0	10,4	—	103,4	1 166,4	1923
6,8	38,6	913,9	64.89	102,8	8,3	6,0	—	117,1	1 107,5	1924
6,6	34,4	875,8	63.53	113,2	4,7	6,3	—	124,2	1 075,1	1925
6,4	33,6	873,9	62.31	127,0	4,3	5,5	—	136,8	1 087,6	1926
9,2	34,6	917,4	63.20	123,8	18,4	9,2	—	151,4	1 147,5	1927
19,0	40,6	952,6	60.75	141,5	54,0	6,6	—	202,1	1 236,4	1928
5,4	40,2	999,2	61.90	171,7	28,5	7,1	—	207,3	1 288,9	1929
104,0	32,7	1 062,1	67.12	213,2	28,0	7,9	—	249,1	1 391,9	1930
37,9	25,6	1 609,4	145.82	883,2	40,1	44,9	—	968,2	2 659,5	1931
50,8	15,7	1 612,6	153.24	922,3	51,0	67,9	—	1 041,2	2 743,5	1932
27,7	19,9	1 509,5	132.36	629,6	9,4	51,4	—	690,4	2 309,7	1933
52,5	19,2	1 440,3	132.60	539,4	39,6	45,9	—	624,9	2 179,2	1934
44,9	26,7	1 366,3	101.65	357,9	7,6	24,8	16,4	406,7	1 887,4	1935

⁴⁾ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Jahr	Goldbestand ¹⁾	Devisen	Inlandportfeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Ausländische Schatzanweisungen in sFr.	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²⁾	Diskontierte Obligationen	Total					im Inland	im Ausland
In Millionen Franken												
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1936	2 709,0	57,6	7,7	9,5	2,3	19,5	28,5	46,8	—	15,9	14,2	—
1937	2 679,2	513,1	5,3	1,7	1,9	8,9	10,3	34,8	—	30,7	11,4	—
1938	2 889,6	279,7	52,5	101,5	1,1	155,1	3,8	21,9	—	90,9	9,6	—
1939	2 261,6	361,7	46,3	46,4	5,7	98,4	6,8	89,6	—	80,9	16,6	—
1940	2 173,2	996,8	63,2	149,3	2,1	214,6	2,8	45,4	—	87,8	20,0	—
1941	2 878,5	679,0	32,5	4,4	2,3	39,2	12,8	25,0	—	69,6	15,8	—
1942	3 565,2	61,8	123,8	85,3	0,8	209,9	12,0	25,2	—	63,9	16,3	—
1943	4 172,7	83,0	92,0	0,4	0,7	93,1	0,3	18,4	—	64,5	14,2	—
1944	4 554,1	102,4	69,5	—	1,6	71,1	—	27,6	—	64,2	13,9	—
1945	4 777,0	162,5	78,1	39,9	5,9	123,9	6,7	67,6	—	62,1	27,5	—
1946	4 949,9	158,0	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	—	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	—	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	—	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	—	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	—	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	—	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	—	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	—	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	—	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	—	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	—	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	—	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	—	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	—	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	—	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	—	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	67,4	45,0	11,2	123,6	—	71,7	207,0	42,8	77,8	10,2
1963	12 203,8	1 083,3	87,5	35,0	19,7	142,2	—	97,5	207,0	51,7	61,5	9,4

¹⁾ Bewertung bis 6. Oktober 1936: 1 kg Feingold = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869.80.

²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Bilanzsumme	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungen u. Clearingabkommen	Guthaben ausländischer Banken ³⁾	Total				
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken									
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1 482,2	182.76	1 093,9	183,4	29,9	62,9	—	1 370,1	—	—	3 505,9	1936
1 530,5	175.05	1 602,6	12,5	35,4	71,9	—	1 722,4	—	—	3 902,3	1937
1 751,0	165.02	1 592,6	8,2	31,2	39,9	—	1 671,9	—	—	4 081,0	1938
2 049,9	110.33	686,7	10,9	32,0	67,8	—	797,4	—	—	3 501,8	1939
2 273,4	95.59	1 018,6	6,8	41,6	119,9	—	1 186,9	—	—	3 727,7	1940
2 336,7	123.18	896,9	194,7	44,6	108,9	—	1 245,1	—	—	3 880,6	1941
2 637,3	135.18	1 147,8	13,6	42,0	95,7	—	1 299,1	—	—	4 226,4	1942
3 048,5	136.87	1 065,3	9,2	47,1	126,7	—	1 248,3	—	—	4 597,2	1943
3 548,0	128.35	835,5	27,7	50,9	109,7	—	1 023,8	—	—	4 868,6	1944
3 835,2	124.55	843,2	6,6	106,8	162,0	—	1 118,6	—	—	5 266,5	1945
4 090,7	121.00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	5 499,8	1946
4 383,4	119.91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	5 932,1	1947
4 594,3	126.70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	337,1	6 400,6	1948
4 566,3	136.66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	200,0	6 721,9	1949
4 663,8	128.13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	6 658,6	1950
4 927,3	121.85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	6 675,9	1951
5 121,9	114.73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	6 796,8	1952
5 228,5	116.40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	6 996,8	1953
5 411,6	116.85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	7 327,2	1954
5 515,5	121.23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	7 738,2	1955
5 809,7	122.26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	8 340,1	1956
5 931,2	124.49	1 831,1	471,0	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	8 574,6	1957
6 109,3	136.34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	9 098,9	1958
6 343,9	131.93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	9 141,5	1959
6 854,1	137.94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	390,3	10 266,2	1960
7 656,0	144.70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	293,5	12 206,6	1961
8 506,1	135.71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	373,0	12 994,7	1962
9 035,4	135.07	2 700,0	389,4	27,3	39,3	31,8	3 187,8	1 035,0	357,3	13 910,2	1963

³⁾ Vor Ende Juni 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

JAHRESDURCHSCHNITTE

Jahr	Metallbestand			Devisen ²⁾	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vor- schüsse
	Gold ¹⁾	Silber	Total		Schweizer- wechsel ³⁾	Schatz- anwei- sungen ⁴⁾	Diskontierte Obligationen	Total		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	52,1	6,3	58,4	19,0	36,7	—	—	36,7	—	0,6
1908	98,3	8,1	106,4	39,0	24,0	—	—	24,0	—	2,5
1909	121,5	15,2	136,7	49,6	41,7	—	—	41,7	—	4,4
1910	143,3	16,1	159,4	44,7	70,9	—	—	70,9	—	5,9
1911	158,5	14,8	173,3	56,1	60,5	—	5,6	66,1	—	7,0
1912	168,1	13,0	181,1	34,7	78,1	—	4,5	82,6	—	12,2
1913	170,5	23,1	193,6	48,7	57,9	—	2,3	60,2	—	15,7
1914	195,1	17,2	212,3	45,9	103,5	—	7,2	110,7	—	20,1
1915	241,5	47,8	289,3	35,1	108,6	—	3,5	112,1	—	16,9
1916	271,5	54,0	325,5	72,1	126,1	—	1,2	127,3	—	17,7
1917	344,6	52,7	397,3	52,7	170,6	—	0,9	171,5	—	28,3
1918	377,1	55,3	432,4	53,7	321,7	—	2,1	323,8	—	36,4
1919	451,5	64,8	516,3	62,1	418,2	—	1,5	419,7	—	38,7
1920	534,2	93,0	627,2	84,6	303,1	—	4,0	307,1	—	32,3
1921	544,2	122,7	666,9	26,5	308,5	—	1,9	310,4	—	41,9
1922	532,4	111,1	643,5	72,8	251,3	—	1,6	252,9	—	49,1
1923	531,5	100,0	631,5	79,3	254,2	—	4,4	258,6	—	49,1
1924	518,6	94,5	613,1	122,9	153,0	—	4,3	157,3	—	66,6
1925	485,7	89,4	575,1	211,8	87,3	—	2,0	89,3	—	48,6
1926	429,1	85,9	515,0	218,0	105,0	—	2,0	107,0	—	45,6
1927	450,5	69,3	519,8	205,1	131,9	—	5,1	137,0	—	48,6
1928	450,3	56,2	506,5	219,8	144,5	—	7,9	152,4	—	62,8
1929	506,6	37,0	543,6	248,6	125,7	—	8,5	134,2	—	61,3
1930	607,2	5,6	612,8	361,6	40,0	—	8,4	48,4	—	42,2
1931	1 165,0	—	1 165,0	353,7	35,3	—	5,7	41,0	—	45,2
1932	2 546,0	—	2 546,0	81,4	13,9	4,6	4,5	23,0	3,0	45,8
1933	2 119,5	—	2 119,5	21,7	10,2	4,2	5,9	20,3	19,5	53,1
1934	1 788,1	—	1 788,1	14,1	12,3	20,2	6,1	38,6	21,5	75,0
1935	1 457,1	—	1 457,1	18,7	34,0	42,8	8,5	85,3	41,3	87,6

¹⁾ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921 : 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 an : 1 kg = Fr. 3435.555.
²⁾ 1907 und 1908 nur Auslandwechsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandwechsel und Sichtguthaben im Ausland.
³⁾ Bis 1931 einschliesslich Schatzanweisungen.
⁴⁾ Vor 1932 nicht berechnet.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

JAHRESDURCHSCHNITTE

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korre-spondenten im Inland ⁵⁾	Noten-umlauf	Deckung des Notenum-laufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Jahr
				Girorechnun-gen von Ban-ken, Handel, u. Industrie	Rechnungen der Bundes-verwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen	Total	
In Millionen Franken			%	In Millionen Franken					
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
3,2	9,6	88,9	65.74	15,3	9,4	1,0	—	25,7	1907
9,0	8,5	145,9	72.95	13,6	10,6	1,2	—	25,4	1908
8,0	6,3	191,4	71.41	17,5	18,2	1,3	—	37,0	1909
12,2	23,8	241,4	66.03	15,1	43,0	1,8	—	59,9	1910
12,5	22,4	253,6	68.35	16,3	40,8	1,6	—	58,7	1911
11,1	10,9	269,3	67.25	16,4	25,4	1,4	—	43,2	1912
9,3	11,2	272,4	71.09	15,8	28,5	0,7	—	45,0	1913
11,7	10,4	335,1	63.33	34,5	19,0	4,0	—	57,5	1914
8,9	23,6	409,9	70.57	44,0	20,4	6,3	—	70,7	1915
7,8	13,6	430,3	75.63	94,9	15,8	8,1	—	118,8	1916
7,6	13,4	535,8	74.15	80,9	19,9	10,3	—	111,1	1917
9,7	17,6	733,1	58.98	71,1	14,8	33,0	—	118,9	1918
7,7	21,4	905,8	57.00	73,9	16,7	29,0	—	119,6	1919
6,6	27,6	933,8	67.16	96,0	14,5	10,4	—	120,9	1920
5,8	20,2	925,1	72.09	95,3	12,5	4,8	—	112,6	1921
8,6	21,9	817,6	78.71	181,5	15,6	6,2	—	203,3	1922
8,9	18,4	875,0	72.17	130,0	14,0	8,6	—	152,6	1923
7,1	25,5	850,5	72.08	66,9	28,3	10,0	—	105,2	1924
7,1	21,7	797,6	72.10	98,3	11,8	6,3	—	116,4	1925
6,5	19,1	769,0	66.96	81,7	13,5	7,1	—	102,3	1926
6,5	24,6	798,8	65.06	85,4	19,2	6,3	—	110,9	1927
6,3	22,3	818,3	61.89	82,4	21,3	6,9	—	110,6	1928
3,9	24,9	855,7	63.52	89,4	15,5	7,4	—	112,3	1929
59,9	20,4	894,0	68.54	167,8	31,6	6,8	—	206,2	1930
85,8	15,1	1 141,0	102.09	483,0	25,8	19,1	—	527,9	1931
40,6	9,7	1 508,4	168.79	1 075,1	59,1	61,8	—	1 196,0	1932
61,7	12,0	1 440,1	147.17	702,7	24,8	62,6	—	790,1	1933
46,9	10,3	1 349,2	132.52	515,0	12,5	46,1	—	573,6	1934
55,7	11,2	1 283,0	113.57	349,9	14,0	29,4	5,0	398,3	1935

⁵⁾ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandkorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

JAHRESDURCHSCHNITTE

Jahr	Goldbestand ¹⁾	Devisen	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²⁾	Diskon- tierte Obliga- tionen	Total				im Inland	im Ausland
In Millionen Franken											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1936	1 690,5	23,7	9,4	79,9	4,5	93,8	50,7	63,8	42,4	8,7	—
1937	2 640,0	191,6	6,2	2,0	3,8	12,0	14,3	32,3	17,9	6,6	—
1938	2 849,0	384,3	17,1	16,3	1,5	34,9	5,7	22,7	74,4	6,0	—
1939	2 530,2	280,3	24,3	64,8	3,0	92,1	7,8	36,4	93,2	7,5	—
1940	2 144,9	517,0	67,5	143,1	3,4	214,0	6,5	66,8	86,2	8,5	—
1941	2 347,3	1 153,5	63,8	63,9	1,6	129,3	9,3	25,4	73,5	7,5	—
1942	3 390,6	175,1	76,2	25,4	1,2	102,8	6,8	19,4	66,3	7,1	—
1943	3 774,4	65,6	87,1	61,2	0,7	149,0	0,4	16,7	64,8	7,4	—
1944	4 384,3	90,1	76,2	20,0	1,0	97,2	1,4	17,0	64,3	7,6	—
1945	4 691,1	117,3	68,1	112,8	1,1	182,0	0,3	19,6	63,8	9,3	—
1946	4 818,0	171,7	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—
1947	5 129,9	113,6	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—
1948	5 662,7	135,7	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—
1949	6 046,1	305,2	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—
1950	6 179,4	297,9	86,8	0,7	1,2	88,7	0,0	23,3	41,2	11,3	—
1951	6 000,9	225,5	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—
1952	5 847,5	337,1	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—
1953	5 998,7	511,4	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—
1954	6 176,7	517,5	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—
1955	6 304,5	597,9	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—
1956	6 794,6	585,8	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—
1957	7 096,4	538,3	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—
1958	7 957,8	539,2	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—
1959	8 285,9	444,1	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	48,2	0,0	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1
1962	10 613,6	827,3	53,6	1,1	5,3	60,0	—	16,1	42,8	16,1	10,4
1963	10 753,3	844,1	59,6	2,7	4,5	66,8	—	17,5	91,9	16,3	11,5

¹⁾ Bewertung bis 6. Oktober 1936: 1 kg Feingold = Fr. 3435,555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639,13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869,80.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

JAHRESDURCHSCHNITTE

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungen- u. Clearingabkommen	Guthaben ausländischer Banken ⁸⁾	Total			
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken								
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1 293,9	130.64	541,3	29,0	27,7	27,2	—	625,2	—	—	1936
1 378,4	191.51	1 305,3	86,1	28,4	69,5	—	1 489,3	—	—	1937
1 555,4	183.17	1 703,7	18,1	44,1	45,0	—	1 810,9	—	—	1938
1 802,3	140.38	1 093,2	12,0	33,1	44,4	—	1 182,7	—	—	1939
2 081,9	103.02	744,3	4,4	38,6	80,5	—	867,8	—	—	1940
2 107,8	111.36	1 309,1	60,8	50,5	102,0	—	1 522,4	—	—	1941
2 251,4	150.60	1 197,1	86,7	52,5	99,4	—	1 435,7	—	—	1942
2 646,5	142.62	1 195,9	54,3	45,4	127,1	—	1 422,7	—	—	1943
3 025,1	144.93	1 097,2	146,1	60,2	129,8	—	1 433,3	—	—	1944
3 517,6	133.36	1 017,8	42,7	83,0	137,1	—	1 280,6	—	—	1945
3 633,2	132.61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946
3 940,6	130.18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947
4 167,9	135.86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948
4 259,9	141.93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949
4 239,6	145.75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 ⁴⁾	1950
4 419,5	135.78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951
4 596,2	127.22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952
4 783,6	125.40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953
4 904,0	125.95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954
5 056,8	124.67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955
5 189,7	130.92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956
5 467,2	129.80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957
5 501,2	144.66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958
5 705,3	145.23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959
6 042,4	134.90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ⁵⁾	1960
6 672,9	150.60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ⁶⁾	3 198,4	1 035,0 ⁷⁾	397,8	1961
7 358,9	144.23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962
8 002,8	134.37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963

³⁾ Vor Ende Juni 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.
⁴⁾ Durchschnitt Januar bis Juli.
⁵⁾ Durchschnitt Oktober bis Dezember.
⁶⁾ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.
⁷⁾ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

UMSÄTZE

Jahr	Kassen- umsatz	Devisen- verkehr 1)	Diskontierungen					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille							
			Schweizerwechsel		Schatz- anwei- sungen 2)	Obli- gationen	Total			
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	1 819,5	124,4	317,7	28	—	—	317,7	—	13,4	6,4
1908	2 567,9	310,2	465,2	18	—	—	465,2	—	85,5	37,5
1909	2 890,5	337,4	569,4	29	—	—	569,4	—	113,6	44,0
1910	3 265,4	381,7	965,8	26	—	—	965,8	—	126,7	40,4
1911	3 548,0	364,8	903,0	26	—	12,4	915,4	—	127,9	46,5
1912	3 920,1	424,8	1 082,0	26	—	28,3	1 110,3	—	174,4	16,0
1913	3 798,2	472,3	956,9	21	—	27,3	984,2	—	215,1	12,4
1914	4 434,9	350,5	907,5	38	124,0	48,2	1 079,7	—	152,7	15,6
1915	3 649,1	430,6	484,1	33	444,0	22,5	950,6	—	94,1	5,6
1916	4 250,7	662,6	237,2	29	954,0	10,5	1 201,7	—	90,5	8,3
1917	4 479,0	513,8	336,9	28	1 392,0	12,5	1 741,4	—	175,4	6,8
1918	6 219,3	484,5	1 158,8	37	1 962,0	21,6	3 142,4	—	300,4	4,4
1919	5 690,1	740,2	1 384,0	32	2 365,0	11,4	3 760,4	—	275,8	2,9
1920	6 181,3	558,7	1 373,1	38	1 949,0	33,9	3 356,0	—	315,3	6,7
1921	5 964,1	428,8	516,1	35	1 884,0	15,2	2 415,3	—	262,7	6,5
1922	5 997,1	579,4	160,3	47	1 083,0	10,9	1 254,2	—	226,1	7,4
1923	5 818,9	584,2	476,2	35	1 419,0	27,7	1 922,9	—	341,9	4,5
1924	5 684,6	716,8	741,4	38	181,0	30,4	952,8	—	576,8	4,0
1925	6 314,6	1 098,6	292,1	35	174,4	11,8	478,3	—	317,4	27,3
1926	6 520,5	1 125,9	451,7	26	153,0	15,2	619,9	—	350,6	7,3
1927	7 056,5	1 199,3	828,7	28	93,0	30,5	952,2	—	470,4	12,8
1928	6 801,1	11 228,6	1 093,0	28	14,0	49,9	1 156,9	—	681,7	72,5
1929	6 689,1	10 499,3	957,9	29	24,0	56,4	1 038,3	—	712,7	37,5
1930	6 948,2	9 369,0	294,2	35	62,0	43,8	400,0	—	449,6	309,0
1931	9 386,6	15 370,5	229,7	41	193,0	33,4	456,1	—	406,7	449,9
1932	6 566,4	3 747,8	79,4	57	62,9	29,1	171,4	7,5	282,8	58,8
1933	6 171,0	5 310,7	73,7	52	139,7	43,7	257,1	143,8	394,2	88,0
1934	5 248,5	3 025,3	79,9	53	573,5	33,1	686,5	88,5	437,9	52,5
1935	5 706,7	4 566,6	245,7	52	431,6	57,5	734,8	272,8	664,9	119,9

1) 1907 bis 1927 ist nur der Betrag der diskontierten und angekauften Auslandswchsel angegeben; der Verkehr der Auslandskorrespondenten ist bis 1927 im Umsatz der Korrespondentenrechnungen im Inland (Kol. 12) inbegriffen.

2) Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

UMSÄTZE

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland ³⁾	Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungs- u. Clearingabkommen	Auf die Bank ausgestellte Checks und Generalmandate ⁴⁾	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
In Millionen Franken										
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1 143,2	64,5	5 019,5	—	367,0	5,5	—	—	15 876,2	2 133,7	1907
1 839,4	131,0	10 610,1	37,9	1 066,5	12,0	—	22,9	31 056,2	2 997,4	1908
1 819,1	286,5	13 683,3	178,1	1 411,8	23,5	—	48,6	37 578,2	3 483,7	1909
2 205,8	360,9	16 616,6	297,6	1 663,9	42,8	—	48,6	44 845,6	4 036,0	1910
2 553,6	399,4	17 480,0	364,8	1 997,1	45,4	—	34,5	47 493,6	4 305,0	1911
2 852,8	454,8	19 641,0	454,8	2 115,1	57,7	—	34,7	55 760,6	4 614,6	1912
2 982,7	483,3	18 799,0	487,1	2 238,5	51,9	—	31,9	54 962,4	5 471,6	1913
2 353,7	323,5	17 438,1	502,6	2 353,8	194,9	—	23,9	56 172,0	4 146,8	1914
2 785,7	276,5	18 920,7	575,2	3 933,7	197,7	—	31,1	59 920,6	3 923,7	1915
3 980,9	254,0	26 918,2	707,1	5 655,7	329,0	—	42,6	86 220,6	4 914,9	1916
3 784,5	266,3	28 891,5	962,2	7 217,3	405,5	—	68,8	103 332,4	5 793,2	1917
4 088,9	381,2	38 016,6	1 328,7	10 155,4	1 122,8	—	59,5	142 371,6	7 578,0	1918
5 481,0	420,6	43 616,2	1 361,5	12 381,5	856,6	—	41,6	159 069,8	9 664,3	1919
6 312,9	477,2	51 599,2	1 554,5	12 693,5	382,9	—	34,9	169 423,4	14 831,3	1920
4 870,3	371,8	48 803,6	1 433,5	12 563,1	192,5	—	22,0	161 033,0	12 701,4	1921
4 712,9	293,9	46 262,0	1 368,9	10 601,1	311,6	—	26,0	121 686,4	10 281,2	1922
6 233,5	358,4	51 646,4	1 467,7	13 058,3	377,7	—	30,3	136 914,8	11 372,0	1923
7 274,2	459,2	57 981,2	1 652,5	10 874,4	494,3	—	22,2	130 707,2	13 128,4	1924
7 778,8	433,0	58 206,0	1 726,9	10 956,9	407,3	—	63,5	131 395,0	13 185,0	1925
6 405,5	430,4	63 755,5	1 707,0	10 280,9	436,2	—	55,5	133 765,6	13 617,9	1926
7 702,0	488,9	76 062,7	1 800,8	11 017,4	465,5	—	60,9	150 757,6	15 652,8	1927
2 933,8	593,3	79 462,8	1 951,0	11 276,1	1 204,3	—	66,4	159 714,6	14 747,6	1928
2 956,3	589,0	77 063,9	2 121,7	11 626,5	1 985,5	—	61,3	158 593,7	13 761,5	1929
2 888,1	549,0	78 448,4	2 204,5	13 656,5	1 755,1	—	142,2	158 659,2	12 586,0	1930
2 706,1	628,6	74 074,5	2 139,2	12 082,0	1 047,1	—	179,7	170 066,7	10 243,8	1931
2 456,3	584,1	41 755,3	2 028,2	10 291,6	526,8	—	169,3	108 175,0	5 193,3	1932
2 321,2	511,2	44 954,6	2 048,4	9 904,4	566,7	—	160,0	113 801,0	4 824,6	1933
2 292,0	467,0	39 524,8	2 151,1	11 038,7	790,2	—	136,0	104 803,8	4 013,8	1934
2 222,7	320,5	39 566,4	2 113,7	9 803,0	542,0	2 157,9	110,5	109 537,7	3 267,8	1935

³⁾ 1907 bis 1927 einschliesslich Verkehr der Auslandskorrespondenten, ab 1928 nur Verkehr der Korrespondenten im Inland.

⁴⁾ Bis 1924 nur Generalmandate.

UMSÄTZE

Jahr	Kassen- umsatz ¹⁾	Devisen- verkehr	Diskontierungen						Wechsel der eid. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften	
			Inlandportefeuille									
			Schweizerwechsel		Schatz- anwei- sungen ²⁾	Obli- gationen	Total					
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit								
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
1936	6 899,0	2 313,5	53,3	54	650,0	22,0	725,3	234,0	343,7	215,4		
1937	6 030,0	7 893,4	39,0	55	10,6	21,0	70,6	63,0	165,9	31,5		
1938	8 435,8	4 736,6	122,6	74	295,2	9,3	427,1	28,6	107,5	102,4		
1939	9 870,8	5 348,1	106,3	75	449,8	19,7	575,8	41,4	277,2	118,5		
1940	9 291,5	6 105,8	324,2	79	1 281,4	20,4	1 626,0	46,4	404,0	22,0		
1941	7 836,4	7 844,4	290,1	86	728,9	10,5	1 029,5	58,5	158,1	24,0		
1942	9 194,0	5 280,4	462,3	86	474,6	6,9	943,8	49,9	152,6	15,3		
1943	9 683,4	1 936,9	459,2	85	663,2	3,9	1 126,3	16,4	134,0	4,4		
1944	10 522,5	3 119,5	566,8	77	404,1	8,3	979,2	19,8	141,5	4,9		
1945	12 005,6	6 734,2	408,3	74	977,8	10,7	1 396,8	65,7	276,1	7,0		
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4		
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5		
1948	17 787,7	4 936,2	808,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0		
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1		
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9		
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4		
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7		
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9		
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3		
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6		
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7		
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 ³⁾	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6		
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 ⁴⁾	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4		
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 ⁴⁾	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3		
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 ⁴⁾	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7		
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 ⁴⁾	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3		
1962	38 492,0	51 924,5	476,8	61 ⁴⁾	49,5	36,2	562,5	—	412,6	45,2		
1963	43 696,3	52 243,4	307,3	47 ⁴⁾	68,6	39,1	415,0	—	534,6	585,0		

¹⁾ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.
³⁾ Durchschnittliche Laufzeit der im 2. Halbjahr 1957 diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.
⁴⁾ Durchschnittliche Laufzeit der diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

UMSÄTZE

Verkehr mit den Korrespondenten		Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungen- u. Clearingabkommen	Auf die Bank aus- gestellte Checks und Generalmandate	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
im Inland	im Ausland										
In Millionen Franken											
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
2 150,5	—	296,6	41 231,0	1 990,9	11 230,1	609,4	2 627,7	104,0	118 067,9	3 066,7	1936
2 311,6	—	287,5	44 139,2	2 357,1	9 161,2	574,6	3 680,8	134,8	128 825,4	3 712,9	1937
2 298,6	—	272,5	41 076,5	2 492,3	9 636,8	496,5	3 589,6	138,4	113 198,6	3 563,9	1938
2 446,0	—	307,5	41 412,6	2 677,2	11 175,3	589,3	3 905,3	181,9	125 049,3	3 331,8	1939
2 496,4	—	283,9	34 238,1	3 764,3	16 059,7	674,5	5 179,8	161,4	141 568,3	2 130,3	1940
2 748,6	—	322,3	32 947,5	3 986,0	17 767,6	653,2	9 933,9	205,5	138 483,8	1 791,6	1941
3 006,0	—	406,7	35 633,6	4 039,9	18 487,5	562,3	9 913,8	164,8	143 977,4	2 010,8	1942
3 233,4	—	386,4	34 775,8	4 075,5	23 190,7	425,1	9 855,9	167,6	150 645,4	1 877,5	1943
3 369,4	—	341,5	33 575,0	4 196,7	23 427,9	776,4	6 788,2	152,5	150 264,2	1 661,1	1944
3 884,4	—	372,3	37 791,6	4 334,4	26 930,4	1 182,0	3 590,8	188,1	169 458,1	1 827,8	1945
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,4	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961
14 348,7	22 492,4	656,8	508 180,6	15 271,4	58 630,9	1 442,2	2 793,7	476,5	957 725,1	10 110,3	1962
15 746,1	3 920,0	819,2	600 883,0	16 889,5	62 531,7	2 632,4	2 038,6	455,7	1 065 988,4	9 652,0	1963

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertschriften ²⁾	Zinsen von Inlandkorrespondenten ³⁾	Kommissionen ⁴⁾	Diverse Nutzposten	Zinsen an Deponenten ⁵⁾	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ¹⁾	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1907/08	1 563	1 979	1 977	—	—	—	117	496	738	69	20	473	4 509
1909	1 098	1 304	1 303	—	—	—	158	360	337	116	29	444	2 958
1910	1 270	2 502	2 490	—	—	—	247	481	1 084	69	5	1 415	4 243
1911	1 628	2 315	2 267	—	35	—	302	527	866	87	19	1 313	4 431
1912	1 117	3 430	3 233	—	183	—	568	479	396	125	22	705	5 432
1913	1 849	2 994	2 868	—	110	—	830	407	454	149	18	841	5 860
1914	1 208	5 292	4 472	427	371	—	1 046	527	487	192	19	426	8 345
1915	÷ 421	5 458	2 264	3 014	168	—	840	418	1 096	259	9	323	7 336
1916	2 470	5 874	939	4 872	51	—	920	382	1 520	321	12	288	11 211
1917	900	8 155	1 076	7 027	42	—	1 471	366	1 474	458	8	475	12 357
1918	1 120	10 660	4 813	5 734	103	—	2 106	520	1 553	695	140	25	16 769
1919	999	15 887	6 628	9 162	87	—	2 402	552	1 734	656	192	163	22 259
1920	3 996	11 696	7 149	4 343	191	—	1 956	446	4 164	619	189	187	22 879
1921	1 715	11 612	2 915	8 593	91	—	2 162	1 387	833	677	117	333	18 170
1922	4 640	4 492	848	3 575	55	—	2 070	747	1 288	752	130	497	13 622
1923	2 839	5 918	1 344	4 408	156	—	2 201	770	1 126	627	87	473	13 095
1924	909	3 606	3 246	175	175	—	3 323	609	1 617	525	137	867	9 859
1925	4 273	1 841	1 199	551	85	—	2 403	704	1 527	653	188	252	11 337
1926	4 927	2 419	1 177	1 169	68	—	2 064	543	1 098	539	249	267	11 572
1927	4 775	3 352	2 145	1 029	174	—	2 184	485	1 784	621	315	390	13 126
1928	5 222	4 240	2 970	995	271	—	2 821	475	496	578	393	468	13 757
1929	6 402	4 149	2 862	994	287	—	2 738	339	550	539	289	373	14 633
1930	7 646	1 658	972	422	258	—	1 675	1 359	468	727	287	778	13 042
1931	6 941	997	611	250	116	—	1 384	831	316	789	310	328	11 240
1932	4 660	517	300	91	89	16	1 375	2 240	197	662	340	310	9 681
1933	3 626	713	214	100	108	268	1 400	2 391	144	930	251	204	9 251
1934	3 529	1 338	256	606	117	338	1 926	1 203	119	698	234	217	8 830
1935	1 630	2 930	799	1 028	186	898	2 806	1 374	169	677	100	186	9 500

¹⁾ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.
²⁾ Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.
³⁾ Einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.
⁴⁾ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.
⁵⁾ Einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Verwaltungs-kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rückstellungen hiefür	Banknoten-anfertigungs-kosten inkl. Rückstellungen hiefür	Rückstellungen und Verluste auf Gold ⁶⁾	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser-ordentliche Zuweisung an die Wohlfahrtseinrichtungen der Bank	Rein-gewinn	Zuwei-sung an den Re-serve-fonds	Divi-dende	Ab-lieferung an die Eidg. Staats-kasse	Jahr
				auf Bankgebäuden und Mobiliar, ab-züglich Mebrerlös aus verkauften Liegenschaften	auf Wert-schriften und laufenden Ge-schäften, ab-züglich Wieder-eingänge						
In 1000 Franken											
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
2 068	—	226	162	29	7	—	2 017	202	1 800	15	1907/08
1 399	—	151	8	22	43	20	1 315	131	1 000	184	1909
1 307	—	151	69	95	77	20	2 524	252	1 000	1 272	1910
1 355	—	225	68	91	87	30	2 575	258	1 000	1 317	1911
1 381	—	224	315	188	246	40	3 038	304	1 000	1 734	1912
1 426	—	271	165	163	248	100	3 487	349	1 000	2 138	1913
1 572	—	503	25	292	621	60	5 272	500	1 000	3 772	1914
1 498	—	566	2	140	598	80	4 452	445	1 000	3 007	1915
1 571	—	628	—	1 001	231	350	7 430	500	1 000	5 930	1916
1 844	—	501	—	1 195	419	440	7 958	500	1 000	6 458	1917
2 550	—	1 352	—	4 294	2 576	510	5 487	500	1 000	3 987	1918
3 577	—	454	1 878	5 046	2 861	1 000	7 443	500	1 000	5 943	1919
3 749	—	2 253	367	3 426	1 164	500	11 420	500	1 000	9 920	1920
3 715	2 500	1 000	146	1 233	÷ 48	500	9 124	500	1 500	7 124	1921
3 885	—	500	—	1 069	40	500	7 628	500	1 500	5 628	1922
3 825 ⁶⁾	1 500	176	—	67	490	—	7 037	500	1 500	5 037	1923
3 630	—	521	—	÷ 642	÷ 7	—	6 357	500	1 500	4 357	1924
3 708	—	415	—	33	÷ 5	500	6 686	500	1 500	4 686	1925
3 525	300	665	244	112	÷ 22	—	6 748	500	1 500	4 748	1926
3 597	800	779	77	830	290	—	6 753	500	1 500	4 753	1927
4 204 ⁷⁾	262	278	178	1 682	255	—	6 898	559	1 500	4 839	1928
4 153	—	437	624	1 618	÷ 10	500	7 311	500	1 500	5 311	1929
3 873	—	705	35	1 323	÷ 3	—	7 109	500	1 500	5 109	1930
3 913	—	688	—	66	869	—	5 704	500	1 500	3 704	1931
3 909	—	170	—	33	261	—	5 308	500	1 500	3 308	1932
3 532	—	204	234	28	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1933
3 390	170	123	—	27	÷ 133 ⁸⁾	—	5 253	500	1 500	3 253	1934
3 455	200	173	—	13	406	—	5 253	500	1 500	3 253	1935

⁶⁾ Einschliesslich Fr. 300 000 für einen Transportversicherungsfonds (Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle).

⁷⁾ Einschliesslich Fr. 635 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle.

⁸⁾ Einschliesslich Barschaftsimporkosten von 1907/08 bis 1915.

⁹⁾ Nicht beanspruchte Reservestellung für Verluste im laufenden Geschäft.

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen ¹⁾	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäfts	Ertrag der eigenen Wertpapiere ³⁾	Zinsen von Inlandkorrespondenten ⁴⁾	Kommissionen ⁵⁾	Diverse Nutzposten	Zinsen an Deponenten ⁶⁾	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ²⁾	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1936	1 562	3 304	237	1 830	111	1 106	2 165	1 270	145	736	170	219	9 133
1937	5 904	365	108	22	56	165	818	1 272	55	737	193	171	9 173
1938	10 429	523	259	159	23	67	571	2 445	46	673	95	181	14 601
1939	4 857	1 153	323	692	41	82	895	2 511	59	475	198	147	10 001
1940	3 454	2 676	872	1 580	54	81	1 668	3 087	75	546	146	132	11 520
1941	6 503	1 513	783	520	23	114	642	2 555	56	634	122	134	11 891
1942	9 294	1 210	853	138	19	108	484	2 183	48	669	146	133	13 901
1943	7 098	1 365	963	335	10	18	419	2 269	49	568	82	137	11 713
1944	8 424	1 241	959	198	14	17	426	2 198	50	674	136	131	13 018
1945	8 550	2 232	725	1 455	14	7	480	2 072	52	624	223	130	14 103
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	142	21 072
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	175	16 380
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	150	15 002
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	164	13 118
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	171	15 279
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	176	14 327
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	191	15 204
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	206	16 606
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	223	16 348
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	231	23 000
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	234	25 945
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	246	24 150
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	251	21 216
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	251	20 513
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	262	25 133
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	284	30 530
1962	25 863	1 483	1 374	5	101	—	465	2 497	135	648	1 141	292	31 940
1963	25 889	1 541	1 396	58	83	—	505	8 416	147	601	1 088	302	37 885

¹⁾ Einschliesslich Ertrag im Verkehr mit Auslandskorrespondenten.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.
³⁾ Einschliesslich der ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken, ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.
⁴⁾ Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.
⁵⁾ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.
⁶⁾ Bis 1936 einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

SEIT EROFFNUNG DER BANK

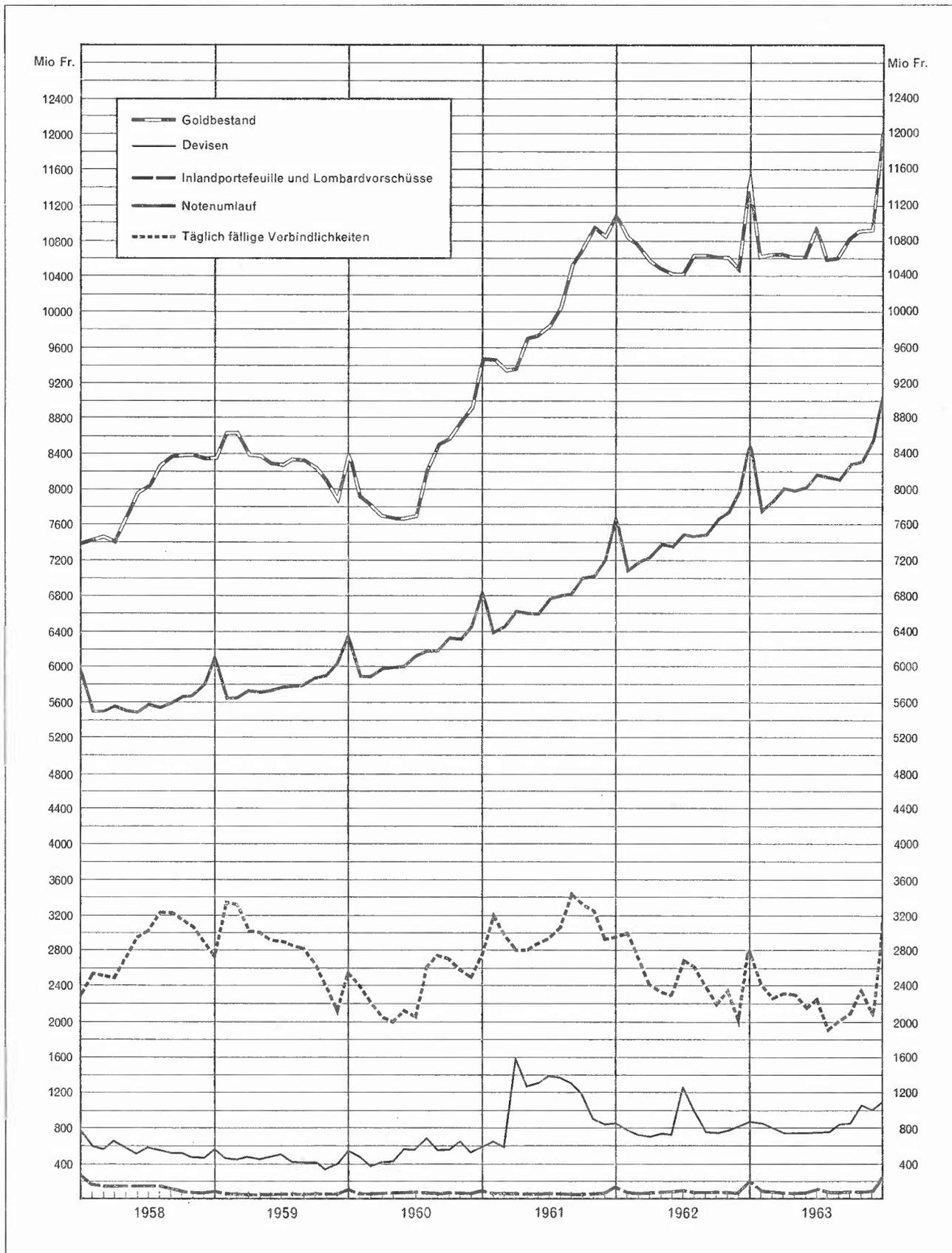
GESCHÄFTSERGEBNISSE

Verwaltungs-kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rückstellungen hiefür	Banknoten-anfertigungs-kosten inkl. Rückstellungen hiefür	Rückstellungen und Verluste auf Gold, Sterilisierungs-kosten	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser-ordentliche Zuweisung an die Wohlfahrtseinrichtungen der Bank	Rein-gewinn	Zuwei-sung an den Re-serve-fonds	Divi-dende	Ab-lieferung an die Eidg. Staats-kasse	Jahr
				auf Bankgebäuden und Mobiliar, ab-züglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften	auf Wert-schriften und laufenden Ge-schäften, ab-zü-glich Wieder-eingänge						
In 1000 Franken											
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
3 459	112	258	—	46	5	—	5 253	500	1 500	3 253	1936
3 443	—	450	—	27	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1937
3 689	117	1 802	—	37	3 703	—	5 253	500	1 500	3 253	1938
3 764	—	946	—	38	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1939
4 308	735	1 058	—	166	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1940
3 774	1 147	1 134	—	583	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1941
4 238	188	2 500	—	562	—	1 000	5 413	500	1 500	3 413	1942
4 370	323	1 535	—	72	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1943
5 273	300	1 500	—	532	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1944
4 836	239	2 300	—	715	—	600	5 413	500	1 500	3 413	1945
5 293	—	5 000	4 140 ¹¹⁾	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 563	480	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 056	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 210	—	—	451 ¹²⁾	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 331	—	500	1 501 ¹²⁾	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 409	—	—	799 ¹²⁾	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 492	250	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
7 976 ⁷⁾	250	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
7 786	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 501 ⁷⁾	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 138 ⁸⁾	300	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 088 ⁹⁾	300	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
9 871 ¹⁰⁾	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
8 959	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
8 883	400	3 000	4 087 ¹²⁾	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 432	—	6 000	5 362 ¹³⁾	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 366	400	6 000	4 358 ¹²⁾	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
11 603	200	10 000	5 812 ¹²⁾	2 427	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1963

⁷⁾ Einschliesslich Fr. 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle.
⁸⁾ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle und Fr. 1 700 000 Rückstellung für das 50jährige Jubiläum der Bank.
⁹⁾ Einschliesslich Fr. 1 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle.
¹⁰⁾ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle.

¹¹⁾ Rückstellung für Zinsen von im Markt plazierten Bundesschatzanweisungen.
¹²⁾ Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen.
¹³⁾ Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen Fr. 4 362 000 und Rückstellung für Zinsen von im Markt plazierten Bundesschatzanweisungen Fr. 1 000 000.

BESTÄNDE AM MONATSENDE



DISKONTOSATZ UND

Beilage Nr. 7

LOMBARDZINSFUSS SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß		Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß	
	%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage		%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1907 20. Juni	4½	56	5	56	1914 22. Januar	4	28	4½	189
15. August	5	84	5½	84	19. Februar	3½	161	—	—
7. November	5½	70	6	70	30. Juli	4½	1	5½	1
					31. Juli	5½	3	6	3
					3. August	6	38	7	38
1908 16. Januar	5	7	5½	7	10. September	5	113	6	14
23. Januar	4½	28	5	28	24. September	—	—	5½	99
20. Februar	4	28	4½	28	1915 1. Januar	4½	1 371	5	1 280
19. März	3½	322	4	441	1918 4. Juli	—	—	5½	91
					3. Oktober	5½	322	6	917
1909 4. Februar	3	252	—	—	1919 21. August	5	595	—	—
3. Juni	—	—	3½	133	1921 7. April	4½	126	5½	126
14. Oktober	3½	28	4	28	11. August	4	203	5	203
11. November	4	56	4½	56	1922 2. März	3½	168	4½	168
1910 6. Januar	3½	49	4	210	17. August	3	331	4	331
24. Februar	3	161	—	—	1923 14. Juli	4	831	5	831
4. August	3½	49	4½	84	1925 22. Oktober	3½	1 624	4½	1 624
22. September	4	35	—	—	1930 3. April	3	98	4	98
27. Oktober	4½	70	5	70	10. Juli	2½	196	3½	196
1911 5. Januar	4	42	4½	42	1931 22. Januar	2	1 562	3	748
16. Februar	3½	224	4	224	1933 8. Februar	—	—	2½	814
28. September	4	350	4½	350	1935 3. Mai	2½	495	3½	495
					1936 9. September	2	78	3	78
1912 12. September	4½	77	5	77	26. November	1½	7 475	2½	7 475
28. November	5	259	5½	259	1957 15. Mai ¹⁾	2½	652	3½	652
1913 14. August	4½	161	5	161	1959 26. Februar ²⁾	2	1 770 ³⁾	3	1 770 ³⁾

¹⁾ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾‰ (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2‰ (vom 25. Juli 1957 bis 25. Februar 1959); übrige Pflichtlager 2‰ (vom 1. April bis 24. Juli 1957).

²⁾ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾‰ (seit 1. Juni 1959); übrige Pflichtlager 2½‰ (vom 26. Februar bis 31. Mai 1959).

³⁾ Bis 31. Dezember 1963.

ABRECHNUNGSVERKEHR

Jahr	Abrechnungstellen für Wechsel- und Checkverkehr									Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte	
	Basel	Bern	La Chaux-de-Fonds	Genf	Lausanne	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total	Basel	Zürich
Mitglieder am 31. Dezember											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1959	15	11	4	13	11	4	8	7	73	21	25
1960	14	12	4	13	11	4	8	7	73	21	25
1961	14	12	4	13	12	4	8	7	74	20	25
1962	14	12	4	13	12	5	8	7	75	20	26
1963	14	12	4	13	12	6	8	7	76	20	26
Zahl der eingereichten Stücke											
1959	57 368	37 109	2 214	166 561	76 460	4 104	10 744	170 565	525 125	—	—
1960	60 287	37 590	1 937	190 795	88 813	4 100	11 006	171 280	565 808	—	—
1961	63 275	44 644	1 999	223 096	104 422	4 136	10 600	181 056	633 228	—	—
1962	66 588	46 507	2 185	253 406	117 754	4 883	10 990	189 445	691 758	—	—
1963	65 970	44 107	2 087	277 102	118 673	5 398	11 349	193 688	718 374	—	—
Betrag der Einreichungen (in 1000 Franken)											
1959	1 574 241	215 236	19 943	1 810 404	490 731	19 280	72 174	989 129	5 191 138	602 815	2 489 842
1960	2 133 759	237 136	23 472	2 301 416	601 264	18 714	72 856	1 164 978	6 553 595	802 280	2 766 713
1961	2 514 322	296 435	24 257	2 980 611	751 525	26 079	96 365	1 361 862	8 051 456	994 863	3 872 647
1962	3 277 282	337 340	28 739	4 051 252	804 640	36 191	93 778	1 481 038	10 110 260	913 511	3 688 554
1963	2 824 012	355 255	30 634	3 915 794	750 230	44 977	93 053	1 638 001	9 651 956	642 451	3 010 573
Vom Betrag der Einreichungen wurden kompensiert (in Prozenten)											
1959	50.12	51.05	22.83	55.22	61.10	31.30	39.74	67.13	55.90	63.77	77.37
1960	52.70	50.05	19.22	56.88	61.95	32.55	45.88	70.45	57.82	63.53	77.58
1961	50.46	49.95	23.84	58.05	64.85	25.21	40.98	68.85	57.43	66.55	78.68
1962	55.54	51.34	23.38	55.43	69.51	32.18	45.24	65.00	57.58	64.06	79.31
1963	54.52	48.99	20.20	56.43	69.20	34.80	46.43	63.35	57.45	64.39	77.93

VERZEICHNIS DER MITGLIEDER DER BANKBEHÖRDEN UND DER BANKORGANE

AUF 1. JANUAR 1964

I. PRÄSIDIUM DER GENERALVERSAMMLUNG

(Amtsperiode 1963–1967)

Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident – Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident

II. BANKRAT

(Amtsperiode 1963–1967)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet

- | | |
|--|---|
| Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident | * Dr. M. Hafter, Präsident der Thurgauischen Kantonalbank Frauenfeld |
| Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident | Dr. E. Hatt, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft Heinr. Hatt-Haller, Hoch- & Tiefbau-Unternehmung, Zürich |
| * J. Ackermann, Direktor der Freiburgerischen Elektrizitätswerke, Freiburg | Dr. Dr. h. c. O. Howald, Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Brugg |
| * G. André, Präsident des Verwaltungsrates der Firma André et Cie, Aktien-Gesellschaft, Lausanne | M. Jaeger, Präsident des Bündner Handels- und Industrievereins, Bündner Handelskammer, Chur |
| F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S. A., Torre | A. Juillard, Direktor der Cortébert Watch Co., Juillard & Cie, Cortébert |
| E. Barbey, in Firma Lombard, Odier & Cie., Genf | Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen |
| J.-L. Borel, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Uhrenfabrik Ernest Borel et Cie S. A., Neuenburg | E. Kronauer, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Sécheron Werke Aktiengesellschaft, Genf |
| * O. de Chastonay, Direktor der Walliser Kantonalbank, Sitten | Dr. h. c. H. Küng, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Genossenschaftlichen Zentralbank, Basel |
| Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Präsident des Verbandes schweizerischer Versicherungsgesellschaften, Pully | Nationalrat H. Leuenberger, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Zürich |
| A. Ernst, Fürsprecher, Direktor der Aktiengesellschaft der von Moos'schen Eisenwerke in Luzern, Luzern | * Ständerat Dr. A. Lusser, Zug |
| Dr. G. Eugster, Präsident des Verbandes Schweiz. Darlehenskassen, Bliedegg | * Ständerat Dr. R. Mäder, Rechtsanwalt, St. Gallen |
| * Dr. J. Golay, Professor an der Universität Lausanne, Lausanne | |

- Ständerat R. Meier, Regierungsrat, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau
- * Dr. H. Meyer-Scholer, Mitglied des Verwaltungsrates und Direktor der Tonwerk Lausen A. G., Liestal
- * Nationalrat U. Meyer-Boller, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Zollikon
- * Ständerat Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Solothurn
- * a. Staatsrat A. Oulevay, Morges
- Regierungsrat A. Richner, Direktor des Innern und des Gesundheitswesens des Kantons Aargau, Oftringen
- * Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten
- F. W. Schulthess, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich
- Dr. S. Schweizer, Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins, Arlesheim
- * W. F. Siegenthaler, Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Muri b. Bern
- G. Sulzer, dipl. Ing., Präsident der Gebrüder Sulzer Aktiengesellschaft, Winterthur
- Nationalrat Dr. H. Tschumi, Regierungsrat, Justizdirektor des Kantons Bern, Interlaken
- * Dr. R. Vischer, in Firma Simonius, Vischer & Co., Basel
- H. Winzenried, Industrieller, Vizepräsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Deisswil
- Nationalrat E. Wüthrich, Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, Bern
- Nationalrat Dr. E. Wyss, Regierungsrat, Vorsteher des Departements des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel
- (1 Mandat vakant)

III. BANKAUSSCHUSS

(Amtsperiode 1963–1967)

- Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident von Amtes wegen
- Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident von Amtes wegen
- E. Barbey, in Firma Lombard, Odier & Cie, Genf
- Dr. Dr. h. c. O. Howald, Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Brugg
- Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen
- Ständerat Dr. A. Lusser, Zug
- Ständerat Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Solothurn
- a. Staatsrat A. Oulevay, Morges
- Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten
- Nationalrat E. Wüthrich, Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, Bern

IV. REVISIONSKOMMISSION

(Amtsperiode 1963/1964)

MITGLIEDER

- Dr. E. Gsell, Professor an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bühler, Präsident
- N. Senn, Direktor der Appenzell-Innerrhodischen Kantonalbank, Appenzell
- Dr. A. von der Weid, Direktor der Freiburger Staatsbank, Freiburg

ERSATZMÄNNER

- H. Villiger, Verwalter der Ersparniskasse Nidwalden, Stans
- G. Spälty-Leemann, Fabrikant, Netstal
- A. Cornaz, Direktor der Caisse d'Épargne et de Crédit, Lausanne

V. LOKALKOMITEES

(Amtsperiode 1963–1967)

AARAU

- Dr. O. Pfiffner, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Elfa A.G. Elektrochemische Fabrik, Aarau, Vorsitzender
- K. Oehler, Delegierter des Verwaltungsrates der Eisen- und Stahlwerke Oehler & Co. Aktiengesellschaft, Aarau, Stellvertreter des Vorsitzenden
- A. Job, Direktionspräsident der UNION Schweizerische Einkaufs-Gesellschaft Olten USEGO, Olten

BASEL

- Dr. h. c. G. Bohny, Präsident des Verwaltungsrates der Nielsen Bohny & Co. Aktiengesellschaft, Basel, Vorsitzender
- W. Rohner, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Rohner A. G., Basel, Stellvertreter des Vorsitzenden
- H. Hatt, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Danzas A. G., Basel

BERN

- A. Buser, Ing. agr., Mitglied des Verwaltungsausschusses des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone, Wabern, Vorsitzender
- Dr. W. Weyermann, Fürsprecher, Mitglied der Berner Handelskammer, Belp, Stellvertreter des Vorsitzenden
- H. Hauser, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Firma Henri Hauser A. G., Biel

GENÈVE

- J. Gay, Direktor der Firma Gay Frères, S. A., Thônex, Vorsitzender
- J. Duckert, Generalagent der Genfer Lebensversicherungsgesellschaft und der Genfer Allgemeinen Versicherungsgesellschaft, Genf, Stellvertreter des Vorsitzenden
- Dr. E. Bordier, in Firma Bordier & Co., Genf

LAUSANNE

- Ch. Dentan, Bauunternehmer, Lausanne, Vorsitzender
- A. Langer, Präsident des Verwaltungsrates der Fabrique des Lactas Langer Gland S. A., Gland, Stellvertreter des Vorsitzenden
- R. Morandi, Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Morandi frères, société anonyme, Payerne

LUGANO

- F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S. A., Torre, Vorsitzender
- E. Ferrari, Delegierter des Verwaltungsrates der Società Anonima Demetrio Ferrari, Chiasso, Stellvertreter des Vorsitzenden
- T. Frigerio, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates der Société Anonyme de Participations à des Entreprises financières « Finapar », Lugano

LUZERN

- J. Moser, Ing. agr., Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften der Zentralschweiz, Luzern, Vorsitzender
- Dr. J. Hug, Präsident des Verwaltungsrates der Zwieback- und Biscuitsfabrik HUG A. G. Malers, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden
- Dr. W. Dubach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Eichhof, Präsident der Zentralschweizer Handelskammer, Luzern

NEUENBURG

- J.-L. Borel, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Uhrenfabrik Ernest Borel et Cie S. A., Neuenburg, Vorsitzender
- L. Huguenin, Delegierter des Verwaltungsrates der Société des Fabriques de Spiraux Réunies, La Chaux-de-Fonds
(1 Mandat, ferner das Mandat des Stellvertreters des Vorsitzenden vakant)

ST. GALLEN

- P. Markwalder, in Firma Markwalder & Co., A.G., St. Gallen, Vorsitzender
- R. Nef-Suter, in Firma Nef & Co., St. Gallen, Stellvertreter des Vorsitzenden
- W. Forster-Geret, in Firma Forster Willi & Co., St. Gallen

ZÜRICH

- O. Küderli, in Firma Küderli & Co., Zollikerberg, Vorsitzender
- R. H. Stehli-Pestalozzi, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Stehli Seiden A. G., Zürich, Stellvertreter des Vorsitzenden
- Dr. ing. agr. E. Jaggi, Direktionspräsident des Verbandes ostschweizer. landwirtschaftl. Genossenschaften (V.O.L.G.), Winterthur

VI. DIREKTORIUM

MITGLIEDER DES DIREKTORIUMS [GENERALDIREKTOREN]

Dr. W. Schwegler, Zürich (Präsident); Dr. R. Motta, Bern (Vizepräsident); Dr. M. Iklé, Zürich

DEPARTEMENTE DES DIREKTORIUMS

I. UND III. DEPARTEMENT IN ZÜRICH

Vorsteher des I. Departements: Generaldirektor Dr. W. Schwegler, Präsident des Direktoriums

Vorsteher des III. Departements: Generaldirektor Dr. M. Iklé, Mitglied des Direktoriums

Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements: Direktor Dr. J. Leemann, Direktor Dr. W. Kull

Stellvertreter des Vorstehers des III. Departements: Direktor E. Colombo

Abteilungsdirektoren: H. Huber, Dr. J. Lademann, Dr. F. Leutwiler

Abteilungsvorsteher mit Prokura: O. Heyer, H. Lendi, H. Nägeli, J. Rudin, H. Stahel, J. Torgler

Prokuristen: Dr. J. Bonorand, E. Brunner, E. Harlacher, W. Haubensak, E. Maag, E. Meier,

L. Nosedá, W. Obi, H. W. Preisig, R. Reutlinger, A. Ritter, H. Schmid, R. Würmli

Handlungsbevollmächtigte: G. Allenbach, J. Bertschi, W. Brunner, J. Dolder, A. Dutli, Fr. F. Graf, E. Guyer, G. Hasler,

R. Meier, R. Perret, R. Raths, E. Rentsch, A. Schoch, L. Stampanoni, A. Weiss, Dr. R. Widmer, E. Zangger

Agentur Winterthur

Agenturführer mit Prokura: E. Maurer – Prokurist: E. Kaufmann – Handlungsbevollmächtigter: M. Weiss

II. DEPARTEMENT IN BERN

Departementsvorsteher: Generaldirektor Dr. R. Motta, Vizepräsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers: Direktor A. Hay

Abteilungsdirektor: Dr. M. de Rivaz

Hauptkassier der Bank: O. Kunz

Abteilungsvorsteher mit Prokura: H. Baumgartner, Dr. P. Flückiger, Ch. Schweingruber, H. Stricker

Prokuristen: R. Aebersold, R. Bourqui, W. Bretscher, H. Brunner, H.-P. Dosch, H. Hulliger, R. Raschle, Dr. W. Stöcklin

Handlungsbevollmächtigte: W. Gutmann, M. Isenschmid, R. Kuhn, A. Lerch, W. Wey, V. Zumwald

Agentur Biel

Agenturführer mit Prokura: J. Messmer – Prokurist: J. Immoos – Handlungsbevollmächtigter: P. Bürgi

GENERALSEKRETARIAT

Generalsekretär: Dr. H.-R. Läng, Zürich

Stellvertreter des Generalsekretärs: Dr. P. Flückiger, Bern

Prokuristen: Dr. G. Jaquemet und W. Schreyer, Zürich

VII. ZWEIGANSTALTEN

A A R A U

Direktor: Dr. R. Erb
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: W. Schaffner
Prokuristen: W. Enz, S. Hügi
Handlungsbevollmächtigte: A. Widmer

B A S E L

Direktor: J. Hablützel
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: A. Bertschinger
Prokuristen: A. Spreyermann, R. Winteler
Handlungsbevollmächtigte: H. Brunner, M. Joho, K. Schär,
R. Ulbrich

G E N F

Direktor: L.-M. de Torrenté
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: J. Terrier
Prokuristen: M. Berthoud, J. Rossi
Handlungsbevollmächtigte: D. Allamand, E. Bänninger,
E. Bersier, R. Jaccaz, Ph. Martin

L A U S A N N E

Direktor: R. Virieux
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: R. Zuttel
Prokuristen: A. Delacrétaz, O. Grec, F. Verdon
Handlungsbevollmächtigte: Ch. Goy, G. Mounoud

S T. G A L L E N

Direktor: R. Sutter
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: A. Steinmann
Prokuristen: E. Schöbi, R. Siegrist
Handlungsbevollmächtigte: H. P. Menet, A. Schmidheini

L U G A N O

Direktor: R. Rossi
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: G. Gaggini
Prokurist: B. Rütsch
Handlungsbevollmächtigte: R. Ghiringhelli, T. Grassi, G. Steiger

L U Z E R N

Direktor: Dr. H. Aepli
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: G. Sidler
Prokuristen: A. Birrer, A. Kunz, K. Schärli
Handlungsbevollmächtigte: J. Burri, W. Hofer, Ch. Zelger

N E U E N B U R G

Direktor: R. Hügli
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: R. Girardier
Prokuristen: Ch. Girod, J.-P. Veluzat
Handlungsbevollmächtigte: F. von Arx, A. Tribolet

Agentur La Chaux-de-Fonds

Agenturführer mit Prokura: R. Zintgraff
Prokurist: J. Henny